

rote blätter 8

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS - Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus

Student wohin?



**Mit uns oder gegen uns,
links oder rechts?
Für die Arbeiterklasse
oder gegen sie?**



Christoph Strawe

Vietnam fordert uns

Der in der ganzen Menschheitsgeschichte einmalige Einsatz an Vernichtungstechnik, an Flächenbombardements und elektronischer Kriegsführung haben den heroischen Freiheitswillen des vietnamesischen Volkes nicht brechen können. Mit der gezielten Bombardierung des Landes, der Deiche, haben nun die Herren der amerikanischen Trusts und Banken und ihre Pentagon-generäle ihre Kriegsführung auf eine neue, über alle Vorstellungskraft gehende, barbarische Stufe hocheskaliert. Millionen Menschen drohen sie mit Tod und Vernichtung.

In der BRD steht der Wahlkampf vor der Tür. Für die etablierten Parteien ist Vietnam kein Thema. Die demokratischen Kräfte unseres Landes müssen die Verschwörung des Schweigens und der Verschleierung auch im Wahlkampf durchbrechen. An ihrer Stellung zu Vietnam werden diejenigen zu messen sein, die mit der Hand auf dem Herzen in letzter Zeit so vehement ihre Stimme erhoben haben gegen Gewalt und Terror in dieser Welt, alle die vom demokratischen Sozialismus sprechen, müssen sich fragen lassen: Wie stehst Du zu Vietnam? Sie müssen zur Distanzierung von den US-Verbrechen gezwungen werden.

Der Völkermord in Vietnam ist in ein Stadium getreten, in der für jeden Demokraten und Sozialisten tätige Solidarität wichtigstes, höchstes, erstes Gebot ist. Die Vietnamkriegsgegner müssen den Menschen auf der Straße klarmachen, daß in Vietnam täglich, ständig Hunderte von Menschen sterben: verbrennen, erstickten, verbluten. In noch größeren Demonstrationen müssen die Kriegsgegner ihrer Forderung „Amis raus aus Indochina“ Ausdruck verleihen. Sie müssen noch größere materielle Hilfe leisten. Jeder Informationsstand, jede Mark für die Aktion „Ein Hospital in Vietnam“ ist ein Beitrag für den Sieg des kämpfenden vietnamesischen Volkes.

Es gilt, die Zeichen der Solidarität jetzt zu vervielfachen.

Kommentar

-
- 2 Christoph Strawe: Vietnam fordert uns
-
- 3 Zur Internationalen Solidaritätswoche mit den indochinesischen Völkern: Thieu vor dem Ende
-

BRD

-
- 6 Chiffren einer Epoche
- 7 Bundestagswahlkampf: Warum unterstützen wir die DKP?
- 9 rb-interview mit Gerd Deumlich: „Wenn Kommunisten im Bundestag sitzen...“
- 10 DGB-Forderungen zum Wahlkampf
- 11 Bücher
- 12 Vom Berufsverbot zum Berufsausbildungsverbot: Der Fall Claudia Eisinger
- 14 Zu den Ereignissen in München: Moral mit doppeltem Boden
-

Hochschule

-
- 17 rb-interview mit Prof. Reinhard Kühnl: Die Reformwilligen stärken ihre Reihen
- 18 Aus den Hochschulen
- 19 GEW prangert Bildungsnotstand an
- 20 Zu den Plänen, die verfaßte Studentenschaft zu liquidieren
- 22 Das 6-Punkte-Programm des vds: Studenten in der Initiative
- 24 Lehrerausbildung an Pädagogischen Hochschulen: Je niedriger die Bildung, desto höher die Werte
- 26 Fachtagung der GEW zu Problemen der Fachhochschulen
- 28 Zur studentischen Sozialpolitik
- 29 Der Bremer Kampf um die Drittelparität
- 32 Zur „Theorie“ und Praxis einer DSU-Gruppe: Verbalradikales Geklingel
-

Ausland

-
- 34 Angela Davis in der DDR
- 35 Europäische Jugend-Sicherheitskonferenz
- 36 Gemeinsames Regierungsprogramm von FKP und SP
- 37 Abrassimow-Brief an Mitterand
- 39 Zur Situation im südlichen Afrika: Die weiße Herrschaft wird fallen
-

Theorie

-
- 42 Kursbuch-Märchen aus Italien
- 43 Der palästinensische Widerstand
- 46 Die KP Israels zur Lösung des Nahost-Konflikts
-

rote Blätter
 Herausgeber: Bundesvorstand des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS
 Chefredakteur: Roland Lang (verantw.)
 Redaktion:
 MSB SPARTAKUS
 53 Bonn, Sternenburgstraße 73
 Druck: Plambeck & Co., Neumünster

Dieser Nummer liegt ein Prospekt des „pläne“-Verlags Dortmund bei. Wir bitten um Ihre Aufmerksamkeit.

Thieu vor dem Ende

Im Jahr 1970 hat US-Präsident Nixon, um seinen Friedenswillen der Weltöffentlichkeit zu demonstrieren und die Bevölkerung der USA, die über die wachsenden Zahlen gefallener GIs zunehmend politisiert wurde, zu beruhigen, den schrittweisen Abzug der US-Truppen aus Indochina verkündet und ihn mittlerweile mit erheblichem propagandistischen Aufwand demonstriert. Denn immerhin standen während des

Die Luftangriffe auf die Demokratische Republik Vietnam wurden erheblich verstärkt, die Beschränkungen für Angriffsziele aufgehoben; in Südvietnam wurde jeder abziehende US-Soldat durch zwei Marionettensoldaten ersetzt — 1 Mio Südvietnamesen wurden in die Marionettenarmee gepreßt. Allein von Ende 1971 bis Juli 1972 erhöhte sich die Zahl

ständen und Revolten bei den Saigonern Offizieren und Soldaten" hervorgerufen werden sollen, damit sie sich den "Volksbefreiungsstreitkräften" anschließen.¹ Verbindung des militärischen mit dem politischen Kampf heißt auch, die militärischen Offensiven mit gleichzeitigen Volksaufständen kombinieren, das Terror- system der Marionetten zerbrechen, die Konzentrationslager und Gefängnisse öff-

der taktischen US-Flugzeuge von der strategischen Bomber B 52 von des Personals der US-Luftwaffe von der US-Kriegsschiffe verschiedener Art von mehr als der Flugzeugträger von des Personals der US-Marine von mehr als der Luftangriffe auf die DRV von April 1972 bis Juni 1972 von der Lufteinsätze von April 1972 bis Juni 1972 von

350 auf	1200
45 auf üb.	200
32 000 auf	65 000 Mann
20 auf üb.	60 Einheiten
2 auf	6—9 Einheiten
15 000 auf	42 000 Mann
538 auf	2003
2300 auf	7292

(Quelle: Antiimperialistisches Informationsbulletin, Marburg, Nr. 9/1972)

Allerdings ist die US-Regierung mit ihrem Konzept der "Vietnamisierung" nicht in der Lage, den Krieg militärisch für sich zu entscheiden.

Die Offensive der FNL und ihrer Volksbefreiungskräfte haben den Verfallscharakter der Marionettenarmee deutlich gemacht.

Schon zu Beginn der diesjährigen Offensive wurden Fälle bekannt, wo ganze Einheiten der Marionettenarmee desertierten, zur FNL überliefen, nachdem sie ihre Truppenchefs z. T. mit Waffengewalt zur Kapitulation gezwungen hatten. Diese immer weiter sinkende Kampfmoral der Marionettentruppen ist Ergebnis der Verbindung des militärischen mit dem politischen Kampf, wie sie von der FNL seit Jahren und immer erfolgreicher angewandt wird. So hieß es z. B. in dem Befehl des Oberkommandos der Volksbefreiungsstreitkräfte von Südvietnam vom 11. April 1972, daß "die politische Aufklärungsarbeit in der Saigonner Armee eng mit dem bewaffneten Kampf" verbunden werden muß, daß eine "Oppositionsbewegung gegen den Krieg, Auf-

Höhepunktes des „lokalen Krieges“, im Jahre 1968, über 500 000 US-Soldaten in Südvietnam, im August dieses Jahres nurmehr 44 600 und bis Dezember dieses Jahres sollen sie auf 27 000 verringert werden. Mit einer Beendigung des Aggressionskrieges in Vietnam hat dieser Truppenabzug allerdings nicht das geringste zu tun. Im Gegenteil:

nen — so wie es in den letzten Monaten geschehen ist: Die Provinz Quang Tri wurde erstmalig vollständig befreit, in der Küstenprovinz Binh Dinh hat die Bevölkerung in Aufständen den politisch-militärischen Zwangsapparat erschüttert; Hunderttausende von Marionettensoldaten wurden außer Gefecht gesetzt — um nur einige Beispiele für die Ergebnisse der FNL-Offensive zu nennen.

Gleichzeitig mit dem zunehmenden Verlust an Macht und wachsender militärischer Bedrängnis verschärfte das Thieu-Regime in den unter seiner und der US-Regierung Kontrolle stehenden (überwiegend) städtischen Gebieten den Polizei-terror.

Die Rekrutierung in die Armee wird dabei zusehends und auch für die Öffentlichkeit erkennbar zum Mittel der Repression. Oppositionelle Studenten z. B. werden mit "vorzeitiger Einberufung" bedroht — in Südvietnam übrigens ebenso wie in der Bundesrepublik. So heißt es in



1969 besuchte eine Delegation der DKP die Demokratische Republik Vietnam. Unser Bild zeigt die Genossen bei der Übergabe eines Geschenkes an Ho Chi Minh. V. l. n. r.: Ho Chi Minh, Peter Gingold, Dolmetscher, Georg Polikeit, Kurt Fritsch und Willi Mohn.

einer Dokumentation der Katholischen Friedensbewegung in Saigon vom Sommer 1972: „Die Behandlung, die die Saigonner Regierung den oppositionellen Parteien, vor allem der studentischen Opposition, zukommen läßt, ist je nach den Umständen und im Einzelfall sehr unterschiedlich. Üblicherweise werden die Jugendlichen nach einer Phase mehr oder weniger brutaler Verhöre und längerer oder kürzerer Haft direkt den militärischen Ausbildungslagern übergeben. Diese Zwangseingezogenen haben kein Recht auf Urlaub und werden gleich nach der Ausbildung an die gefährlichsten Frontabschnitte geschickt.“²



Nixon: „Es ist nicht wahr, daß wir Dämme und Deiche bombardieren; unsere Piloten haben die strikte Anweisung, Bomben nur auf Frauen und Kinder zu werfen!“

Der Terror gegen die südvinamesischen Schüler und Studenten sowie insbesondere gegen ihre Funktionäre, ihre Bespitzelung, Verhaftung, Folterung, Zwangsrekrutierung und Ermordung sind nur Beispiele, die in jüngster Zeit dokumentiert wurden, aber keine Einzelfälle. Vor allem macht diese Politik nicht vor den Grenzen anderer Länder halt. So hat die Botschaft der Marionettenregierung in der BRD in den letzten Monaten mehr und mehr gegenüber vietnamesischen Studenten, die z. B. gegen die Blockade der Häfen der DRV, für den Abzug der US-Truppen oder für die Wahrung ihrer demokratischen Rechte in der BRD eintraten, eine Politik der Bespitzelung, Entziehung der materiellen, familiären Unterstützung und des Pabenzugs durchgeführt. Über die Repressionen, denen nicht nur jene 20 vietnamesi-

sche Studenten aus Aachen ausgesetzt sind, die aus Protest gegen die Eskalation des US-Krieges am 10.5.72 in einen Hungerstreik traten, schweigen jedoch die hiesigen bürgerlichen Massenmedien — trotz ausreichender Informationen — genauso wie über ähnliche Ereignisse in Südvietnam selbst.³

Es muß also Aufgabe aller Vietnamkriegsgegner in der BRD sein, sich unablässig für die Verbreitung solcher Informationen einzusetzen, die Bevölkerung zur Solidarität und Hilfe für die Opfer der faschistischen Politik der Thieu-Regierung — für die die US-Regierung letztlich die Verantwortung trägt — aufzufordern.

Die Internationale Solidaritätswoche mit den indochinesischen Völkern vom 15. bis 22. Oktober 1972⁴ wird auch in der Bundesrepublik zum Anlaß genommen, um die Informationen über die Kriegsverbrechen der USA in Indochina, den Charakter des Aggressionskrieges, seine Unterstützung durch die Bundesregierung, aber auch über Methoden der Hilfleistungen zu informieren und selbst einen materiellen Beitrag zur internationalen Solidarität zu leisten.

Die mehr als 500 südvinamesischen Studenten in der BRD, denen seit Jahresbeginn von der Marionettenbotschaft die Geldüberweisungen ihrer Familien vorbehalten werden, brauchen dringend unseire **unmittelbare Hilfe**. Spenden werden auf das Konto von Herrn Nguyen Minh Man, Finanz- und Außenreferent des „Komitees zur Wahrung der Rechte der Vietnamesen in der BRD“ eingezahlt. Kontonummer 235 6194/70 Deutsche Bank, Filiale Darmstadt.

Die weltweite Solidaritätskampagne für die Völker Indochinas wird auch eine Kampagne für die materielle Unterstützung ihres gerechten Kampfes sein.

Le Duan: Zwei Ziele

„Die gegenwärtige internationale Situation unterscheidet sich radikal von der vor und nach dem 1. Weltkrieg. Jetzt, wo das sozialistische Weltsystem und die Kräfte, die mit dem Ziel der Umformung der Gesellschaft auf sozialistische Weise gegen den Imperialismus kämpfen, den wesentlichen Inhalt, die Orientierung und die charakteristischen Merkmale der historischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft bestimmen, hat sich die Möglichkeit des Herausbrechens der schwachen Glieder aus dem verbliebenen Teil der imperialistischen Kette in beispiellosem Maße erhöht, und zwar zur selben Zeit, da die Verhütung eines Weltkrieges praktisch durchführbar erscheint. Das grundlegende Interesse des Proletariats, des Volkes und der Nationen der Welt liegt in der Erhaltung des Weltfriedens bei gleichzeitigem Vorantreiben der Revolution in verschiedenen Ländern. Diese zwei Ziele sind organisch miteinander verbunden, jedes ist die Voraussetzung des anderen, und beide sind vollständig erreichbar, sobald die Kommunisten in gründlicher Erkenntnis der strategischen Offensivstellung der Weltrevolution es fertigbringen, eine Einheitsfront aufzubauen, die alle Ströme der Weltrevolution zusammenführt, alle Kräfte, die für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus kämpfen, und entschlossen sind, alle von den Imperialisten ausgelösten Angriffskriege zum Scheitern zu bringen, jede ihrer kriegerischen Unternehmungen und Pläne zu durchkreuzen, den Imperialismus Schritt für Schritt zurückzutreiben, ihn Stück für Stück niederzuschlagen und ihn schließlich in seiner Gesamtheit zu überwinden.“

Südvietnam gibt dafür ein treffendes Beispiel.

Die südvinamesische Revolution beweist, daß unter Ausbleiben eines Weltkrieges bei gleichzeitiger Sicherung des Weltfriedens die Revolution nichtsdestoweniger ausbrechen und von Erfolg gekrönt sein kann. Weit davon entfernt, mit der Verteidigung des Friedens unvereinbar zu sein, hat sich die Intensivierung der antiimperialistischen Revolution in der Praxis als eine sehr wesentliche Methode erwiesen, den Imperialismus mit dem Ziel einer wahrhaft wirksamen Verteidigung des Weltfriedens anzugreifen. Umgekehrt gesagt, einen Weltkrieg zu verhüten und den Frieden zu erhalten, ist ebenfalls eine sehr wichtige Methode, den Imperialismus anzugreifen und günstigere objektive Bedingungen für die Revolution zum Fortschritt in allen Ländern zu schaffen.“ (Le Duan: Die vietnamesische Revolution: Grundprobleme und Hauptaufgaben, Zit. in Marxismus Digest Nr. 4/1971)

1 Gabriele Sprigath, Zur gegenwärtigen Situation in Vietnam, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 8/72.

2 „Südvietnamesische Schüler und Studenten in der BRD“. Eine Dokumentation, vorgelegt von der Katholischen Friedensbewegung, veröffentlicht in Saigon 1972. Zu bestellen bei: Initiative Internationale Vietnam-Solidarität, 6 Frankfurt/M., Eichwaldstraße 32.

3 „Materialien zur Unterdrückungspolitik der Südvietnamesischen Botschaft in der BRD“. Hrsg. „Komitee zur Wahrung der Rechte vietnamesischer Studenten in der BRD“. Zu bestellen über: Initiative Internationale Vietnam-Solidarität, s. o.

4 Der Termin wurde in Absprache mit den vietnamesischen Genossen und den Vertretern der Antikriegsbewegung der USA und auch von der Aktionskonferenz der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität am 23.9.1972 in Frankfurt/Main beschlossen.

Gleichheit und der gegenseitigen Achtung gemeinsam regeln.

4. Die Wiedervereinigung wird mit friedlichen Mitteln, Schritt um Schritt auf der Basis von Diskussionen und Vereinbarungen zwischen den nördlichen und südlichen Zonen ohne ausländische Einmischung angestrebt.

5. Südvietnam wird eine Außenpolitik des Friedens und der Neutralität verfolgen und in Übereinstimmung mit den fünf Prinzipien

6. Die US-Regierung muß die volle Verantwortung für die Verwüstungen und die Zerstörungen übernehmen, die sie in beiden Zonen verursacht hat.

7. Die beteiligten Parteien werden sich über die Art der internationalen Garantie für die abzuschließenden Abkommen verständigen.

Die südvinamesische Revolutionsregierung hat am 1. Juli 1971 folgende sieben Punkte für eine Friedensregelung in Vietnam unterbreitet:

1. Die US-Regierung muß dem Krieg in Vietnam Ende setzen und die „Vielnamisierung“ des Krieges einstellen, aus Südvietnam alle Truppen, Waffen und Kriegsmaterial der USA sowie der anderen ausländischen Truppen in Südvietnam abziehen. Die US-Regierung muß ein endgültiges Datum für diesen Abzug nennen, als
2. Alle US- und anderen ausländischen Truppen können in Sicherheit abziehen.
3. Alle militärischen und zivilen Gefangenen (einschließlich der amerikanischen Piloten in Nordvietnam) werden freigelassen.
4. Sofort nach Abschluß dieser Vereinbarung wird ein Waffenstillstand zwischen den südvinamesi-

schen Volksbefreiungsarmee und den Streitkräften der USA sowie der anderen ausländischen Truppen in Kraft treten.

5. Die US-Regierung muß das Recht des südvietnamesischen Volkes auf Selbstbestimmung respektieren, ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten Südvietnams beenden und die Unterstützung der kriegslustigen Gruppe um Thieu einstellen. Die politischen, sozialen und religiösen Kräfte in Südvietnam, die den Frieden und die nationale Einheit wünschen,

werden in Saigon eine neue Verwaltung bilden, die sich zum Frieden und zur Unabhängigkeit, zur Neutralität und zur Demokratie bekennt. Die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams wird mit dieser Regierung sofort in Verhandlungen eingetreten, um eine breite Koalitionsregierung zu bilden, die die Regierungsgewalt übernimmt und allgemeine Wahlen in Südvietnam organisiert.

6. Die vietnamesischen Parteien werden die Frage der bewaffneten Kräfte in Südvietnam im Geiste der



Das ganze Volk kämpft entschlossen gegen die Aggressoren. Unser Bild zeigt einen Landwehrmann aus dem Fischerdorf Nam Ngau.

Die Lüge vom Truppenabzug

Nach offiziellen Angaben aus Washington befanden sich am 11. August noch 44 600 amerikanische Soldaten in Südvietnam, und bis zum 1. Dezember sollen sie nach Nixons Worten auf 27 000 verringert werden.

Mit der tatsächlichen Politik der USA in Indochina indessen stimmen diese Beteuerungen aber nicht überein. In Wahrheit ist nämlich neben der Reduzierung der Zahl der in Vietnam eingesetzten US-Bodentruppen z. B. die Mannschaftsstärke der 7. US-Flotte im Golf von Tonking in den letzten Monaten von 18 000 auf 45 000 Mann gewachsen. Zur gleichen Zeit wurde das US-Truppenkontingent in Thailand mit seinen sieben großen amerikanischen Luftwaffenstützpunkten von 30 000 auf mehr als 45 000 Mann erhöht. Der Zeitschrift "U.S. News and World Report" kann man u. a. die folgenden Angaben über die US-Streitkräfte in Thailand entnehmen: 11 Jagdbombergeschwader und rund 100 B 52-Langstreckenbomber mit etwa 40 000 Mann Personal, 3 Jagdbombergeschwader der Marinelaufwaffe mit rund 2000 Mann Besatzung, 4000 Armeeangehörige im Kriegshafen Sattahip. Hinzu kommen ein das ganze Land durchziehendes Nachrichtennetz und zahlreiche militärische Ausbildungszentren. Nimmt man die für Südvietnam gegebenen offiziellen Zahlen, die eher unter- als übertrieben sind, und addiert dazu die Besatzungsstärke der 7. Flotte und der thailändischen Stützpunkte, so kommt man mit einem militärischen Gesamtaufgebot der USA von mehr als 120 000 Mann der Wahrheit näher.

Das beweisen auch die Nachrichten der letzten Wochen über den enorm gewachsenen amerikanischen Luftterror in Vietnam und die ununterbrochenen Feuerüberfälle der US-Kriegsschiffe auf die Küstengebiete der DRV und Südvietnams.

Waren im vergangenen Jahr nur 50 Maschinen vom Typ der achtstrahligen B 52-Langstreckenbomber gegen Vietnam eingesetzt, so sind heute rund 200 Maschinen dieser Art teils von thailändischen Stützpunkten, teils von den pazifischen US-Luftbasen aus an den barbarischen Angriffen auf vietnamesische Städte und Dörfer beteiligt. Und auch die Zahl der eingesetzten Jagdbomber wurde erhöht. Der Umfang der 7. US-Flotte in den vietnamesischen Gewässern ist von knapp 30 Einheiten (1971), darunter drei Flugzeugträger, auf gegenwärtig 50 Einheiten mit 6 Flugzeugträgern erweitert worden. Den Krieg unvermindert weiterführen, aber dabei weniger amerikanisches Blut vergießen, das ist die Formel, die durch Nixons sogenannte Vietnamisierung des Krieges verschleiert werden soll.
(aus dem ED v. 9. 9. 72)

SCHWEDISCHE HILFE AN VIETNAM

Die schwedische Regierung hat beschlossen, für Instandsetzungsarbeiten in der DRV weitere 150 Millionen Kronen bereitzustellen. Das ist am 14. August in Stockholm bekanntgegeben worden. Vorher wurden schon 320 Millionen Kronen zur Verfügung gestellt, die die DRV im Laufe von drei Jahren zurückzahlen soll. Ursprünglich sollte die neue Summe nach Abschluß der Kampfhandlungen überwiesen werden, die schwedische Regierung hat jedoch beschlossen, ihre humane Hilfe an die DRV schon jetzt zu vergrößern, u. zw. wegen der neuen Zerstörungen, denen die Zivilbevölkerung durch die amerikanischen Bombenangriffe ausgesetzt war. Der Beschuß ist auf Empfehlung einer schwedischen Wirtschaftsdelegation gefaßt worden, die, geführt von Staatssekretär des Außenministeriums Klackenberg, vom 5. bis zum 12. August in der DRV weilte.

Le Duan: Politische und ökonomische Lösungen

„Prinzipiell darf kein Revolutionär weder in der täglichen Politik noch in der Praxis des revolutionären Kampfes, ganz gleich auf welche Weise und unter welchen Umständen, das Endziel aus den Augen verlieren. Dem Kampf um kleine Tageserfolge und Nahziele für „alles“ zu halten, während das Endziel „nichts“ gilt, „die Zukunft der Bewegung der Gegenwart zu opfern“, zeitigt die schlimmste Art von Opportunismus, die nur zum Ergebnis haben kann, daß die Volksmassen in ewiger Knechtschaft gehalten werden.

Es genügt jedoch keinesfalls, nur nach dem Endziel zu trachten. Auf der Grundlage des vollständigen Erstrebens des revolutionären Ziels liegt die Kunst der revolutionären Führung darin, zu wissen, wie man Schritt für Schritt auf klügste Weise gewinnt. Die Revolution ist das Werk von Millionen von Menschen, von Volksmassen, die sich erheben, um die herrschenden Klassen zu stürzen, Klassen, die über eine gigantische Maschinerie der Gewalt verfügen, verbunden mit weiteren materiellen und geistigen Mitteln. Aus diesem Grunde ist die Revolution ein langdauernder Prozeß. Von den ersten Schritten bis zum schließlichen Ende muß die Revolution notwendigerweise durch viele Etappen des Kampfes gehen, die mit vielen Schwierigkeiten und komplizierten Problemen beladen, mit Wendung und Richtungsänderungen gefüllt sind, die darauf abzielen, ein Hindernis nach dem anderen beiseite zu räumen, nach und nach das Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Konterrevolution zu verändern und die überwältigende Überlegenheit gegenüber den herrschenden Klassen zu erringen. Den Feind zurückzuschlagen, Schritt für Schritt der Revolution zum Erfolg verhelfen, zur vollständigen Vernichtung des Feindes und zum vollständigen Sieg der Revolution voranschreiten — das ist ein Gesetz des revolutionären Kampfes. (.)

Die Kunst, sowohl strategische als auch taktische Anleitung für die Revolution zu geben und ebensogut einen Kampf zu führen, zeigt sich in erster Linie in der Aufstellung prägnanter und relevanter Lösungen, die mit der Situation Schritt halten.

Man sollte nicht die zu sehr vereinfachende Ansicht teilen, daß ökonomische Lösungen reformistisch, nur politische dagegen revolutionär seien. Es kann politische Lösungen mit reformistischem Charakter geben und ökonomische, die einen revolutionären Inhalt besitzen. Die Frage lautet: Wann wird eine gegebene Lösung vorgebracht? Womit ist sie verbunden? Und welches Ziel verfolgt sie? Eine wahrhaft revolutionäre politische Partei, eine, die beständig dem Endziel der Revolution treu bleibt, ist fähig, auf diese oder jene Weise das Kennzeichen der Revolution allen Lösungen und allen Formen der Organisation und des Kampfes einzuprägen, einschließlich jener mit dem schwächsten politischen Anstrich, die als notwendig betrachtet werden für das Ziel, die Massen zusammenzubringen, während die Situation für energische revolutionäre Aktionen noch nicht günstig ist.“

(Le Duan: Die vietnamesische Revolution Grundprobleme und Hauptaufgaben)

Monopolisten - gibts die?

In tiefer Erschütterung geben wir Kenntnis vom Hingang des Gründers seiner Unternehmensgruppe:

Friedrich Flick

Dr. rer. pol. h. c. Dr.-Ing. E. h.
Inhaber hoher und höchster Ehrungen und Auszeichnungen

ist am 20. Juli 1972 im 90. Lebensjahr entschlafen, bis zuletzt erfüllt von der Verantwortung für sein Werk.

Wir haben einen großen Mann und eine gesiale Unternehmenspersönlichkeit verloren.

Friedrich Flick, dessen Aufstieg vor dem Ersten Weltkrieg begann, ist auf seinem beruflichen Laufbahn über mehr als sechs Jahrzehnte, von kleinen Aufgaben ausgehend, durch seine Leistung einer weit geprägten und wohl ausgewogenen, technisch und wirtschaftlich hochstehende Unternehmensgruppe geschaffen. Als Kaufmann und Finanzmann, als Industrieller und Techniker hat er nach dem vollen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch im Jahr 1918 einen Weitblick neuer Wirkungsmöglichkeiten erkannt und eine einzige Konsolidierung entwickelt, die den vorrhegenden wirtschaftlichen Erfordernissen dieser Zeit entsprach. Er hat damit bahnbrechend nun einen Aufbau unserer Wirtschaft und zur Förderung des allgemeinen Weltbörden beigetragen.

Friedrich Flick, der uns jener Vorbild blieben wird, lebt weiter in seinem Werk. Dieses Werk in seinem Geiste zu erhalten und zu veredeln ist die Pflicht, die wir ihm aufzutragen haben.

FRIEDRICH FLICK
Kommanditgesellschaft

Die persönlich haftenden Gesellschafter

Friedrich Karl Flick
Gert-Rudolf Flick
Friedrich Christian Flick

Samt begleitender Versetzung und Erneuerung des Aufsichtsrates

Friedrich Flick

Dr. rer. pol. h. c. Dr.-Ing. E. h.
Träger hoher und höchster Auszeichnungen

ist nach kürzerer Krankheit am 20. Juli im 90. Lebensjahr verstorben.

Wort Bergmann und große Unternehmer hat auch die Entwicklung der Elektro- und Elektronikindustrie stark beeinflusst. Sein einflussreicher Aufstieg ist nicht nur auf die Erneuerung seines Betriebs und seine damit einhergehenden politischen und sozialen Erfordernisse des Bevölkerung und der Wirtschaft beruht.

Der reiche Aufstieg von diesem Mann, der nicht nur auf technische, sondern auch auf soziale und kulturelle Fragen einflussreich war, ist ein Zeugnis der Fähigkeit, die Menschen am Herzen zu haben.

Im Namen aller Tochter- und Beteiligungsgesellschaften

FELDMUTH

AKTIENGESELLSCHAFT

Aufsichtsrat, Vorstand, Direktoren und Mitarbeiter

Dipl.-Ing. Oskar Flick
Friedrich Flick
Peter Flick

20. Juli 1972

AUFSICHTSRAT UND V
DAIMLER-BENZ AKTIEN

Büro-Unterstützung

Dr. Friedrich Flick

als Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates unserer Gesellschaft

Der Vaterland hat ein unerschöpfliches Werk und in hoher Weise anerkannt preisgekrönt das Maßnahmen die großen Zeiten erfüllt. Er zeigte zudem eine Aufmerksamkeit der Mutterlande zu ihrer heimatlichen Bedürfnisse.

Es Dankbarkeit und Verherrigung nehmen wir Abschied von diesem herren zu Gunsten und Horden verbündeten Mann.

Aufsichtsrat, Vorstand und Mitarbeiter der

EISENWERK GESELLSCHAFT
MAXIMILIANSHUTTE M B H.

Die Beisetzung findet im Kreis der Familie statt.
20. Juli 1972, um 10.30 Uhr in Düsseldorf, Robert-Schuman-Straße, Ehrenhof 4a.

Am Sarge zugeordnete Kränze wird um eine Spende zugunsten des Diakoniewerks Kaiserswerth, Stadtkirche Düsseldorf, Zweigstelle Kaiserswerth, Konto Nr. 24000341, gebeten.

In Erfüllung gehen wir dieser überzeugenden Freiwilligkeit, in der sich unternehmerische Initiative und kaufmännische sowie technische Fähigkeiten bei großer persönlicher Bescheidenheit in seinem Ausmaß vereinigen. Sein Leben und Werk werden uns Vorbild und Verpflichtung sein, unsere Arbeit in seinem Sinne fortzuführen.

In dieser Trauer
Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat und Belegschaft der
BUDERUS'SCHE EISENWERKE
sowie im Namen der Tochtergesellschaften

Hessische Berg- und Hüttenwerke AG
Edelstahlwerke Buderus AG
Krauss-Maffei AG

Metallhüttenwerke Lübeck GmbH
Burger Eisenwerke AG
Buderus'sche Handelsgesellschaft mbH

Wester, 20. Juli 1972

Die Beisetzung findet im Kreis der Familie statt.
Die Trauerride ist am 28. Juli 1972 um 10.30 Uhr in Düsseldorf, Robert-Schuman-Straße, Ehrenhof 4a.
Am Sarge zugeordnete Kränze wird um eine Spende zugunsten des Diakoniewerks Kaiserswerth, Stadtkirche Düsseldorf, Zweigstelle Kaiserswerth, Konto Nr. 24000341, gebeten.

Dr. Friedrich Flick
Versionen 20.1.1972

In Siehe Trauer

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

Kirsch Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

KIRSCH

Schrotgründland GmbH

Wiederholung

Erstes, Geschäftsführung und Bildung

SCHROTTAG

Bayrische Schrot GmbH

Warum unterstützen wir die DKP?

Dieses Semester ist bestimmt kein Semester, das arm an politischen Auseinandersetzungen und Ereignissen sein wird. Die Studenten werden um ihre Rechte kämpfen müssen. In vielen Bundesländern ist die totale Misere in der Hochschulfinanzierung erreicht. Ordnungsrecht und Abschaffung der verfaßten Studentenschaft stehen immer noch auf der Tagesord-

Und dann gibt es da noch ein politisches Ereignis, das natürlich nur auf den ersten Blick wenig mit der Hochschule und der Lage der Studenten zu tun zu haben scheint: die Bundestagswahlen. Und auch hier gibt es eine Rechnung, die die herrschende Klasse anstellt und die nicht nur für Studenten gilt, nämlich, daß diejenigen, die dort zur Wahlurne gerufen werden, vergessen, was sie für Interessen haben und wer sie vertritt, — um dann den herrschenden Parteien ihre Stimmen zu geben.

Was die Studenten angeht, so erwartet die herrschende Klasse von ihnen, daß sie trotz allem die Parteien wählen, die verantwortlich dafür sind, daß in vielen Fächern ein vernünftiges Studium nahezu unmöglich ist, daß aus der Bundesrepublik ein Land geworden ist, wo hohe Abiturientenzahlen als nationale Katastrophe empfunden werden, weil für diese Abiturienten keine Studienplätze vorhanden sind.

Man rechnet damit, daß die Studenten in der Wahlkabine ihr Kreuz hinter den Namen jener Parteien setzen, die in den Regierungen des Bundes und der Länder Hochschulgesetze austüfteln, die denselben Studenten das elementare Recht auf Interessenvertretung durch AStA und Fachschaften nehmen.

Scheinbare und echte Alternativen

Von den fortschrittlichen Studenten, die den Kampf gegen das Monopolkapital aufgenommen haben, wird erwartet, daß sie am Wahltag ihr politisches Bewußtsein zu Hause lassen und Parteien wählen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die politisch-ökonomische Macht des Großkapitals gegen jeden Angriff zu verteidigen. Oder wie ist das anders zu verstehen, wenn Willy Brandt in seiner Rede zum Todestag Kurt Schumachers sich sogar von den Sozialismus-Vorstellungen Schumachers distanziert, die doch „recht stark durch überkommene sozialdemokratische Auffassungen geprägt“ gewesen seien, und wenn er die Sozialdemokratie zur Verteidigung der „Marktwirtschaft“ und der „schöpferischen Unternehmerinitiative“ aufruft.

Im Kern geht es beim Thema Studenten und Bundestagswahl um nichts anderes als um die Frage: werden die Studenten gemäß ihren Interessen handeln und die Partei wählen, die bewiesen hat, daß sie im Kampf gegen den Abbau von Demokratie und für ein materiell abgesichertes

nung. „Wenn der Bildungsnotstand von uns nicht beseitigt werden kann, so müssen wir dafür sorgen, daß niemand es wagt, aufzumucken“ — das scheint die Devise des Großkapitals und seiner politischen Interessenvertretung in Regierung und Parlament zu sein. Ob diese Rechnung aufgeht, wird das Semester zeigen.

Studium auf ihrer Seite ist, oder werden sie sich von der herrschenden Klasse und dem Chor der Meinungsmacher, die von

Selbstverständlich wissen wir Kommunisten, und wir sagen es auch deutlich, daß die Entscheidung im parlamentarischen Raum nicht losgelöst von Massenbewegungen, von der demokratischen Aktivität der Bevölkerung, sondern gerade durch solche Bewegungen, durch breite außerparlamentarische Aktionen vorbereitet und maßgeblich beeinflußt wird. Aber Kommunisten im Parlament zu haben, das bedeutet, die Bedingungen auch für den außerparlamentarischen Kampf der werktätigen Bevölkerung und aller Demokraten, dieser wichtigsten Form des Kampfes, zu verbessern. Und wo Kommunisten in den Parlamenten vertreten sind, da verlaufen die Auseinandersetzungen anders als dort, wo die Parteien unter sich sind, deren Ziel letzten Endes ist, die Interessen des Großkapitals zum Tragen zu bringen und die Lasten auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen.

Jupp Angenfort, in: *Informationsbulletin Nr. 14/1972*

ihr dafür bezahlt werden, beeinflussen lassen, die ihnen nur die Wahl zwischen CDU, SPD und FDP lassen wollen und

die einzige wirkliche Alternative, die DKP, totschweigen oder als nicht wählbar hinstellen.

Der MSB SPARTAKUS hat auf seiner letzten Bundesvorstandstagung beschlossen, die DKP in ihrem Wahlkampf zu unterstützen, weil wir nicht bereit sind, unsere politischen Erfahrungen und Erkenntnisse zu vergessen, weil wir uns auch im Wahlkampf nicht die „Alternativen“, die das Großkapital für solche Anlässe anbietet, aufzwingen lassen.

Gegen die eigenen Interessen stimmen?

Wenn der SPARTAKUS die fortschrittlichen Studenten aufruft, die DKP zu unterstützen und diese Partei zu wählen, dann tun wir das natürlich auch deshalb, weil uns als marxistischem Studentenbund vieles mit dieser marxistischen Arbeiterpartei in der BRD verbindet; so ist die DKP die einzige Partei, die für demokratischen Fortschritt und Sozialismus kämpft. Wir tun dies vor allem deshalb, weil diese Partei in ihren Parteitags-Thesen und in ihren Bildungspolitischen Vorstellungen ein Programm entwickelt hat, das auch den Interessen der Mehrheit der Studenten entspricht und weil wir, ebenso wie viele andere fortschrittliche Studenten, in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht haben, daß



„Auf Kommunisten kann man sich verlassen, wenn es um die Rechte des Volkes geht. Aber Abgeordnete der DKP werden jedem volksfeindlichen Gesetz, jeder Belastung, die die arbeitenden Menschen treffen soll, ihren Widerstand entgegensezten. Abgeordnete der DKP im Bundestag werden die Sprecher derer sein, die in dieser Gesellschaft Demokratie nicht nur wagen, sondern in Angriff nehmen wollen.“ (aus: 7 Fragen an die DKP zur Bundestagswahl)

Über das Verhältnis von Sozialismus und Kommunismus

Zur Kritik der bürgerlichen Rechtswissenschaft

Marxismus — Ergänzungen und Entstellungen

Durch eine neue Technik zu einer neuen Klasse — Kritisches zur Theorie der „neuen Arbeiterklasse“

Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft?

„Proletarische Aufklärung“ oder sozialistischer Hochschulkampf — Zur Politik des maoistischen „K“SB

Der historische Materialismus und die Parteilichkeit der realistischen Literatur

Von F. W. Plesken

facit-Reihe 9, ca. 40 Seiten, ca. 150 DM

Hiermit bestelle ich Exemplar(e) von FACIT Nr. 27.

Hiermit abonniere ich Exemplar(e) von FACIT ab Nr. bis auf Widerruf.

Name

Vorname

Ort

Straße

Unterschrift

Schicken an:
FACIT, 53 Bonn, Colmantstraße 32

die Kommunisten innerhalb und außerhalb der Hochschule die Studentenbewegung in ihrem Kampf aktiv unterstützt haben, —

- in den Demonstrationen gegen die Berufsverbote;
- in den Aktionen gegen die reaktionären Hochschulgesetze.

Seltsamerweise wird all das sogar von Kritikern des SPARTAKUS-Beschlusses, die DKP zu unterstützen, akzeptiert. Die dann allerdings feststellen, daß es schließlich eine 5-Prozent-Klausel gäbe und eine Stimme für die DKP eine verlorene Stimme sei und daß die DKP mit ihrer Wahlbeteiligung Barzel und Strauß helfe. Hören wir dazu die Kommunisten selbst: „Die Frage nach dem Bestand einer so-

Verloren sei die Stimme, die für die DKP abgegeben werde, so meinen einige, um dann für die SPD zu votieren, deren Führung in der Klassengesellschaft der BRD die Sache des Großkapitals vertritt. Eine solche Stimme aber ist im Grunde nicht nur verloren, sondern es ist eine Stimme gegen die eigenen Interessen. Dabei wird es natürlich auch im Wahlkampf darauf ankommen, den Hauptstoß gegen die CDU/CSU zu richten, ihre soziale und nationale Demagogie zu entlarven, sich dafür einzusetzen, daß die Politik dieser Partei als das erscheint, was sie wirklich ist — eine Gefahr für den Frieden und die Demokratie.

Langfristig denken

Je intensiver die DKP ihren Wahlkampf führt, je häufiger die Vertreter der CDU/CSU gezwungen werden, sich der Diskussion mit den Kommunisten zu stellen, desto größer sind die Möglichkeiten, im Wahlkampf etwas gegen die CDU/CSU ausrichten zu können.

Es hat sich inzwischen herumgesprochen, daß ein langer Atem notwendig ist, um eine Veränderung der Machtverhältnisse in diesem Land herbeizuführen, und daß die einzige Kraft, die dazu in der Lage ist, die westdeutsche Arbeiterklasse ist; daß die Studentenbewegung das Bündnis mit der Arbeiterklasse braucht, um ihre Interessen durchzusetzen.

Eine starke kommunistische Partei aber bedeutet einen großen Schritt vorwärts auf dem Weg zur Aktionseinheit von Arbeitern und Studenten. Der Weg der DKP zu einer Partei mit Masseneinfluß innerhalb der Arbeiterklasse, das ist ohne Zweifel ein langer und schwieriger Weg. Er muß aber zurückgelegt werden, wenn sich in der BRD etwas ändern soll. Dazu ist es erforderlich, daß sich diese Partei an den Wahlen beteiligt, um den Arbeitern und nicht nur ihnen zu zeigen, daß es eine Alternative zu den herrschenden Parteien gibt — unabhängig davon, ob es ihnen gelingt, schon bei den nächsten Wahlen in dem Bundestag einzuziehen. Aus taktischen Gründen anders zu entscheiden, hieße, die Taktik zum Prinzip zu machen. Eine solche Politik würde an schwerer Kurzatmigkeit leiden. Lange und schwierige Wege sind so jedenfalls nicht zu bewältigen.

Die Studentenbewegung braucht Parlamentsvertreter, die eine Verbindung zwischen außerparlamentarischem und parlamentarischem Kampf herstellen, die dafür sorgen, daß es im Bundestag nicht ruhig bleibt, wenn amerikanische Generale verkünden, man werde den Vietnamesen die Seele aus dem Leib bomben. Was bringt es uns denn ein, eine Partei zu wählen, die die amerikanische Aggression in Indochina verteidigt? Vietnam, Berufsverbote, Ordnungsrecht und Numerus clausus, das sind Fakten und Ereignisse, die in diesen Wahlkampf gehören, die unsere Wahlentscheidung beeinflussen sollten. Es sind gleichzeitig Argumente, die gegen ein Kreuz für die regierenden Parteien sprechen — aber für die Wahl der DKP.



Kurt Bachmann, Vorsitzender der DPK, ist gelernter Lederarbeiter.

zialdemokratisch geführten Bundesregierung kann nur von der Politik abhängen, die diese Regierung selbst betreibt. Da ist allerdings zu fragen, ob es nicht der CDU/CSU diente, als Wirtschaftsminister Schiller eine die großen Monopole begünstigende Wirtschafts- und Finanzpolitik betrieb? Fragen wir weiter: Diente die Stimmenabgabe für einen Mann wie Hupka dieser Regierung, oder war das nicht eines der trojanischen Pferde der CDU/CSU? Brachte die Militärpolitik eines Helmut Schmidt, nach wie vor gegen den Osten gerichtet, nicht Wasser auf die Mühlen der CDU/CSU?

Wer mit Lohnleitlinien gegen die aktive Lohnpolitik ins Feld zieht; wer die staatlichen Preise in die Höhe treibt und damit die Monopole zum Preisauftrieb geradezu ermuntert; wer mit Antikommunismus die CDU/CSU rechts überholen will; wer dem Revanchismus Konzessionen macht; wer trotz der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau den Rüstungshaushalt auf Rekordhöhe treibt; wer dem SHB den sozialdemokratischen Titel aberkennt; wer schließlich durch Minister wie Schiller und Schmidt der CDU/CSU die Wahlkampfmunition liefert — der und nur der — hilft Barzel und Strauß.“

„Wenn Kommunisten im Bundestag sitzen...“

Interview der „Roten Blätter“ mit Gerd Deumlich, Mitglied des Parteivorstandes der Deutschen Kommunistischen Partei.

Rote Blätter: Die DKP kandidiert zum Bundestag. Weshalb hat sie sich dazu entschlossen? Mit welchem Programm tritt sie vor die Wähler?

Gerd Deumlich: Zunächst: Weshalb sollte die DKP nicht kandidieren? Sie ist eine selbständige politische Partei. Sie vertritt vornehmlich die Interessen der Arbeiterklasse. Sind die etwa im Parlament vertreten?

Oft meint die Frage nach dem Warum unserer Kandidatur, daß es — zumindestens diesmal — nützlich wäre, wenn wir passen würden. Oder direkter: Unsere Kandidatur nutze der CDU/CSU! Das ist ein Trugschluß. Seit wann werden schwerwiegende politische Fragen durch wahlaristmetisch kalkulierte Winkeleläufe entschieden?

Wenn eine Regierung Strauß/Barzel verhindert werden soll — und das ist ebenso das erklärte Wahlkampfziel der DKP, wie der Wunsch aller Demokraten und Sozialisten — dann muß man die CDU/CSU entschieden bekämpfen. Das tun wir. Dafür steht auch unser Wahlprogramm. Es ist von der konstruktiven Maxime bestimmt, den entscheidenden sozialen und politischen Interessen und Forderungen der arbeitenden Bevölkerung Ausdruck zu geben.

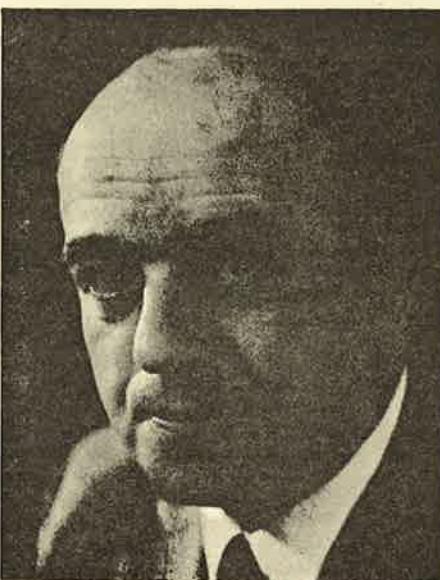
Wo es zum Beispiel um Preise, Mieten, Steuern, Sicherung der Arbeitsplätze und steigender Realeinkommen geht, operieren wir nicht mit Versprechungen, vertreten wir nicht auf die Wirtschaftsmechanismen des Kapitalismus. Wir benennen die Forderungen, um die die Arbeiter und Angestellten selbst kämpfen müssen: Lohn- und Gehaltserhöhungen, Preis- und Mietstop, Unterbindung von Bodenspekulation und Steuerschwindel, Steuerreform auf Kosten der Monopole, reale Mitbestimmung auf allen Ebenen des Wirtschaftslebens. Aber bereits solch naheliegende Forderungen können nur im entschiedenen Kampf durchgesetzt werden. Und jedesmal stehen Strauß, Barzel und ihresgleichen den Arbeitern und Angestellten und ihren Gewerkschaften als die rabiatesten Verteidiger der Kapitalinteressen gegenüber. Da lassen wir die CDU/CSU nicht als demokratische Partei der Mitte mit konservativem Einschlag gelten. Da greifen wir sie als die Hauptpartei des Großkapitals an, als Sammelbecken der Reaktion.

Und wenn wir in Fortsetzung der erreichten Entspannungsfortschritte fordern: „Jetzt muß die DDR anerkannt werden“ und „Entspannungsfortschritte müssen zur Rüstungseinschränkung führen“, dann verstehen wir das nicht als vordergründige Tagespolitik. Dann lassen wir niemanden darüber im Unklaren, daß auch dies auf die entgegengesetzten Interessen des Rüstungskapitals und der Verfechter einer aggressiven Gangart in der Außenpolitik der CDU/CSU stößt. Kurz: unser Programm verlangt danach, daß

die Kraft des arbeitenden Volkes für seine eigenen Interessen und gegen die CDU/CSU mobil wird.

Rote Blätter: Läßt die DKP wegen der Kürze oder der aktuellen Bedeutung des Wahlkampfes ihr sozialistisches Ziel beiseite?

Gerd Deumlich: Keineswegs. Erstens wollen wir ehrlicherweise an unserem Gesamtprogramm erkannt und gemessen werden. Und zweitens ginge es auch gar nicht, mit dem Sozialismus hinter dem Berge zu halten. Die CDU/CSU will nicht nur das Grundgesetz zur Schutzkunde für großkapitalistisches Eigentum hinbiegen. Sie hat dem Sozialismus, jedem sozialistischen Gedanken, den Kampf angesagt. Da muß schon die Partei des Sozialismus ihren Kontrapunkt setzen, um die Dinge geradezurücken. Das kann sie wohl auch nicht der SPD-Führung überlassen, die vom „demokratischen Sozialismus“ spricht und darunter „Schutzkelzüge entschieden“



Gerd Deumlich

und Förderung“ des großkapitalistischen Eigentums versteht, also auch an den politischen Machtverhältnissen nichts andern will.

Rote Blätter: Wird nicht der Wahlkampf zu einer Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten führen?

Gerd Deumlich: Das ist überhaupt nicht einzusehen. Das gemeinsame Interesse an einer Niederlage der CDU/CSU macht es viel mehr nicht nur nötig, sondern wohl auch praktisch möglich, einen gemeinsamen politischen Kampf gegen die CDU/CSU zu führen. Ist es da gar so undenkbar, daß die CDU/CSU verliert, aber für eine fortschrittliche Politik durch eine DKP-Fraktion im Bundestag eine Mehrheit immer möglich wäre? In Betriebsräten, Vertrauensleutekörtern und studentischen Vertretungen arbeiten sie ja auch zusammen! Wenn Kommunisten

als Abgeordnete im Bundestag sitzen, wird das ein großer Fortschritt sein für die Arbeiterklasse gegenüber der jetzigen Lage.

Rote Blätter: Wird die DKP in den Bundestag kommen, oder sind nicht DKP-Stimmen verlorene Stimmen?

Gerd Deumlich: Die Frage ist: Braucht die Arbeiterklasse Kommunisten im Parlament? Das läßt sich nur politisch entscheiden. Wenn die Antwort Ja lautet, weil die DKP die konsequente Alternative zur CDU/CSU und zum großkapitalistischen System darstellt, dann kann keine Stimme für die DKP verloren sein. Dann müssen die Kommunisten den Kampf um Parlamentssitze führen, alles tun, um stark zu werden. Genau das tun wir im Interesse der Arbeiterklasse. Und die vielen Studenten, die aus Erfahrung wissen, daß sie an die Seite der Arbeiterklasse gehören, werden auch wissen, wie sie wählen sollen.

Humanist und Philosoph Ludwig Feuerbach geehrt

Nürnberg, 13. September 72 (pp) — Anlässlich des 100. Todestags des Humanisten und Philosophen Ludwig Feuerbach legte am Mittwoch eine Delegation des Parteivorstandes der DKP unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden, Herbert Mies, am Rechenberg in Nürnberg einen Kranz nieder. Herbert Mies erläuterte in einer Ansprache: „Wir ehren in Ludwig Feuerbach einen der großen Denker der klassischen deutschen Philosophie, einen Vertreter humanistischen Geistes, einen Kämpfer für wissenschaftlich-weltanschaulichen Fortschritt. Feuerbachs bleibende Bedeutung besteht darin, daß seine materialistische Philosophie eine der theoretischen Quellen des wissenschaftlichen Sozialismus, der Weltanschauung und Philosophie der Arbeiterklasse wurde.“

Dies finde nachhaltig seine Begründung in Karl Marx' These über Feuerbach, in denen der „geniale Keim der neuen Weltanschauung“ der Arbeiterklasse gelegt wurde. Es findet seinen Ausdruck in Engels' berühmtem klassischen Werk „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“.

Herbert Mies stellte fest, daß Feuerbach zu Lebzeiten von der Reaktion diffamiert und verfeindet wurde. „Er starb in ärmsten Verhältnissen, erhielt keine Professur und war zu seiner Zeit bereits ein Opfer eines Berufsverbots, das gegen fortschrittliche progressive Kräfte bis in unsere Zeit gegen den gesellschaftlichen Fortschritt praktiziert wird.“ In den sozialistischen Ländern, in der DDR, in der Sowjetunion, mit der ganzen kommunistischen Weltbewegung genieße das Vermächtnis Feuerbachs, das an die revolutionäre Arbeiterbewegung übergegangen ist, hohe Wertschätzung.

DGB-Forderungen zum Wahlkampf

„Die Gesellschaft, in der wir leben, ist reformbedürftig. Eine Gesellschaftsordnung, die wirklich den Namen „sozial“ verdient, in der Gleichberechtigung und Menschenwürde keine Leerformeln sind, ist in weiten Bereichen noch zu verwirklichen. Die Gewerkschaften handeln daher im Sinne des Grundgesetzes, das den sozialen Rechtsstaat und die volle Gleichberechtigung aller Bürger verlangt, wenn sie entsprechende soziale und gesellschaftliche Forderungen zur Bundestagswahl 1972 aufstellen. Als unabhängige Organisation richtet der Deutsche Gewerkschaftsbund diese Forderungen an alle demokratischen Parteien und erwartet, daß die Reformen, die insbesonders auf dem Gebiet des Umweltschutzes, der Bildung, des Verkehrs und der Gesundheitssicherung dringend notwendig sind, fortgesetzt oder in Angriff genommen werden. Der DGB sieht sich keineswegs als Parteiersatz, aber als größte gesellschaftliche Kraft in der Bundesrepublik trägt er Verantwortung für das Schicksal der Arbeitnehmerschaft und ist verpflichtet, in ihrem Interesse auf die politischen Parteien einzuwirken.“

Das Parlament der Arbeit — der 9. Ordentliche Bundeskongreß des DGB im Juni 1972 — hat im Namen von mehr als sieben Millionen organisierten Arbeitnehmern bekräftigt, daß gesellschaftliche Veränderungen notwendig sind. Dieser Erkenntnis entsprechen das Grundsatzprogramm und das neue Aktionsprogramm des DGB. Sie enthalten die Antworten auf die gegenwärtigen Arbeits- und Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft. Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften müssen in ihrem Bemühen, diese Gesellschaft sozialer, menschenwürdiger und demokratischer zu gestalten, in letzter Zeit in wachsendem Maße, feststellen, daß sich eine Front von Reformgegnern bildet. Die Auseinandersetzungen um längst überfällige Reformen sind härter geworden. Das Ringen und das Programm der inneren Reformen, vor allem um das Betriebsverfassungsgesetz und das Personalvertretungsgesetz, spricht eine deutliche Sprache.

Bei den bevorstehenden Bundestagswahlen geht es um die Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Familien — das sind mehr als 80 Prozent unseres Volkes. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist daher verpflichtet, seine Forderungen zur Reform unserer Gesellschaft in aller Öffentlichkeit darzulegen.

Die vorgezogene Bundestagswahl bietet die Möglichkeit, die fortschrittlichen politischen Kräfte in der Bundesrepublik zu stärken und arbeitnehmerfeindlichen Gruppierungen eine klare Absage zu erteilen. Die gewerkschaftlichen Reformvorstellungen lassen sich zu einem großen Teil nur auf dem Wege der Gesetzgebung

verwirklichen. Daher erwächst den Gewerkschaften aus der Verpflichtung, die Belange der Arbeitnehmer zur Geltung zu bringen, das Recht und zugleich die Pflicht, den Parteien die Vorstellungen und Forderungen der Arbeitnehmerschaft zu verdeutlichen und sie daran zu messen, inwieweit sie diese Forderungen berücksichtigen und sich zu eigen machen. Der DGB wird alle politisch fortschrittlichen Kräfte unterstützen. Aber ebenso wird er den Kräften, die arbeitnehmerfreundliche Reformen abzublocken versuchen, mit Entschiedenheit entgegentreten. Der DGB erwartet einen politischen Wahlkampf: soziale Mißstände dürfen ebenso-

— Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung auf alle Großunternehmen und eine fortschrittliche Novellierung des Personalvertretungsgesetzes; Verwirklichung der gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung;

— Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen der Wirtschaft;

— stufenweise Verwirklichung der Bildungsreform unter Aufhebung der Trennung zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung;

— Verbesserung der sozialen Sicherheit und der Gesundheitssicherung;

— bessere Alterssicherung, insbesondere Einführung der flexiblen Altersgrenze;



„Bei den bevorstehenden Bundestagswahlen geht es um die Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Familien — das sind mehr als 80 Prozent unseres Volkes. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist daher verpflichtet, seine Forderungen zur Reform unserer Gesellschaft in aller Öffentlichkeit darzulegen.“

wenig ausgeklammert werden wie umgekehrt Stellungnahmen zu den notwendigen gesellschaftlichen Reformen. In diesem Sinne sollen die Wahlforderungen des DGB zur politischen Willensbildung beitragen. Jeder Arbeitnehmer ist aufgerufen, zu prüfen, welcher Kandidat die gewerkschaftlichen Forderungen unterstützt, und danach seine Wahlentscheidung zu treffen.

Wahlrecht ist Wahlpflicht. An alle Arbeitnehmer ergeht der Appell, das ihnen gebene Grundrecht der demokratischen Wahl wahrzunehmen. Jede Stimme hat ihr Gewicht, wenn es um lebenswichtige Entscheidungen für die Zukunft geht. Das vorliegende Programm umfaßt die wichtigsten Forderungen des Aktionsprogramms des DGB zur Reform unserer Gesellschaft. Sie müssen Bestandteil der bevorstehenden Arbeit des Gesetzgebers sein:

— umfassende Maßnahmen zur Erringung der Preisstabilität u. a. durch eine wirksame Wettbewerbsgesetzgebung und durch Schaffung eines sozialverpflichteten Miet- und Bodenrechts;

— Durchsetzung einer sozialgerechten Steuerreform;

— Verwirklichung der rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Gleichstellung der Frau;

— Verbesserungen des Arbeitsrechts, insbesondere Reform des Tarifvertragsrechts;

— Bewältigung der Umweltschäden nach dem Verursacherprinzip.

Wem es ernst ist mit Menschenwürde, Gleichberechtigung, Chancengleichheit, sozialer Sicherheit, wem also ernst ist mit der Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates, für den sind diese Forderungen echte Prüfsteine für seine Wahlentscheidung.“

Bücher

Bert Brecht: *Die Mutter*. Rowohlt-Verlag

Reinbek: rororo 971. 2,80 DM.

Interessant auch: Bert Brecht: *Die Mutter*.

Regiebuch der Schaubühnen-Inszenierung.

Hrsg. von Volker Canaris. Suhrkamp-

Verlag Frankfurt: edition suhrkamp 517.

6,— DM.

Daß ein Theaterstück wie „Die Mutter“ in der BRD so gut wie nicht gespielt wird (zumindest bis zur Inszenierung der Westberliner „Schaubühne“ 1970), spricht eine deutliche Sprache: Das Stück, 1932 in einer Zeit heftiger politischer Auseinandersetzungen geschrieben, läßt keinen Zweifel über den Klassenstandpunkt des Kommunisten Brecht. Wenn Brecht in anderen Stücken aus guten taktischen Gründen eher eine linksbürgerliche Aufklärungsposition vertrat (Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui, Das Leben des Galilei u. a.) und so auch in bundesrepublikanischen Schulen gelesen und fehlgedeutet werden kann — „Die Mutter“ läßt keine solchen Fehlinterpretationen zu.

Die Mutter, das ist die Arbeiterfrau Pelagea Wlassowa, die eines Tages mit Schrecken entdeckt, daß ihr Sohn Pawel Mitglied einer kommunistischen Betriebszelle ist. Zunächst nur, damit ihr Sohn es nicht tun muß, verteilt sie für die Zelle Flugblätter. Eigene Erfahrungen mit zärtlichem Polizeiterror und die Agitationsarbeit der Zellengenossen lassen Pelagea allmählich selbst zu einer überzeugten Genossin werden. Sie steht in vielen Situationen ihren Mann, sie agitiert auf der Bühne die Mitspieler und zugleich die Theaterzuschauer, und als ihr Sohn Pawel aus politischen Gründen erschossen wird, da hilft ihr die „dritte Sache“, das gemeinsame politische Ziel, über den Mutterschmerz hinweg. Am Ende des Stücks erlebt Pelagea Wlassowa den Sieg der Oktoberrevolution und zieht mit der roten Fahne voran.

Hans Marchwitz: *Die Kumiaks und ihre Kinder*. Aufbau-Verlag Berlin (DDR) und Weimar. 611 Seiten. 8,50 DM.

Hans Marchwitz (1890—1965) wuchs als Sohn einer schlesischen Bergarbeiterfamilie auf, arbeitete seit dem 14. Lebensjahr unter Tage im Ruhrgebiet. 1920 trat er in die KPD ein, vier Jahre später begann er als Arbeiterkorrespondent zu schreiben. Seine schriftstellerische Tätigkeit setzte er von da an bis zu seinem Tode fort. Zu seinen bekanntesten Werken gehört die „Kumiak“-Romantrilogie (erster Band 1934 „Die Kumiaks“, zweiter Band 1952 „Die Heimkehr der Kumiaks“, dritter Band 1959 „Die Kumiaks und ihre Kinder“). Marchwitz beschreibt darin den Weg der deutschen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert am Beispiel einer Bergarbeiterfamilie.

„Die Kumiaks und ihre Kinder“: Peter Kumiak, seit 1933 im KZ, wird nach 9 Jahren Lagerhaft nach Hause in den Ruhrort entlassen. Nach einigen Monaten des Abwartens wird er wieder in die illegale Arbeit der Partei eingespannt. Als einige Genossen unerwartet verhaftet werden, muß Kumiak fliehen. Er geht nach Mitteldeutschland und schlägt sich dort als Landarbeiter durch. Als die Rote Armee näherrückt, fliehen die alten Bon-

zen. Kumiak organisiert nach Kriegsende in seinem Dorf den Neuaufbau; es gelingt ihm sogar, seine Familie zu sich zu holen: seine Frau und die erwachsenen Söhne und Töchter, die nun schon selbst aktiv an der Partei- und Aufbauarbeit beteiligt sind. Als Kumiak sich schließlich auf dem Land ein wenig eingearbeitet hat, ruft die Partei ihn fort: er wird in den Bergwerken gebraucht. Der altgewordene Kumiak fährt noch einmal unter Tage. Er arbeitet bis zur Erschöpfung; er kämpft gegen Quertreiber unter den Kumpels, hat Ärger mit solchen, denen nur der eigene Bauch wichtig ist. Schwierigkeiten über Schwierigkeiten, und doch geht nie der letzte Optimismus verloren, der Glaube, daß sie es schaffen werden, die alten Herren für immer zu vertreiben, das Heft selbst in der Hand behalten. Das Buch endet mit der Gründung der Republik im östlichen Teil Deutschlands. Der letzte Satz ist eine Mahnung des Erzählers: „Nun weiter, Peter, weiter, weiter, Genossen!“

Ihr aber tragt das Risiko. Reportagen aus der Arbeitswelt. Herausgegeben vom Werkkreis. Rowohlt-Verlag Reinbek: rororo 1447. 124 Seiten. 2,80 DM.

Werkkreis Literatur der Arbeitswelt: Lauter Arbeitgeber. Lohnabhängige sehen ihre Chefs. Piper Verlag München: Reihe Roter Schnitt 13. 180 Seiten. 6,— DM.

Waren Grün und Wallraf mit ihren Büchern zu Beginn und in der Mitte der 60er Jahre noch Ausnahmen, die die bürgerliche Literaturszene mit wohlwollendem Interesse registrierte, so beginnt seit einigen Jahren das Schreiben unter Arbeitern und Angestellten wieder populär zu werden. Anzeichen dafür ist der stete Mitarbeiterzuwachs des Werkkreises „Literatur der Arbeitswelt“, der, 1970 gegründet, bis heute bereits in fast zwei Dutzend Städten „Werkstätten“ eröffnen konnte. Die Werkstätten bestehen aus Arbeitern, Studenten und Schriftstellern. Man diskutiert gemeinsam individuelle Erfahrungen und Erlebnisse und versucht, diese in Texte umzusetzen. Die Texte wiederum sollen über die Leser in den Arbeitsalltag zurückwirken, sie sollen einen Beitrag zur Veränderung leisten.

„Ihr aber tragt das Risiko“ stellt einen ziemlich bunten Querschnitt durch die Arbeiten von Werkkreismitgliedern vor. Die meist nur wenige Seiten langen Texte beschreiben den Arbeitsalltag, sie zeigen auf, wo er verändert werden muß, wie dies geschehen kann. Zugleich reflektieren die Texte die Funktion des Schreibens selbst, erkennen das Schreiben als Mittel politischer Emanzipation.

„Lauter Arbeitgeber“ konkretisiert die Kritik, die den Gesamten von „Ihr aber tragt das Risiko“ ausmacht. In diesem zweiten Band geht es um die Person des „Chefs“, sei es des Unternehmers, sei es des Managers, sei es des nach unten tretenden Abteilungsleiters oder Meisters. Konkrete Erfahrungen mit Arbeit „geboren“ werden beschrieben, die praktisch und theoretisch hinterfragt werden. Das gipfelt in der Frage: Brauchen wir überhaupt einen Chef? Für die Schreibenden mehr als eine theoretische Frage...

Günter Wallraf: Industriereportagen. Als Arbeiter in deutschen Großbetrieben. Rowohlt-Verlag Reinbek: rororo 6723. 118 Seiten. 2,80 DM.

Im selben Jahr, in dem Grüns „Irrlicht und Feuer“ erschien, 1963, begann der 21-jährige Günter Wallraf seine Arbeit in einem Industriebetrieb. In den folgenden drei Jahren arbeitete er in fünf verschiedenen Großbetrieben, u. a. bei Ford, Blohm & Voß, Siemens und der August-Thyssen-Hütte. Seine Erfahrungen faßte er 1966 in den „Industriereportagen“ zusammen.

Wallraf beschreibt Erfahrungen vom Fließband einer Autofabrik, von der Helling einer Werft, vom Feilen im Akkord, von der Arbeit an einer Rohrschneidemaschine und von der Sinteranlage eines Stahlwerks. Seine Berichte zerstören seit ihrem Erscheinen für manchen gutgläubigen Leser die Zwecklegende von den Arbeitern, „denen es doch heute so gut geht“. Ohne Beschönigungen werden Zwänge und Gefahren konkret beschrieben, denen der Arbeiter auch heute in der kapitalistischen Produktion ausgesetzt ist. Die parteiliche Beschreibung des Arbeitsalltags wird zur Anklage, zur Aufforderung, ihn zu verändern.

Revolution und Literatur. Zum Verhältnis von Erbe, Revolution und Literatur. Herausgegeben von Werner Mittenzwei und Reinhard Weisbach. Röderberg-Taschenbuch 1. 559 Seiten. 3,50 DM.

Der erste Band, „Revolution und Literatur. Zum Verhältnis von Erbe, Revolution und Literatur“, 1970 geschrieben, enthält Aufsätze zum Problem der Gestaltung revolutionären Verhaltens — nicht nur in der Gegenwartsliteratur der sozialistischen Staaten.

Drei Beiträge beschäftigen sich mit der Literaturtheorie der „neuen Linken“ in der BRD. Die Autoren, u. a. Werner Mittenzwei, Fritz Mierau, Dieter Schlenstedt, Manfred Naumann, sind DDR-Literaturwissenschaftler.

Franz Mehring: Aufsätze zur deutschen Literaturgeschichte. Röderberg-Taschenbuch 2. 448 Seiten. 2,90 DM.

Band zwei bringt Franz Mehrings „Aufsätze zur deutschen Literaturgeschichte“. Die Auswahl dieser Aufsätze von den Anfängen bürgerlicher Literatur im 18. Jahrhundert bis zu den Anfängen sozialistischer Literatur ergibt fast eine Literaturgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts.

Frank Norris: Gier nach Gold. Röderberg-Taschenbuch 3. 376 Seiten. 2,90 DM.

Band drei: „Gier nach Gold“, ein naturalistischer Roman des Amerikaners Frank Norris, geschrieben um die Jahrhundertwende. Ein „Sittengemälde“ der frühen US-Gesellschaft, eine zologenähnliche Beschreibung des Untergangs zweier Charaktere und ihres sozialen Abstiegs aus dem Bürgertum in das Lumpenproletariat der Großstadt San Franzisko. Gier nach Gold — die Triebkraft ihrer Handelns, das Charakteristikum ihres Milieus.

Der Fall Claudia Eisinger

Claudia Eisinger, Mitglied des MSB Spartakus und der DKP hatte nach gut bestandenem Staatsexamen in den Fächern Geschichte, Germanistik und Sozialkunde den ersten Teil ihrer Lehrerausbildung beendet und stellte den Antrag auf Zuweisung zu einem im September 1972 beginnenden Pädagogischen Seminar, um ihre Ausbildung als Referendarin fortsetzen

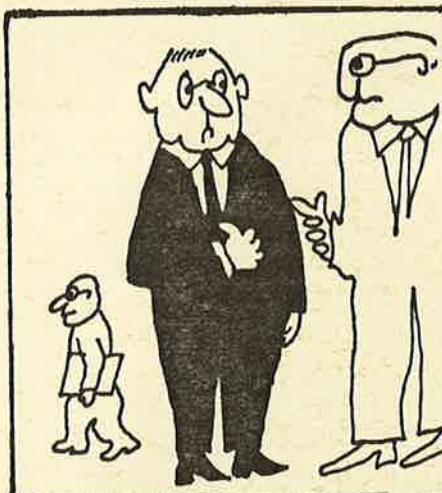
Im einzelnen heißt es dort: „Die einzelnen Gruppen des MSB-Spartakus haben sich in einer Grundsatzerklärung vom 20. 4. 1970 zur „Sozialistischen Weltrevolution“ und zur führenden Rolle der „Kommunistischen Partei“ bekannt. Der MSB-Spartakus entwickelt auch im übrigen verfassungsfeindliche Aktivitäten.“ Ferner wird in dem Schreiben auf ein Ermittlungsverfahren bezug genommen, das 1970 gegen C. E. gelaufen ist, das aber von der Staatsanwaltschaft mangels Tatverdacht eingestellt worden ist. Das Bayerische Kultusministerium hingegen hält am Tatverdacht fest, hatte es sich doch um den „Verdacht auf Einbringung staatsgefährdender Druckschriften“ aus der DDR gehandelt. Diese als „staatsgefährdend“ bezeichnete Schriften waren u. a. die achtbändige Gesamtausgabe der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Meiñners „Konvergenztheorie“, die dreibändige Ausgabe „Materialien zum Studium des Marxismus/Leninismus“, Eckermann/Mohr: „Einführung in das Studium der Geschichte“.

Vertrag von Moskau verfassungsfeindlich?

Weiter heißt es in dem Schreiben: „Aus den Unterlagen des Ministeriums (sprich Verfassungsschutz) ergibt sich ferner, daß Sie Mitglied der Arbeitsgruppe „DDR-Gruppe“ des MSB-Spartakus in Münden sind.“ Diese „DDR-Gruppe“ hatte sich 1970 in einer Flugblattreihe für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR eingesetzt, eine Forderung, die die baye-

rische Staatsregierung ebenso wie die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau für verfassungsfeindlich hält.

Dies also sind in den Augen des bayrischen Kultusministeriums überzeugende Beweise für eine verfassungsfeindliche Tätigkeit. Diese Punkte gelten als Grund,



„Wir mußten ihn entlassen. Er hat im Unterricht das Grundgesetz durchgenommen.“

um einzelnen Staatsbürgern nicht nur das Grundrecht auf freie Berufsausübung, sondern auch auf freie Berufswahl und Berufsausbildung zu entziehen.

Das Kultusministerium hatte C. E. noch

zu können. Am 26. Juni erhielt sie vom bayerischen Kultusministerium ein Schreiben, in welchem ihr mitgeteilt wurde, daß sie als Mitglied des MSB-Spartakus nicht die Gewähr dafür biete, „jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung“ einzutreten.

„Gelegenheit gegeben, sich bis spätestens 15. Juli 1972 zu obigen Ausführungen zu äußern“, ehe die letzte Entscheidung gefällt würde. Natürlich haben ihr Rechtsanwalt Hans E. Schmitt-Lermann und sie diese Gelegenheit wahrgenommen und in einem Rückantwortschreiben an das Kultusministerium wie auch in 2 Gesprächen mit den „Verantwortlichen des Hauses“ den Kerngehalt dieses neu erlichen Berufsverbots deutlich gemacht: Es geht um die aktive politische Betätigung eines Einzelnen innerhalb einer demokratischen Organisation, anders ausgedrückt: mit der Statuierung eines Exempels soll eine breite demokratische Bewegung getroffen werden.

Mit der letzten Entscheidung ließ sich das Kultusministerium Zeit. Noch 2 Tage vor Schulbeginn wartete C. E. auf einen schriftlichen Bescheid. Inzwischen hat ihr Rechtsanwalt erfahren, wie dieser lautet: C. E. soll endgültig vom Referendardienst ausgeschlossen werden.

In der „Ablehnungsbegründung“ heißt es: „Sie sind sowohl aktives Mitglied des MSB Spartakus als auch der DKP. Beide Organisationen stehen auf der Grundlage von Theorien, deren Umsetzung in die politische Wirklichkeit zu einer Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des GG führen würde. Infolge Ihrer Mitarbeit in beiden Organisationen bieten Sie nicht die Gewähr dafür...“ usw.

Das ist die Sprache von Leuten, die den Boden des Grundgesetzes eindeutig ver-

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS als Taschenbuch

308 Seiten, mit Photos, DM 6,—

Aus dem Inhalt: Matthiessen: Zur Entstehungsgeschichte des SPARTAKUS - Hauptreferat - alle Diskussionsbeiträge - Bericht der Antragskommission zur Grundsatzerklärung - Auszug aus der Diskussion - Grundsatzerklärung - Satzung - Pressespiegel u. a.

Name

Ort

Straße

Ich bestelle per Nachnahme
(Versand nur per Nachnahme möglich)

.... Exemplar(e) des Protokolls.

MSB SPARTAKUS, 53 Bonn,
Schicken an: Bundesvorstand des
Sternenburgstraße 73

Ich bitte um Informationsmaterial über den MSB SPARTAKUS:

Name:

Ort:

Straße:

Unterschrift:

Uni – bzw. FHS:

Schicken an:
MSB SPARTAKUS, Bundes-
vorstand,
53 Bonn, Sternburgerstraße 73

lassen haben, eines Gesetzes, daß die Diskriminierung von Bürgern ihrer politischen Einstellung wegen klar verbietet.

Breite Solidaritätsbewegung

Eines der beliebtesten Argumente bundesdeutscher Entscheidungsinstanzen war und ist: Sich nicht dem Druck der Öffentlichkeit beugen, einsame Entscheidungen fallen! Die breite Solidarität, die sich im Fall C. E. entwickelte, hat die Einsamkeit der Entscheidung des Kultusministeriums voll ins Rampenlicht gesetzt, und es liegt einzig und allein an der Kraft und Ausweitung dieser solidarischen Bewegung, wie lange derart einsame Entschlüsse noch gefällt werden können.

Noch am selben Tag, an dem das Schreiben des Kultusministeriums eintraf, beschloß die Bezirksdelegiertenkonferenz der GEW-Oberbayern einstimmig, C. E.

NPD-Listen beweisen: Berufsverbot nur gegen links

Düsseldorf, 14. September 72 (ppa). — Die Tatsache, daß der Berufsverbotbeschuß der BRD-Ministerpräsidenten nur gegen progressive Demokraten Anwendung findet, unterstreichen in aller Deutlichkeit die ersten von der NPD aufgestellten Landeslisten für die bevorstehende Bundestagswahl.

So wurde in Schleswig-Holstein neben dem Amtsrat Otto Führer aus Dithmarschen in Lübeck die Lehrerin Eva Hapbach als Bundestagskandidatin der NPD nominiert. Die Pädagogin, die völlig unbekümmert ihr Lehramt ausübt, ist Kreisvorsitzende der Neonazi-Partei in der Hansestadt.

Auf der nordrhein-westfälischen NPD-Landesliste kandidiert unter anderem der Oberstudienrat Manfred Müller.

DKP-Lehrerin muß zum weiteren Studium zugelassen werden

Kiel, 11. September 72 (ppa). Das schleswig-holsteinische Verwaltungsgericht hat die zuständigen Behörden des Landes verpflichtet, die der DKP angehörende Lehrerin Ursula Christen, Kiel, zu einem weiterführenden Studium an der Pädagogischen Hochschule zuzulassen. Dies war ihr verweigert worden. Der Pressesprecher der SPD in Schleswig-Holstein, Börnsen, hat diese Gerichtsentscheidung namens seiner Parteiorganisation begrüßt, denn „es sei grundgesetzwidrig, Bewerber aus politischen Gründen abzulehnen, wo der Staat über das Ausbildungsmopol verfügt.“

mit allen Kräften zu unterstützen, einschließlich ihren Antrag auf Rechtsschutzwährung. Eine breit angelegte Pressekampagne wurde eingeleitet, die sämtliche Münchner Zeitungen veranlaßte, sich mit dem Fall zu beschäftigen. Auch in der „Augsburger Allgemeinen“ erschien ein Leitartikel mit der Balkenüberschrift: „Ministerium blockiert Berufsausbildung“. Der Bayerische Rundfunk informierte in einer viertelstündigen Sendung über den Fall, in der die Solidarität mit C. E. un-

NPD-Lehrerin weiter im Amt

Wuppertal, 9. September 72 (ppa). — Die der NPD angehörende Wuppertaler Gymnasiallehrerin Christa Mittelstenscheidt, die am Städtischen Gymnasium Elberfeld-Mittel faschistisches Lehrmaterial für den Unterricht verwendete, befindet sich noch immer im Schuldienst. Das nordrhein-westfälische Kultusministerium hat gegen die Lehrerin lediglich ein Disziplinarverfahren angeordnet, das „unter Beobachtung eines neutralen Juristen“ in den nächsten Wochen abgewickelt werden soll. An seinem Ende werden „eine Rüge, eine Gehaltskürzung oder auch die Entlassung“ stehen.

Die Lehrerin hatte eine Broschüre der „Aktion Widerstand“ mit revanchistischen und faschistischen Forderungen zur Basis des Unterrichts einer Oberprima gemacht. Die Publikation wurde anschließend in die Lehrbücherei der Schule aufgenommen und mit dem Schulstempel versehen. Nach Aufdeckung des Skandals durch eine Wuppertaler Tageszeitung wurde sie erst jetzt aus der Bücherei entfernt.

Studenten. Die Frontlinie kann schärfer kaum gezogen werden. Wie die Demokratische Aktion in einer Presseerklärung mitteilte, beschäftigt der Staat Bayern nachweislich 8 NPD-Funktionäre im Schuldienst, von denen 2 Rektoren einer Schule sind.

Die Solidaritätsbewegung mit C. E. ist natürlich noch nicht abgeschlossen. Sie steht jetzt, nach der endgültigen Entscheidung, erst am Anfang!



Der linke Informationsdienst der Bundesrepublik und Westberlins. Undogmatisch, Kritisch, Präzise. Und der Meinung, daß ein Standpunkt kein Stehpunkt sein kann. Das paßt manchen nicht: „Verfassungsfeindliche Publikation“, sagt Amtsrichter Ruppender aus Westberlin. Das „prokommunistische Kampfblatt Berlins“ nennt uns die Würzburger „Tagespost“. Der Westberliner „Tagesspiegel“ sieht es klarer: „Eine Art Exklusivorgan für höheren Orts als unangenehm empfundene Mitteilungen.“

Lassen auch Sie sich etwas mitteilen. Zweimal die Woche auf jeweils 24 Seiten. Für DM 6,- im Monat. Bestellen Sie drei Monate zur Probe. Die 18 DM, die Sie dafür aufwenden, sind nächstes Jahr sowieso nur noch 12 Mark wert.

**EXTRA-Dienst, 1 Berlin 31,
Pfalzburger Strasse 20.**

Moral mit doppeltem Boden

Die Aktion der palästinensischen Terroristen im Olympiadorf hat der gerechten Sache des arabischen Befreiungskampfes schwer geschadet. Diese Aktion ist ohne Abstriche zu verurteilen. Durch individuellen Terror gewinnen die Massen keine revolutionäre Erfahrung, kann sich ihr politisches Bewußtsein nicht entwickeln.

Mit Mord, Erpressung und Terror können die berechtigten Forderungen der arabischen Völker, des Volkes von Palästina nicht durchgesetzt werden. Entscheidend ist das aktive Handeln des Volkes, und nicht einiger Desperados. Auf der Grundlage der Lehren von Marx, Engels und Lenin muß das Volk Schritt für Schritt seine wirklichen Interessen begreifen, für ihre Verwirklichung kämpfen. „Wenn Anhänger des Terrors vorgeben, der Sache des arabischen Befreiungskampfes und der nationalen Unabhängigkeit der Völker zu dienen,“ heißt es dazu in einer Stellungnahme des Parteivorstandes der Deutschen Kommunistischen Partei, „so arbeiten sie in Wahrheit dem schlimmsten Feind des Friedens und des Fortschritts in die Hände.“ Das ist die eine Seite.

Ursachen verschwiegen

Die andere Seite ist, daß die Reaktion der Machthaber in der BRD auf die Geiselnahme sehr deutlich ihre moralische und politische Heuchelei dokumentierte, aufzeigte, daß sie „Frieden“, „Gewalt“ und „Unmenschlichkeit“ mit verschiedenen Maßstäben messen, mit Kriterien, die bestimmt werden von den Interessen der Ausbeuterklasse, die sie vertreten.

Als sei es ganz selbstverständlich wurde akzeptiert, daß die israelische Regierung die von den Terroristen geforderte Freilassung von 200 arabischen Freischärlern ablehnt. Sie, die in diesen Tagen unablässig von „Humanität“, „Menschenwürde“ und „Versöhnung“ sprach, verlor kein Wort über diese zynische Haltung der israelischen Regierung, der 200 lebende Araber lieber waren als 11 lebende Israelis. Dabei wurde — natürlich, muß man dazu sagen — in der Berichterstattung der bürgerlichen Zeitungen der politische Hintergrund der Auseinandersetzung im Nahen Osten zwischen den reaktionären Kräften in Israel und den arabischen Völkern verschwiegen oder grob verfälscht; ganz als habe dieser Anschlag keinerlei Ursachen. Verschwiegen wurde, daß die Reaktion in Israel die Demokratie mit Füßen tritt, so z. B. entgegen dem Beschuß des Weltsicherheitsrates vom 22. 11. 1967 immer noch arabisches Gebiet besetzt hält, gleichzeitig aber von den Völkern, die die Achtung des Beschlusses fordern, verlangt, sie mögen „gegen den Terror der Araber“ vorgehen. So heißt es in einem Artikel im Zentralorgan der Kommunistischen Partei Israels, in welcher der blutige Überfall auf die israelische Olympiamannschaft als „ein Verbrechen, das mit allem Nachdruck zu verurteilen ist“ bezeichnet wird: „Wenn wir auch die Blutat von München verurteilen, dürfen wir jedoch nicht vergessen, daß solche abenteuerliche Taten auf dem Boden der andauernden Okkupation arabischer Territorien und der Nichtanerkennung der Rechte des Volkes von Palästina wuchern.“ („Zo Haderekh“ vom 6. 9. 1972) Nach wie vor werden in der Rechts-Presse der Bundesrepublik die systematischen „Vergeltungsschläge“ der israelischen Luftwaffe auf Lager und Dörfer palästinensischer Flüchtlinge beschönigt und entschuldigt, Terrorakte, bei denen in

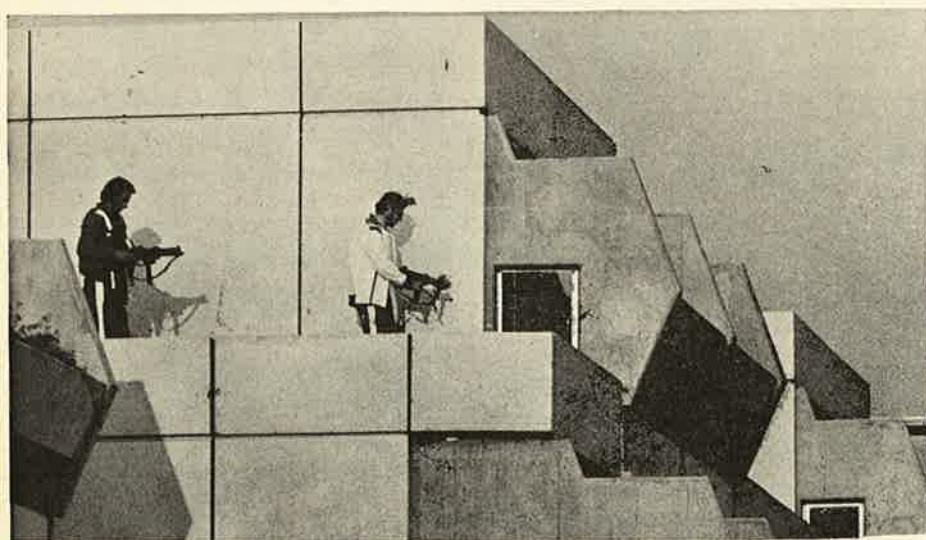
ebenso feiger Weise wie in München unschuldige Frauen und Kinder getötet und verstümmelt werden.

Der bundesdeutsche Außenminister fordert „weltweite Aktionen gegen den Terrorismus“, eine Forderung, die man nur unterstützen kann, da er in diesem Zusammenhang dann Gelegenheit hat, Einfluß auf den Bombenterror der USA in Vietnam zu nehmen. Auf die Terroristen in München eingehend, stellte Bundespräsident Heinemann fest: „Verantwortung tragen aber auch jene Länder, die diese Menschen nicht an ihrem Tun hindern.“ Man erinnert sich nicht daran, eine ähnliche Erklärung von ihm gehört zu haben nach den Massakern von My Lai durch US-Soldaten im März 1968.

Zweierlei Frieden?

Voller Empörung verzeichnet die rechte Presse, daß die Terroristen den „olympischen Frieden“ gestört haben, daß sie „unschuldiges Leben“ vernichteten. Aber der Friede und das Leben eines Menschen —: beide sind unteilbar. Zu verurteilen sind nicht nur diejenigen, die den olympischen Frieden verletzten, die „wehrlose Sportler“ ermorden, zu verurteilen sind auch die, die den Frieden generell bedrohen und ihn brechen, und sei es einige tausend Kilometer von München entfernt; die irgendwo auf der Welt Wehrlose: Frauen, Kinder, Greise ermorden. Das geschieht in Vietnam, das geschieht durch die Rassisten und Faschisten in Afrika. Was geben darüber die bourgeois Friedensfreunde von sich? Da schreibt ein Vertreter dieser sauberen Gesellschaft, die eben noch so emphatisch das Töten und den Haß verdammt, da schreibt in unglaublicher Menschenverachtung der Militärexperte der Frankfurter Allgemeinen, Adalbert Weinstein, am 14. 8. 72: „Wir haben in Vietnam ... feststellen können, daß die amerikanische Armee auf dem richtigen Weg ist, mehr politische Abschreckung durch neue militärische Erkenntnisse zu produzieren. Die Bundeswehr als Verbündeter hat die große Chance, Erfahrungen zu verwenden, ohne die Zuchtrute eines Krieges gespürt zu haben.“ Napalmbomben, Deichzerstörung, Naturvernichtung fallen bei diesem ehemaligen Generalstabschef Hitlers unter „neue militärische Erkenntnisse“. Da bebt kein Minister vor Abscheu“.

Schon rufen die Zionisten in Israel, die nichts von „Versöhnung“, „Frieden“ und „Menschlichkeit“ halten, zum Ausrottungsfeldzug gegen die arabischen Völker auf: „Krieg bis zum Ende gegen diese Mordorganisationen, ihre Mitglieder, Helfershelfer und Auftraggeber, wo immer sie sein mögen.“ So die Zeitung „Davar“ (vgl. FR v. 7. 9. 72). Die arabischen Länder trügen die unmittelbare Verantwortung. „Wenn sie jetzt nicht die Terroristenstützpunkte innerhalb ihrer Grenzen beseitigen, dann wird Israel



„Präzisionsschützen“ warteten im Olympiadorf auf eine Möglichkeit, die Terroristen niederzuschießen.

DIE TRAUERGÄSTE VON MÜNCHEN AUF MENSCHENJAGD

Bereits kurz nach dem Münchner Terror-Anschlag sind dem VDS Fälle von Diskriminierung und politischer Verfolgung arabischer Studenten bekannt geworden. Seitdem ist eine Eskalation der anti-arabischen Maßnahmen in der Bundesrepublik festzustellen. Einzelne Meldungen über Verhaftungen und Abschiebungen aus Karlsruhe, Mainz und Hamburg haben beim VDS den Verdacht erhärtet, daß es sich um bundesweit koordinierte und zeitlich abgestimmte Polizeiaktionen handelt. Daraufhin hat der VDS-Vorstand am 21. 9. 72 eine Blitzumfrage bei den westdeutschen Studentenschaften veranlaßt. Die von einzelnen Studentenvertretungen gemachten Angaben sind bei Rektoraten und anderen Stellen (Arabische Liga u. a.) überprüft worden. Im einzelnen sind folgende Verhaftungs- bzw. Abschiebungsfälle bekannt geworden (es sind nur die absolut sicheren Fälle aufgeführt; eine hohe Dunkelziffer ist anzunehmen): Aachen: 1 Ägypter an der Einreise gehindert.

Erlangen-Nürnberg: 16 Verhaftungen am 21. 9. 72.

Freiburg: 1 Libanese wird am 20. 9. 1972 abgeschoben.

Hamburg: Gegen 9 Araber, vorwiegend Studenten, liegen Abschiebungsbescheide vor; 4 davon werden am 21. 9. 72 ausgeflogen.

Karlsruhe: 1 Palästinenser wird am 15. 9. 72 verhaftet und am letzten Wochenende ausgewiesen.

Mainz: Am 14./15. 9. 72 werden 20 Ausländer verhaftet (vorwiegend Araber). 3 Araber sind schon ausgewiesen worden.

München: 15 Ausländer verhaftet, 6 Araber werden am 21. 9. 72 abgeschoben.

Regensburg: 1 Palästinenser befindet sich in Abschiebungshaft.

Stuttgart: Am 18. 9. 72 werden etwa 30 Araber festgenommen und seitdem in Untersuchungshaft gehalten.

Würzburg: 2 Palästinenser sind verhaftet worden.

Die Verhaftungen und Ausweisungen von Arabern tragen einheitliche Züge: Handstreichartig, teils im militärischen Stil, werden die Betroffenen festgenommen. Die Polizeikräfte versuchen, die Abschiebung sofort zu vollziehen, um zu verhindern, daß Rechtsmittel gegen die Ausweisung eingelegt werden. In den seltesten Fällen gelingt es den Betroffenen, ihre Rechte geltend zu machen und ein rechtsstaatliches Verfahren zu sichern. Dem Nacht- und Nebelcharakter dieser Aktionen entspricht es, daß völlig unhaltbare Gründe für die Ausweisung von den staatlichen Stellen im einzelnen angegeben werden. In der Regel wird kein besonderer Grund angegeben. Vom VDS eingeholte Auskünfte deuten klar darauf hin, daß es sich um willkürlich Herausgegriffene handelt, denen in keiner Weise nachgewiesen werden kann, daß sie mit Terrororganisationen sympathisieren oder gar kollaborieren. Wird von den Ordnungsbehörden ein politischer Ausweisungsgrund angeführt, so lautet dieser, daß der Betroffene Mitglied in der Generalunion Palästinensischer Studenten (GUPS) sei. Die GUPS jedoch hat sich eindeutig von dem Vorgehen des „Schwarzen September“ in München distanziert. (Aus einer Presseerklärung des VDS.)

diese Aufgabe übernehmen...“ Schon sind die ersten Flüchtlingslager in Syrien und im Libanon von Helden der israelischen Luftwaffe bombardiert worden, es hat über hundert Tote gegeben. Vorschläge für einen dauerhaften Frieden in Palästina, der den Interessen des Volkes von Palästina und den israelischen Werktagen gerecht wird, machte die Kommunistische Partei Israels auf ihrem XVII. Parteitag. Ihr Generalsekretär, Meir Vilner, erklärte:

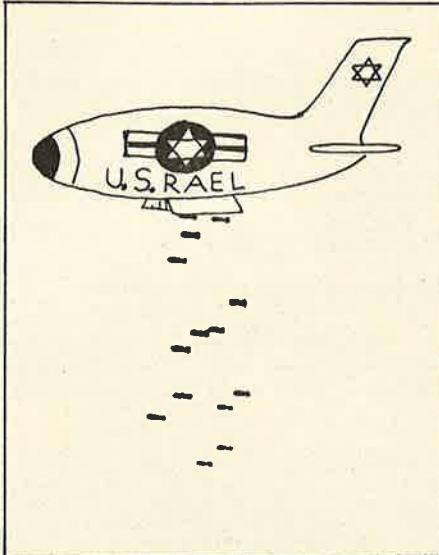
„Unser Friedensprogramm enthält folgende Punkte:

Wahrung der Rechte aller Völker unseres Raumes, einschließlich des Volkes von Israel und der Palästina-Araber.

Durchführung der Resolution des Welt-sicherheitsrates vom 22. November 1967 in allen Teilen.

Die Friedensgrenzen sollen die Grenzen vor dem 4. Juni 1967 sein, auf welche sich die israelischen Truppen zurückzu ziehen haben.

Beide Seiten erklären den Kriegszustand für beendet und deklarieren ihre Bereitschaft zur Achtung der Souveränität und



territorialen Integrität aller Staaten der Region sowie des Rechtes auf ein Leben in Frieden in sicheren und anerkannten Grenzen, frei von Bedrohung und Gewaltanwendung.

Bereitschaft zum Abschluß eines dauerhaften Friedens zwischen dem Staat Israel und den arabischen Staaten.

Gerechte Lösung für das Problem der arabischen Palästinaflüchtlinge gemäß den UNO-Beschlüssen, wonach ihnen die Wahl zwischen Rückkehr in die Heimat oder einer Entschädigung zusteht.

Freie Durchfahrt durch den Suezkanal und die Meerenge von Tiran für Israel wie für alle Staaten.

Ferner schlägt unsere Partei Sicherheitsgarantien durch die Großmächte oder den Sicherheitsrat der UNO, die Stationierung von UNO-Truppen in für beide Seiten wichtigen Sicherheitspositionen sowie die Errichtung von entmilitarisierten Zonen an verschiedenen Punkten der Grenze vor.“

„Grob fahrlässig gehandelt“

Das Vorgehen der bundesdeutschen „Sicherheitskräfte“ in Fürstenfeldbruck

ist speziell im Ausland auf scharfe Kritik gestoßen. „Die deutsche Polizei hat grob fahrlässig gehandelt“, heißt es in der japanischen Zeitung „Sankei“ (zit. n. FR v. 7. 9. 72). Die Verantwortlichen entschieden sich für eine Gewaltlösung in einer Situation, in der aufgrund der Sachlage klar kalkulierbar war, daß dies die sicherste Methode war, die Geiseln zu opfern. Doch es ging um Prestige und Prinzip. Nicht zufällig waren ja wohl, wie inzwischen feststeht, „israelische Sicherheitsbeamte“ auf dem Flugfeld „als Berater“ dabei. Wenn die Verantwortlichen das Leben der Geiseln wirklich über alles andere gestellt hätten, wären die Geiseln mit den Terroristen ausgeflogen. Die Behauptung, das hätte „den sicheren Tod der Geiseln“ bedeutet, ist in ihrer Abschrecktheit und Feigheit kaum noch zu überbieten. Hingegen mußte, das war sicher, der Befreiungsversuch den Tod der 11 Israeli bedeuten.

Von da an hing das Schicksal der Gefangenen vom Gelingen einer riskanten Polizeiaktion ab, die alle Züge eines Vabanquespiels trug. Die den Terroristen auf dem Militärflughafen Fürstenfeldbruck gestellte Falle erinnerte fatal an die Vorgänge vor einem Jahr beim Bankraub in der Münchner Prinzregentenstraße, wo ebenfalls ohne Rücksicht auf das Leben der Geisel Ingrid Repell Schießbefehl erteilt wurde. Auch damals war nicht nur einer der beiden Täter, sondern auch die Geisel unter den Toten. Dieses Vorgehen ohne Rücksicht auf Verluste trug die Handschrift von Leuten, die — von Innenminister Genscher abgesehen — heute wie damals die Verantwortung trugen: neben der eines forschenden Oberstaatsanwalts die des bayrischen Innenministers Bruno Merk, des Münchner Polizeipräsidenten Dr. Schreiber und eines Mannes ohne jede verantwortliche Zuständigkeit, nämlich des Parteivorsitzenden der CSU, Franz Josef Strauß.

Auch am 5. September in München und Fürstenfeldbruck fühlte sich dieser Mann auf seltsame Art und Weise dort hingezogen, wo Entscheidungen über Leben und Tod zu treffen waren. Er schloß sich aus eigener Machtvollkommenheit dem sogenannten Krisenstab im Olympiadorf an und beanspruchte einen Platz in jenem dritten Hubschrauber, der den Krisenstab nach Fürstenfeldbruck flog, obwohl sein Platz — wie die „Süddeutsche Zeitung“ vermerkt — durch einen weiteren Scharfschützen besser besetzt gewesen wäre.

Berechtigt erscheint deshalb auch die parlamentarische Anfrage der Münchner Landtagsabgeordneten Ursel Redepenning, in welcher Eigenschaft Franz Josef Strauß zum Krisenstab zugezogen wurde und welche Entscheidungen er in Fürstenfeldbruck gefällt oder herbeigeführt habe.

Auch auf der internationalen Pressekonferenz am Donnerstag wurde diese Frage gestellt. Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt über die Reaktion darauf: „Pikiert antwortete auf eine entsprechende Bitte um Aufklärung Innenminister Merk: „Richten Sie diese Frage doch an den von Ihnen genannten Adressaten.““

In kritischen Zeitungsberichten wird deshalb vermerkt, der Polizeieinsatz von Fürstenfeldbruck verrate nicht die Handschrift von Fachleuten, sondern die von Dilettanten und ehrgeizigen Politikern. Für Innenminister Merk freilich redu-

zierte sich alles auf die Ausrede: „Es hat nur etwas Glück gefehlt.“ Polizeipräsident Schreiber erklärte unmittelbar nach Bekanntwerden des tragischen Ausgangs der Polizeiaktion in erschreckender Arroganz: „Wir werden uns gegen Kritik zu wehren wissen.“ Franz Josef Strauß übte Zurückhaltung: von ihm hörte und sah man nichts mehr.

Jetzt Hetzjagd auf Ausländer?

Das Verhalten der „Einsatzleiter“ nach dem mißglückten Versuch sagt einiges darüber aus, wie sicher sie sich der Zweckmäßigkeit und „Humanität“ ihres Vorgehens waren. Und nun, nach den Ereignissen, wird die Wahnsinnstat einiger Terroristen zum Vorwand genommen, ausländische demokratische Vereinigungen und Personen zu diskriminieren. „Durchgreifende Maßnahmen“ forderte der „Experte der SPD für arabische Angelegenheiten“, Hans-Jürgen Wischnewski und verlangte, daß „Bürger aus Ländern, die Terror duldeten und unterstützten“ (FR v. 8.9.) in der BRD „weder

weist, daß Studenten (gar solche, die sich christlich und demokratisch nennen) freiwillig zu Hilfswilligen reaktionärer und chauvinistischer Scharfmacher werden, zu einer Zeit, in der zum Zweck der „inneren Sicherheit“ das Ausländergesetz verschärft wird, die Kompetenzen des Verfassungsschutzes erweitert werden und z.B. in Nordrhein-Westfalen ein neuer Erlaß zur Überwachung des Studiums von Ausländern in der Schublade liegt. Ziel des Ganzen ist nicht der Schutz der Bevölkerung vor Terror, sondern die Liquidierung ausländischer oppositioneller Organisationen und, wie der „liberale“ Herr Nannen vom STERN fordert, die „fristlose“ Ausweisung von Arabern aus der BRD, die Abschirmung der Bevölkerung von Informationen über die Situation in Palästina.

Gegen die Profihetzer vom Radio Free Europe und Radio Liberty wurde und wird nicht vorgegangen. Die Vergiftung des olympischen Lebens durch Produkte wie den mit den olympischen Ringen verzierten „Komm-Mit-Jugendtaschen-Kalender 1972“ („Den kommunistischen

„Arbeitsbürger“

Conrad Ahlers erklärte Karl Marx den Krieg. Er wählte dazu die schon oft gehörte Formel: „Der Marxismus ist eine überholte Theorie... Karl Marx war zu seiner Zeit ein bahnbrechender Mann, und er hat vieles in Bewegung gebracht. Aber er paßt nicht mehr in unsere Zeit und unsere Gesellschaft.“

Die „zunehmende Gleichheit der Gleichberechtigung“ habe in der BRD dazu geführt, „daß die Trennung der Bevölkerung in Klassen und Schichten langsam, aber sicher verschwindet und daß wir alle Arbeitsbürger werden“. Ist das nicht ein schöner und origineller Begriff: Arbeitsbürger? Da sieht man richtig wieviel Schweiß das ewige Geldzählen den Aktiönen abfordert. Da fühlt man tiefes Mitleid mit den Millionären, die ja um so mehr Sorgen haben, je höher die Kapitalsumme klettert. Und da erkennt man auch, wie gut sich Arbeitsbürger Ahlers im spezifischen Arbeitseifer seiner großbürgerlichen Klassenkameraden auskennt. Das wird einen Spaß geben, wenn sich die Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte der Konzerne gegenseitig mit „Herr Arbeitsbürger“ anreden. Verschwunden ist nun sogar der kleine Unterschied zwischen „Arbeitgebern“ und „Arbeitnehmern“. Jetzt sind alle einheitlich Arbeitsbürger! Jetzt stehen alle in einer Arbeitsbürgerfront!

Ob sich allerdings die kritisch denkenden jungen Leute mit dieser Art von „Gleichheit“ begnügen werden, ist zweifelhaft. Sie könnten auf den Gedanken kommen, die Bezüge der Monopolgewaltigen mit den Einkommen der Arbeiter zu vergleichen. Und dann würden sie auf harte Tatsachen stoßen wie etwa diese: Zur gleichen Zeit, da in der BRD fünf Millionen Lohnarbeiter mit einem Monatseinkommen unter 600 DM auskommen mußten, wiesen die Gesellschafter des Arbeitsbürgers Neckermann ein Jahreseinkommen von 1 126 210 DM aus! Jeder kann sich selbst ausrechnen, wie hoch in diesem Falle der Grad der „Gleichheit“ geraten ist.

Vielleicht kennen die jungen Leute auch das vor einigen Monaten im Darmstädter Melzer Verlag erschienene Büchlein „Armut in der Bundesrepublik“ von Jürgen Roth. Dort sind amtliche Zahlen über solche „Arbeitsbürger“ zusammengestellt, deren Gleichheit unter dem Existenzminimum liegt: 1 100 000 Bundesbürger in ländlichen Gebieten müssen von Löhnen zwischen 100 und 400 DM leben; mehr als 600 000 vegetieren in Armenanstalten; mindestens 450 000 sind obdachlos; und etwa 1 884 000 Kinder sind auf Grund der sozialen Lage ihrer Eltern so entwicklungsbehindert, daß sie der Asozialität zu verfallen drohen.

Angesichts solcher Tatsachen aus dem praktischen Leben entpuppt sich Ahlers' origineller Begriff „Arbeitsbürger“ als platteste Demagogie, die weit unter dem ohnehin niedrigen Niveau der traditionellen „Marx-Töter“ bleibt. Karl Marx zu widerlegen wird von Tag zu Tag ausichtsloser. Die Geschichte hat längst für Karl Marx und seine Lehre gesprochen.

Bonner Rundschau

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR BONN UND UMGEBUNG

Mittwoch, 6. September 1972
Nummer 207 - Jahrgang 27

40 Pfennig
Fernruf: Bonn 651811

Terroristen in die Falle gelockt Geiseln von München sind frei

Die Berichterstattung auf Grund der irreführenden offiziellen Angaben spricht für sich.

arbeiten noch studieren" dürfen. „Wir wissen“, sagte er, „daß wir dabei bedauerlicherweise auch Unschuldige treffen...“ Das Grundgesetz ist ihm wohl abhanden gekommen. Und der „Bayernkurier“ verallgemeinert diese Stoßrichtung gegen alle Demokraten: „Die Auswirkungen eines falsch gesehenen Liberalitäts- und Toleranzverständnisses dürfen nicht zur Praxis staatlicher Organe entarten.“ (BK v. 9.9.72) Und das Propagandainstrument der „christlich-demokratisch-sozialen“ Reaktion, der Ring Christlich Demokratischer Studenten, kündigt eine „Dokumentation“ über die Tätigkeit „extremistischer ausländischer Organisationen in der BRD“ an. Nicht, daß die Hetze gegen Ausländer in der Bundesrepublik etwas Neues wäre: die Verschleppung koreanischer Kommilitonen, die Ausweisung oppositioneller Amerikaner, die Diskriminierung der „Gast“-arbeiter be-

Ostblock muß man wie ein Seuchengebiet behandeln“) fücht diese Beschützer der „Sicherheit“ und der Demokratie nicht an. Dafür wurden Informationsstände der DKP in Münchens Innenstadt von der Polizei geräumt. Dafür wurde einer Delegation aus Nordvietnam, die an einer Feierstunde auf dem Ehrenfriedhof Stukenbrock teilnehmen wollte, die Einreise in die BRD verweigert (vgl. UZ v. 8. 9. 72). Dieselben Leute, die dafür verantwortlich sind, schwätzen jetzt unablässig von „Versöhnung“, „Gewaltlosigkeit“ und „Frieden“. Der Frieden zwischen den Völkern muß durchgesetzt werden, aber ebenso soziale Gerechtigkeit; Versöhnung ist ohne den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung nicht möglich. Nur der trägt zum Frieden bei, der gegen die Feinde des Friedens, gegen die Ausbeuter, gegen die Unterdrücker, Stellung bezieht.

Die Reformwilligen stärken ihre Reihen

Anfang Juli 1972 wurde in Marburg der „Bund Demokratischer Wissenschaftler“ gegründet. Er zählt bereits heute knapp 1000 Mitglieder (allein die Sektion West-Berlin hat 150 Mitglieder). Im folgenden Interview gibt Vorstandsmitglied Prof. Reinhart Kühnl Auskunft über die Ziele der Vereinigung.

RB: Professor Kühnl, können Sie noch einmal die Ziele des Bundes Demokratischer Wissenschaftler zusammenfassen?

Kühnl: Im Gegensatz zu der politischen Rechten nimmt der Bund Demokratischer Wissenschaftler das Grundgesetz wirklich ernst. Das Grundrecht auf „freie Entfaltung der Persönlichkeit“, das Demokratiegebot der Sozialstaatsklausel und die Sozialisierungsermächtigung bedeuten in unserem Verständnis einen Auftrag zum Handeln. Von hier her bestimmt der Bund Demokratischer Wissenschaftler die spezifischen Aufgaben der Wissenschaftler, die wir im Gründungsauftrag so skizzieren haben: „Emanzipation, Selbstbestimmung und Humanität sollen in Lehrformen und Lehrinhalten, in Fragestellungen und Zielen, in Organisation und Verbreitung von Wissenschaft ihren Ausdruck finden.“ Wissenschaft hat eine gesellschaftliche Funktion, ob die beteiligten Wissenschaftler das wissen oder nicht. Sie kann den Interessen der kleinen herrschenden Minderheit dienen und sich dabei als wertneutral deklarieren, oder sie kann Stellung beziehen gegen Elend, Entmündigung und Unterdrückung, gegen Strukturen und Ideologien, die diese Zustände verfestigen.

Daß die Herrschenden versuchen, eine so verstandene Wissenschaft in ihrer Entfaltung zu behindern, ist nicht verwunderlich. Fortschrittliche Wissenschaftler werden in ihrer Laufbahn bedroht und sehen sich als angebliche „Verfassungsfeinde“ mit dem Berufsverbot konfrontiert. In den gleichen Zusammenhang gehört der Kampf der Rechten gegen die Gewerkschaften, die das Prinzip der Demokratie auch in der Wirtschaft durchsetzen wollen. Diesen demokratiefeindlichen Tendenzen entgegenzutreten, betrachtet der Bund Demokratischer Wissenschaftler als seine aktuellste Aufgabe. Doch dazu ist einheitliches Handeln aller demokratischen Kräfte notwendig. Im Bereich von Wissenschaft und Forschung soll der Bund Demokratischer Wissenschaftler die Zusammenführung dieser reformwilligen Kräfte fördern. Dabei erstreben wir natürlich die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und überhaupt allen Organisationen, die unsere Ziele teilen, um dem wachsenden Druck von rechts entgegenzutreten.

RB: Im Hochschulbereich existiert bereits eine Organisation, die die Interessen der Lehrenden nicht ständig, sondern im Zusammenhang mit den Interessen der lohnabhängig arbeitenden Bevölkerung vertritt, nämlich die GEW. Warum halten Sie trotzdem die Gründung eines gesonderten Wissenschaftlerbundes für notwendig und wie gestaltet sich ihr Verhältnis zur GEW, bzw. ihre Zusammenarbeit mit der GEW?

Kühnl: Die Initiatoren des Bunds Demokratischer Wissenschaftler sind in ihrer Mehrheit aktive GEW-Mitglieder. Schon von dorther — aber vor allem von unseren Zielen her — ist eine Konkurrenz zwischen GEW und dem Bund Demokratischer Wissenschaftler ausgeschlossen. Aber gerade weil wir die gewerkschaftliche Organisation für so bedeutsam halten, haben wir den Bund Demokratischer Wissenschaftler gegründet. Es ist doch eine Erfahrung hochschulpolitischer Tätigkeit, daß bei Wissenschaftlern, die sich

gewerkschaftliche Orientierung und Organisierung fördern kann.

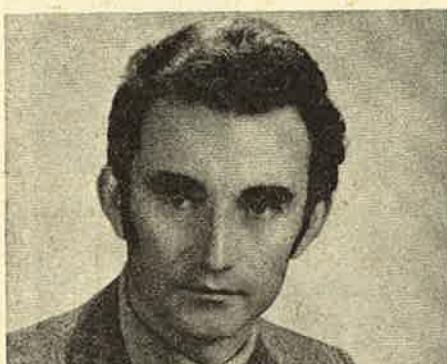
Ein weiterer Grund kommt dazu. Wir meinen, daß es bestimmte Probleme gibt, die nicht nur die im Ausbildungssektor tätige Intelligenz angehen, sondern auch Wissenschaftler in anderen Bereichen z. B. Ärzte, Rechtsanwälte, Publizisten, die naturwissenschaftlich-technische Intelligenz etc. Diese Intellektuellen sind entweder überhaupt nicht organisiert oder in Gewerkschaften außerhalb der GEW. Sie zusammenfassen in der Vertretung ihrer wissenschaftspolitischen und allgemein-politischen Interessen, ist ein weiteres Ziel des Bundes Demokratischer Wissenschaftler.

Außerdem ist die relativ enge parteimäßige Gebundenheit der offiziellen GEW-Politik zu bedenken und die Beschränkung, die aus der Struktur der GEW als Gewerkschaft erwächst. Wir meinen, daß gerade aufgrund der fortgeschrittenen Politisierung im Bereich von Wissenschaft und Ausbildung ein unabhängiger politischer Verband als Artikulationsinstrument fortschrittlicher Kräfte vonnöten ist, dessen wechselseitiges Zusammenwirken mit der GEW folgendermaßen aussehen kann: 1. möglichst massenweise Einzelmitgliedschaft der Mitglieder des politischen Verbandes in der GEW und 2. organisierte Einflußnahme auf die GEW (und umgekehrt) im Zuge ständiger Kooperation.

RB: Prof. Kühnl, wie stellt sich der „Bund demokratischer Wissenschaftler“ die Zusammenarbeit mit Studenten vor?

Kühnl: Wir werden in Zukunft — und haben es ja auch bereits bei der Gründung getan (wie Sie wissen, war der vds als Dachverband der westdeutschen Studentenschaft an der Gestaltung des Kongresses „Wissenschaft und Demokratie“ mitbeteiligt) — mit allen fortschrittlichen studentischen Organisationen zusammenzuarbeiten. Wir haben es eben nicht nötig, einzelne Studenten abzuwerben.

RB: Vielen Dank.



Prof. Reinhart Kühnl

in Auseinandersetzungen demokratisch profiliert haben, eine Diskrepanz zwischen ihrem wissenschaftspolitischen und allgemeinpolitischen Bewußtsein vorhanden sein kann. Und diese Besonderheiten des politischen Sozialisationsprozesses von Wissenschaftlern gilt es in Rechnung zu stellen. Deshalb meinen wir, daß ein Verband, der die brennenden wissenschaftspolitischen Fragen in Angriff nimmt, eine größere Anzahl von Wissenschaftlern organisieren kann und über seine praktische Tätigkeit in Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften die

KINDERGÄRTNER(IN)

Kindergarten in Krefeld sucht für sofort oder später ausgebildete Kindergärtnerin. Mitarbeit der Eltern ist gewährleistet. Zur Zeit betreuen wir dreißig Kinder in zwei Gruppen. Auch als Halbtagsstelle möglich. Gutes Gehalt (über Tarif). Zuschriften bitte sofort an Michels, 415 Krefeld, An der Elisabethkirche 35.

Aus den Hochschulen

Bremen

AStA der Universität fordert unverzügliche Berufung aller 40 Bewerber.

Die unverzügliche Berufung aller 40 von der Universität vorgeschlagenen Bewerber forderte der allgemeine Studenten-Ausschuß (AStA) der Universität Bremen vom Senat der Hansestadt. Der AStA protestiert zugleich gegen die Art, wie die Berufungsvorschläge der Universität durch den Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst, Moritz Thape (SPD), behandelt wurden. In einer Erklärung des AStA der Universität wird darauf hingewiesen, daß der Senat in unzulässiger Weise in das Selbstverwaltungsrecht der Universität eingreife, besonders dadurch, daß er die wissenschaftliche Qualifikation der Bewerber zur Grundlage seiner Entscheidung mache, „wozu er weder in der Lage noch befugt ist“. In der Erklärung des AStA der Universität heißt es unter anderem: „Die Tendenz ist eindeutig: Die drittelparitätische Mitbestimmung in allen Universitätsgremien, dem Senat gegen seinen Willen durch die gemeinsame Aktion von Gewerkschaften und allen Gruppen der Universität aufgezwungen, soll ausgehöhlt und unwirksam gemacht werden, indem der Universität das Entscheidungsrecht in wichtigen Fragen vom Senat entzogen wird. Dies gilt insbesondere für Berufungen, denn die personelle Besetzung entscheidet letztlich über die inhaltliche Gestaltung des Studiums.“

Die Berufungspraxis des Senats dokumentiert damit einen entscheidenden Schritt zur bürokratischen Fachaufsicht mit dem Ziel, die fortschrittlichen Elemente des Bremer Reformmodells zurückzudrängen, wie sie nicht zuletzt auch in der Kooperation der Universität mit der Arbeiterkammer und den Gewerkschaften zum Ausdruck kommen.“

Der AStA der Universität weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß letztlich der Konflikt zwischen Universität und Senat auf dem Rücken der Studenten ausgetragen werde und, da in mehreren Studiengängen durch die Ablehnung mit einem Zusammbruch des Lehrbetriebes zu rechnen ist, „als Reaktion der Studentenschaft aktive Streiks nicht auszuschließen sind“.

Als „ungerechtfertigt und sachlich nicht begründet“ hat Thape die gegen ihn von Universität Bremen und dem AStA erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen. Wie der Senator mitteilte, müsse bei den Bewerbern außer der Übereinstimmung mit dem Reformkonzept der Universität „vor allem die wissenschaftliche Qualifikation sichergestellt sein“. Angeblich sei das nicht bei allen Berufungsvorschlägen der Fall gewesen.

Kiel

Student muß eingestellt werden

Der Vorsitzende des Schleswiger Verwaltungsgerichts, Karpe, bestätigte jetzt in einem Urteil, daß der dortige Oberlandesgerichtspräsident einen Jurastudenten als Referendar einzstellen muß, der an der Kieler Universität in der „Roten

Zelle Jura“ mitgearbeitet hatte. Ein entsprechender Beschuß war zuvor schon in einer Einstweiligen Verfügung ergangen, gegen die der Gerichtspräsident Beschwerde eingelegt hatte.

In der jetzigen Urteilsbegründung stellt Karpe vor allem fest, der Paragraph 9 des schleswig-holsteinischen Beamtenge setzes kollidiere mit Artikel 12 des Grundgesetzes, der die freie Wahl des Arbeitsplatzes garantiere. Würde nach dem Paragraphen 9 verfahren, so dürfe der Student wegen des Verdachts einer möglichen Illoyalität als Beamter gar nicht erst in den Staatsdienst kommen. Karpe betonte aber, da der Senat ein Monopol auf die Juristenausbildung habe, müsse er den Studenten als Referendar einstellen, damit er weiter ausgebildet werden könne. Sonst hätte er auch nicht die Chance, den Beruf eines Rechtsanwaltes oder Syndikus zu ergreifen.

FR, 5.9.72

Bonn

VDS setzt sich gegen weitere Verschlechterung der Situation an den Schulen und Hochschulen zur Wehr.

Enthüllungen über neueste Planungsdaten im Bereich des Bildungswesens brachte am Mittwoch eine Pressekonferenz, die vom Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) einberufen worden war. Ein bisher geheim gehaltenes Finanzierungsdokument der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung sieht für 1975 an unseren Schulen und Hochschulen erhebliche Verschlechterungen vor. Wie die VDS-Vertreter aufzeigten, soll die „Drucksache 49/72“ zur, wie es dort heißt, „Anpassung des bildungsplanerischen Konzepts an die verminderten Gesamtkostenbeträge“ führen. Diese von den Kultus- und Finanzministern bereits festgelegten verminderten Gesamtkostenbeträge — 53 statt 58 Milliarden DM — würden von den mittelfristigen Finanzansätzen der Länder vorgeschrieben, in denen die Bildung keine Priorität genieße. Im einzelnen mache der VDS-Vorstand auf folgende Punkte, insbesondere für den Hochschulbereich, aufmerksam:

In den Ausgangsdaten ist für 1975 bereits früher die Studentenzahl um 10 Prozent auf 665 000 gekürzt worden. Der personelle und materielle Ausbau der Bildungseinrichtungen wird gebremst. „Sämtliche Richtwerte werden auf den Stand von 1970 eingefroren, oder sogar verschlechtert“, lautet ein Kürzungsvorschlag, der vom Finanzplanungsrat von Bund und Ländern billigt werden soll. Weiter heißt es: „Der Schwerpunkt der Einsparungen liegt im Bereich der Ausbildungsförderung.“

Die im Papier der Bund-Länder-Kommission aufgeführten Finanzierungs-„Alternativen“ stellten nach Meinung des VDS in jedem Falle erhebliche Verschlechterungen gegenüber den bereits mehrfach zurückgeschraubten bisherigen Planungsdaten dar. Die Kürzungen würden sich zwischen 3 und 7 Milliarden DM bewegen. Der bisherige, untragbare Zustand an den Hochschulen und noch mehr an den Schulen würde auf ewig festgeschrieben. Unsoziale Ausbildungsförderung, un-

zumutbare Personalsituation, überfüllte Räume würden, wie ein VDS-Sprecher sich ausdrückte, zum festen Bestandteil einer auf „Verwaltung des Mangels“ degradierten Bildungsplanung werden. Erst kürzlich habe eine OECD-Studie das miserable Abschneiden der BRD im internationalen Bildungsvergleich aufgezeigt. Es nehme nicht wunder, sagten die VDS-Vertreter, wenn Kürzungsmaßnahmen gegenüber „Innovationen“ und strukturellen Reformen des Schul- und Hochschulwesens den Vorrang hätten, wenn man sich den Jubel im Lager der CDU/CSU ansehe, wo angesichts einer Entwicklung, die allen demokratischen Interessen der Schüler und Studenten ins Gesicht schlage, von einem „Durchsetzen der CDU/CSU“ gegenüber „utopischen bildungspolitischen Wunschvorstellungen“ die Rede sei. Die SPD/FDP-Bundesregierung tue gut daran, „endlich den von CDU/CSU in zwanzig Jahren erzeugten bildungspolitischen Sumpf gründlich trocken zu legen, statt in ihm wie blöd herumzustapfen“ wie sich ein VDS-Vorstandsmitglied ausdrückte. Ergebnisreden des Bundesbildungsministers Dohnanyi vor den „großindustriellen Rhein-Ruhr-Clubs“ seien dazu ebenso wenig geeignet, wie der Haushaltstrahmen des Bundeswirtschafts- und Finanzministers Schmidt, der dem Rüstungsbereich nach wie vor den absoluten Vorrang gegenüber sozial nützlichen Ausgaben gebe.

DGB: RAN AN DIE PROFITE

Gegen die Benachteiligung der Lehrlinge durch Staat und Unternehmer hat der Deutsche Gewerkschaftsbund sein neues Forderungsprogramm zur beruflichen Bildung gerichtet. Die 1,3 Millionen Lehrlinge in der BRD sind tatsächlich Stieffinder in Betrieb und Gesellschaft. Ihre Ausbildung führt sie in eine Bildungssackgasse, denn Zugang zur weiterführenden Bildung wird den Lehrlingen gegenwärtig kaum ermöglicht. Während die Profite der Unternehmer und die Rüstungskosten gigantisch gestiegen sind, wurden die Ausgaben für Berufsschulen in den letzten zehn Jahren um 1,3 Prozent verringert. Während der DGB und alle Experten zwölf Wochenstunden Berufsschulunterricht verlangen, wird gegenwärtig durchschnittlich nur sieben Stunden Unterricht in der Woche erteilt. Seit Jahren fehlen 15 000 Berufsschullehrer.

Der DGB fordert daher die Verlängerung der Schulpflicht auf mindestens zwölf Jahre bei gleichzeitiger Einführung eines polytechnischen Unterrichts (im Betrieb). Die gesamte Berufsausbildung soll durch die Unternehmer finanziert werden. Um Schluß zu machen mit einer Berufsausbildung, welche die Lehrlinge zu billigen Hilfsarbeitern macht, soll den Unternehmern durch Mitbestimmung der Arbeitenden und ihrer Organisationen die alleinige Herrschaft über die Berufsausbildung genommen werden. Die Forderungen des DGB gilt es jetzt gründlich in Betrieben und Berufsschulen zu diskutieren und nachdrücklich zu unterstützen.

GEW prangert Bildungsnotstand an

Wenige Tage nach der Publizierung der Wahlforderungen des DGB, in denen unter anderem eine umfassende Bildungsreform verlangt wird, hat die Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft in einer bundesweiten Aktion scharf die Bildungskatastrophe in der BRD angeprangert. Eine Dokumentation unter der Losung „Abschied von der Bildungsreform?“ soll in den Wochen des Wahlkampfes, an Fachhochschulen und Universitäten verteilt werden.

Die Kritik der Gewerkschaft richtet sich nicht nur gegen die Monopole und die CDU/CSU, sondern auch gegen die de-

ten Schulwesen sichert das Arbeitskräftepotential für untergeordnete Arbeiten.“ Die „Politik der Reformen, die nichts kosten dürfen“, habe die SPD/FDP-Regierung dazu gezwungen, „sich nicht nach dem zu richten, was bildungspolitisch notwendig war, sondern die Klassenfrequenzen und die Schüler-Lehrer-Relationen immer wieder neu herunterzumanipulieren, bis sie dem entsprachen, was die Finanzpolitiker der Bildung zugestehen bereit waren.“

Das sogenannte „Besondere Gremium“ der Bund-Länder-Kommission für Bildung hatte bereits darauf hingewiesen, daß

der Grundgedanke nach einer Verbesserung der Chancengleichheit in der Bildung könne nicht verwirklicht werden. Im Gegensatz hierzu soll Bundeswissenschaftsminister Dohnanyi einer Kürzung der Bildungsausgaben in Übereinstimmung mit den Finanzministern bereits zugestimmt haben.

Die Auswirkungen dieser Bildungspolitik zeigten sich auch bei Beginn des neuen Schuljahres in Baden-Württemberg. Während sich die Schülerzahl um 54 300 erhöhte, stieg die Zahl der Lehrer lediglich um 250. In 15,7 Prozent aller Schulklassen werden mehr als 40, in 1,6 Prozent sogar mehr als 50 Schüler unterrichtet. CDU-Kultusminister Hahn betonte, Reformen, die zusätzliche Lehrkräfte erfordern, könnten unter diesen Umständen nicht verwirklicht werden.

Der bayerische SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Jürgen Bödderich hat ein Sofortprogramm gegen die Notlage an den Sonderschulen für lernbehinderte Kinder gefordert. In München stehen für 257 Sonderschulklassen nur 103 Lehrer zur Verfügung. Das bayerische Kultusministerium hatte ungeachtet dieser Tatsache die Zulassung für Lehrer zum Sonder-schulstudium kategorisch beschränkt.



Bleibt die „Reform des Bildungswesens“ schon im Ansatz stecken?

primierende Bilanz der Bonner SPD/FDP-Regierung auf dem Gebiet der Bildungspolitik.

Zu den Ursachen der Bildungskatastrophe betont die Gewerkschaft in ihrer Dokumentation: „Arbeitgeber und Großverdiener rechneten sich aus, daß die notwendige Erhöhung der Bildungsausgaben, vor allem die Erhöhung der Lehrerzahl, die Unternehmergevinne gefährden könnte, fanden überhaupt das jetzige Schulwesen besser: In großen Klassen autoritär erzogener Kinder sind willigere Arbeitskräfte, rechtzeitige Sortierung der Kinder in einem hierarchisch geglieder-

ten vom Finanzplanungsrat des Bundes und der BRD-Länder für die nächsten Jahre festgesetzten Bildungsausgaben so gut wie keine Reformen erlauben. Der Ausbau des Schulwesens und die geplanten Klassengrößen müßten praktisch gestoppt, zwischen fünf und zehn Prozent der für 1975/76 vorgesehenen Studienplätze könnten nicht geschaffen, 60 000 Studenten nicht zum Studium zugelassen werden. Die angekündigte Reduzierung der Bildungsaufgaben um fünf bis sieben Milliarden DM, betonte die Bildungsplanungskommission, sei eine „politisch nicht vertretbare Maßnahme“,

- Ich möchte zu einer Mitgliederversammlung des Spartakus am Ort eingeladen werden.

- Ich möchte Mitglied im Spartakus werden.
(Gewünschtes ankreuzen)

Name

Vorname

Hoch- bzw. FH-Schule

Ort

Straße

Unterschrift

DIE NATIONAL-ZEITUNG,

Neo-Faschistenblatt, verkündet aus der Feder des Herausgebers Dr. Gerhard Frey: „Blutbad an Israels Sportlern wäre 1936 unmöglich gewesen!“ Auch sonst erscheint den Neo-Nazis vieles anders, als sie begreifen können: „Der ausgefallen belanglose Tonfall Heide Schüllers beim olympischen Eid ließ noch vor der Medaillenvergabe erkennen, daß der Geist von 1936 jedenfalls in der Bundesrepublik tot ist.“

Die verfaßte Studentenschaft bleibt!

„Mit dem Ablauf des... sind die bisher bestehenden Studentenschaften und ihre Organe aufgelöst.“ So steht es in § 127 des Entwurfs für ein neues Landeshochschulgesetz im CDU-regierten Schleswig-Holstein. Und dasselbe steht im bayerischen Gesetzentwurf der Strauß-Partei. Nicht zufällig wurde die Zerschlagung der Studentenschaften zuerst im Norden und Süden

Die CDU/CSU startete die Kampagne gegen Kommunisten und andere Linke an Schulen und Hochschulen. Sie will auch noch das letzte Quäntchen „Mitwirkungsrecht“ der Studenten aus den Hochschulgesetzen hinaussäubern. Mit ihrem Ordinarien-„Bund“ schuf sie sich den Stoßtrupp an den Hochschulen, der an den Instituten jede demokratische Reform zu ersticken versucht. Die Angriffe gegen die verfaßte Studentenschaft sind nur ein weiterer Beweis dafür, daß CDU/CSU das Markenzeichen für reaktionäre, die demokratischen Rechte negierende Maßnahmen ist.

Treuester Partner der CDU/CSU bei den Zerschlagungsplänen ist der RCDS. Mit Rücksicht auf sein „demokratisches“ Image kann dieser zwar nicht offen die Abschaffung der Organe fordern, jedoch ersannen die studentischen CDU-Jünger andere Wege, um zum gleichen Ziel zu gelangen. Der RCDS will, wie er im Bonner Satzungskonvent demonstrierte, die personelle und organisatorische Integration der Studentenvertreter in die Universitätsverwaltung. Das bedeutet die faktische Gleichschaltung der Organe und die Verhinderung einer autonomen Interessenvertretung.

Durch Prozesse gegen das politische Mandat der ASten sollen außerdem politische Initiativen und Stellungnahmen administrativ verhindert werden. Durch die Abberkennung des politischen Mandats sollen die Studenten politisch entmündigt werden. Die demokratischen Wahlen zu den Organen, die ja schließlich politische Willensbekundungen der Studenten sind, werden in den Schmutz getreten. Diese Versuche sind kennzeichnend für die politische Gesinnung von RCDS und seinen Auftraggebern in Bonn.

Gleichzeitig sind diese Angriffe das Eingeständnis des politischen Bankrotts der Rechtskräfte an den Hochschulen.

Einst Talentprobe für den Bundestag

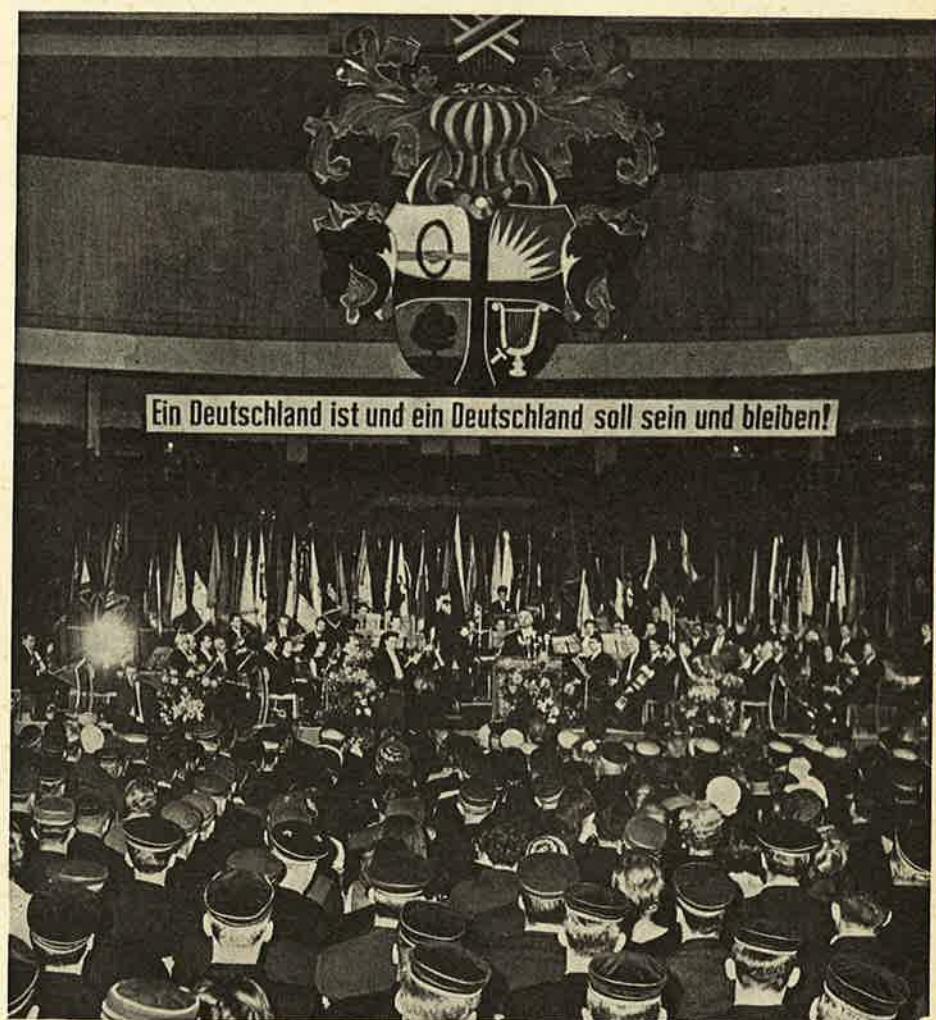
Bleibt die Frage, weshalb die Welle von Angriffen gegen das demokratische Recht auf eigenständige Interessenvertretung gerade jetzt ihren Höhepunkt erreicht. Dazu ist es wichtig, die Entwicklung der

der BRD in Gesetzesform gekleidet. CDU und CSU haben ein elementares Interesse daran, denn ihnen paßt es nicht in das kapitalistische Konzept, wenn fortschrittliche Studentenvertreter, durch die Mehrheit der Studenten demokratisch legitimiert, gerade ihre bildungsfeindlichen Vorstellungen, ihre undemokratischen Ziele durchkreuzen.

Organe der Studentenschaft zu kennen. Wurden diese einst von den Herrschenden als Integrationsinstrumente und als Trainingsplätze für sich in parlamentarische Spielregeln übende Nachwuchs-Politiker ins Leben gerufen, so haben sie sich in den letzten Jahren zu Organen der demokratischen Interessenvertretung entwickelt. Wenn heute studentische Politik nicht mehr Talentprobe für den Bundestag, sondern harte Arbeit und har-

ter Kampf für die Durchsetzung der berechtigten Forderungen der Studenten ist, so ist das zuerst Ausdruck des wachsenden Bewußtseins der Studenten über ihre Interessen und über die Notwendigkeit, für diese Interessen aktiv zu werden.

Als am 1. Dezember 1971 über 40 000 Studenten in der BRD gegen das Hochschulrahmengesetz demonstrierten, ist deutlicher geworden als jemals zuvor, daß große Teile der Studenten bereit



Als dieser Typ von Studenten die Hochschulen und Allgemeinen Studentenausschüsse noch beherrschte, wurden die Organe der verfaßten Studentenschaft von den Herrschenden nicht in Frage gestellt. — Unser Bild: Festakt zum 150. Gründungstag der deutschen Burschenschaften. Thema des Festvortrages: „Über den Ruin und das Wiedererstehen der Ideale.“

sind, einheitlich mit gleichen Lösungen und gleicher politischer Stoßrichtung für ihre Interessen zu kämpfen. Als im März dieses Jahres Zehntausende Studenten sich in Demonstrationen der arbeitenden Bevölkerung einreichten, als es gegen Strauß und Barzel, für die Ratifizierung der Verträge ging, haben sie erneut bewiesen, daß sie eine wichtige politische Kraft sind, mit der im Kampf für die Erhaltung des Friedens und für demokratischen Fortschritt zu rechnen ist. Bei den großen Kampagnen sowie in zahlreichen Aktionen an den Hochschulen und an den Instituten haben ASTen und Fachschaftsräte eine wichtige organisierende Rolle gespielt. Diese Entwicklung der Studentenschaft zu einer bewußten Kraft im demokratischen Kampf und die damit verbundene Entwicklung der Organe zu echten Interessenvertretungen macht die Herrschenden unruhig.

6-Punkte-Programm des VDS

Doch ihnen geht es nicht nur darum, diese Entwicklung aufzuhalten. Gleichzeitig müssen sie ihre hochschulpolitischen Ziele durchsetzen, wenn die Hochschule ihre Funktion als Produktionsstätte der technischen und ideologischen Elite für das kapitalistische System erfüllen soll. Es geht ihnen, kurz gesagt, darum, mit einem Minimum an finanzieller Aufwendung ein Höchstmaß an kurzfristig verwertbaren Hochschulabsolventen zu erhalten. Daß dies auf Kosten der sozialen Lebensbedingungen und der Studiensituation der Studenten, sowie ihres Rechts auf eine demokratische, an fortschrittlichen Berufsbildern orientierte Ausbildung gehen soll, ist bekannt.

Das aber führt notwendig zur Verschärfung der Widersprüche an den Hochschulen. Immer mehr Studenten erkennen, daß die Feinde ihrer Interessen heute und später im Beruf die großen Monopole sind, deren wirtschaftliche und politische Macht.

Im VDS wurde die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung entwickelt, die, ausgehend von den gemeinsamen Interessen der Studenten Plattform für die gemeinsame Aktion aller demokratischen Studenten sein kann. Gerade darin liegt die Herausforderung für die Herrschenden. Wenn die Organe der verfaßten Studentenschaft als quasi-gewerkschaftliche Organe die Masse der Studenten in den Kampf für ihre Interessen einbeziehen, so wird damit eine wichtige Position gegen die Formierungspläne des Großkapitals, für die Durchsetzung demokratischer Reformen geschaffen.

Für die demokratische Studentenbewegung bietet die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung eine große Chance. Die Organe bieten als unabhängige Massenorganisationen die Möglichkeit der Zusammenarbeit aller demokratischen Studenten, unabhängig von weltanschaulichen und politischen Differenzen. Sie bieten jedem einzelnen Studenten die Möglichkeit, für seine demokratischen

Interessen aktiv zu werden. Sie sind die organisatorische Voraussetzung für die wirkliche Vertretung der gemeinsamen, gegen das Großkapital gerichteten Interessen.

Während nun die CDU/CSU die zwangsweise Auflösung der verfaßten Studentenschaften anstrebt, geht die SPD andere Wege, um faktisch dasselbe Ziel zu erreichen. So versucht sie in NRW das durchzusetzen, was dem RCDS im Bonner Satzungskonvent mißlang: Die zwangsweise Integration der studentischen Selbstverwaltung in die Universitätsverwaltung und damit die Zerschlagung der autonomen Interessenvertretung. So will auch die Partei, deren großes Wort „Mehr Demokratie wagen“ noch allen in den Ohren klingt, das elementare Recht der Studenten auf unabhängige und eigenständige Interessenvertretung abbauen. Der VDS hat in seinem „6-Punkte-Programm für ein demokratisches Hochschulgesetz“ diese Entwicklung aufgezeigt und

„Wenn die CDU an die Macht kommt, wird kurzer Prozeß an den Universitäten gemacht.“

Christian Schwarz-Schiling am 13. 9 auf einer CDU-Mitgliederversammlung in Keisterbach.

FR, 15. 9. 72

die Forderungen der Studenten entwickelt, die es zur Abwehr der Anschläge auf die verfaßten Studentenschaften durchzusetzen gilt:

„Gesetzliche Verankerung der verfaßten Studentenschaft als Vertretung aller Studenten, eigene Beitragshoheit für die verfaßte Studentenschaft, Unabhängigkeit der studentischen Interessenorgane von der Universitätsverwaltung, Satzungsaufonomie für die Studentenschaft!“

Gegen die Aberkennung des politischen Mandats: „Anerkennung des Rechts von Fachschaften, ASTen und VDS zur politischen Interessenvertretung!“

Gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit und des Rechts auf politische Beteiligung: „Anerkennung des Rechts auf freie politische und gewerkschaftliche Beteiligung in Ausbildung und Beruf, in Hochschule und Betrieb! Weg mit dem Ordnungsrecht!“

Jubel

Peking, 18. September (AFP/ddp). Über 100 000 junge Chinesinnen bereiteten am Montag der iranischen Kaiserin Farah einen jubelnden Empfang, als sie zu einem offiziellen zehntägigen Besuch in Peking eintraf. Die Kaiserin wird von Ministerpräsident Amir Abbas Howeida begleitet.

Flugblätter

Neuerdings liest man in den bürgerlichen Zeitungen von „Bürgerrechtskämpfern“ in der Sowjetunion. Die Schreiber möchten darunter „Systemoppositionelle“ verstanden wissen. In den 50er-Jahren hießen die bei ihnen noch „Freiheitskämpfer“, aber sie haben wohl gemerkt, daß man solche Bananen den Leuten nicht mehr servieren kann. Damals gabs noch die heile Welt der „westlichen Freiheit“; nach den Unruhen 1968 in den USA, bei denen die farbigen Amerikaner für Arbeit und volle demokratische Rechte stritten, nach den Mordfeldzügen der USA in Indochina, nach dem Pariser Mai, nach dem Faschismus im NATO-Staat Griechenland, nach der SPIEGEL-Affäre hierzulande, der Aufrechterhaltung des KPD-Verbots, den Berufsverboten für Demokraten und Sozialisten im öffentlichen Dienst — nach all dem fließt die „westliche Freiheit“ den Kapitalismus-Hymnuskern nicht mehr so glatt aus der Feder. Jetzt also sind die „Bürgerrechtlern“ in der Sowjetunion die neuen „Freiheitskämpfer“, für die sie sich stark machen. Im SPIEGEL Nr. 35/72 ist ein Flugblatt abgedruckt, das angeblich von „Oppositionellen“ den Moskauern in die Briefkästen gesteckt worden ist. Es hat dieser Text die Herzen der klassenbewußten Arbeiter sicher höher schlagen lassen, nachdem sie vielleicht gerade im Fernsehen Aufnahmen von neuen US-Luftangriffen auf nordvietnamesische Deiche, Krankenhäuser und Schulen zu sehen bekamen, nachdem vielleicht eben vom Kampf des kubanischen Volkes gegen die Aushungerungsstrategie der Vereinigten Staaten berichtet wurde. Denn auf dem Flugblatt konnten sie u. a. lesen:

„Das zweite Loch, durch das Hab und Gut des Volkes versickern, ist das Ausland. Die Kreml-Herren exportieren wertvollste Waren: Fleisch, Butter, Fische, Kaviar, Getreide, Wollstoffe, Häute, wertvolle Rohstoffe und andere Mangelwaren. Gewaltige Mittel schmeißen die Kreml-Leute aus für die Belieferung der sogenannten „Freiheitskämpfer“ mit Waffen, für die Unterstützung von Diktatoren, die der UdSSR militärische Stützpunkte zur Verfügung stellen (Ägypten, Syrien, Kuba usw.). Dutzende von Milliarden wurden für das Regime Mao Tse-tungs verausgabt. Zur Unterstützung der Demokratischen Republik Vietnam mit Waffen für den Versuch, Südvietnam zu erobern, werden täglich drei Millionen Rubel ausgeben, für Kuba eine Million täglich, und für die Araber 1,5 Millionen täglich.“ So die „Bürgerrechtlern“. Dieser Text hätte auch vom Pressesprecher Richard Nixons verfaßt sein können. Mit Sicherheit ist er nur einige Häuser weiter von den Poeten des CIA gedichtet worden. Sein Inhalt ist der beste Kommentar seiner Glaubwürdigkeit.

Studenten in der Initiative

Nach dem Scheitern des HRG rollt nun die Novellierungsoffensive in den Ländern an. Die von der CDU/CSU regierten Länder zeigen ihre Entschlossenheit, die Hochschulen radikal den Kapitalinteressen unterzuordnen, die demokratische Studentenbewegung zu zerschlagen.

In einer Erklärung des BDA zur politischen Lage und zur Lage an den Hochschulen wird über das Links-

Diesen Interessen des Monopolkapitals entsprechend besteht die Novellierungsoffensive inhaltlich aus folgenden Punkten:

- Ausbau der Rechtsaufsicht der Landesregierung zur weit gefaßten Fachaufsicht. Die Gesetzentwürfe von Bayern, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg erstrecken diese Fachaufsicht über die Mittelwirtschaftsforschung, das Rechnungswesen, über Personalangelegenheiten, Ausübung des Hausrechtes, Anwendung des Ordnungsrechtes.

- Zerschlagung von Mitbestimmungspositionen durch starke Mehrheiten für die Professoren, durch Mitwirkungzwang und Schweigepflicht, durch Negativkataloge (Forschungs- und Berufungsfragen) und durch ein undemokratisches Wahlrecht (Briefwahlzwang, Quorum).

- Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft. Dabei werden verschiedene Wege eingeschlagen, — das reicht vom bayerischen Entwurf, der festlegt, daß es eine Studentenschaft als Gliedkörperschaft der Universität nicht mehr gibt, über den Entwurf von Schleswig-Holstein, der eine verfaßte Studentenschaft auf freiwilliger Basis zugesteht, falls sich 50 Prozent der Studenten dafür aussprechen, bis zum Gesamthochschul-Errichtungsgesetz-NRW, das der Studentenschaft die Beitragsfreiheit entzieht und Betätigung außerhalb des Rahmens der Gremienarbeit verbietet.

- Ausbau des Ordnungsrechtes zur scharfen Waffe gegen demokratische Studenten. In Baden-Württemberg soll nach den Plänen des Kultusministeriums (KuMi) eine vom KuMi einberufene und weisungsgebundene Einleitungsbehörde das „Recht des ersten Zugriffs“ (so wörtlich in der Begründung!) erhalten, da Ordnungsausschüsse der Universitäten und Verwaltungsgerichte zu langsam arbeiten.
- Straffung des Studiums. Insbesondere die Entwürfe von Bayern und Schleswig-Holstein betonen, daß Studienreform gemeinsame Aufgabe von Staat und Hochschule sei, und räumen demzufolge dem KuMi Aufsichts- und Weisungsrechte ein für Fragen wie Studienziel, Studiengang, Studienordnung, Prüfungsordnung, Studieninhalte. In den Studienreformkommissionen sollen Kapitalvertreter ihre Vorstellungen von Studienreform durchsetzen können.

kartell und den Leistungsverfall geklagt und kritisiert, daß diese „radikalen Trends durch sich modernistisch gebende Hochschulreformen“ unterstützt werden. Die Forderung nach Straffung und Leistungsbezogenheit des Studiums gehen Hand in Hand mit Überlegungen, wie errungene Positionen der Studenten wieder liquidiert werden können.

Hauptstoß gegen die CDU/CSU

Die schärfsten Angriffe auf die Hochschulen führen die CDU/CSU-regierten Länder, von ihnen geht die Initiative aus; aber auch die SPD-Führung unterscheidet sich von der Hochschulpolitik der CDU/CSU nur graduell. Dennoch sind die reaktionärsten Kräfte, die CDU/CSU und der BFDW, die Hauptfeinde der Studenten; gegen sie gilt es den Hauptstoß zu richten.

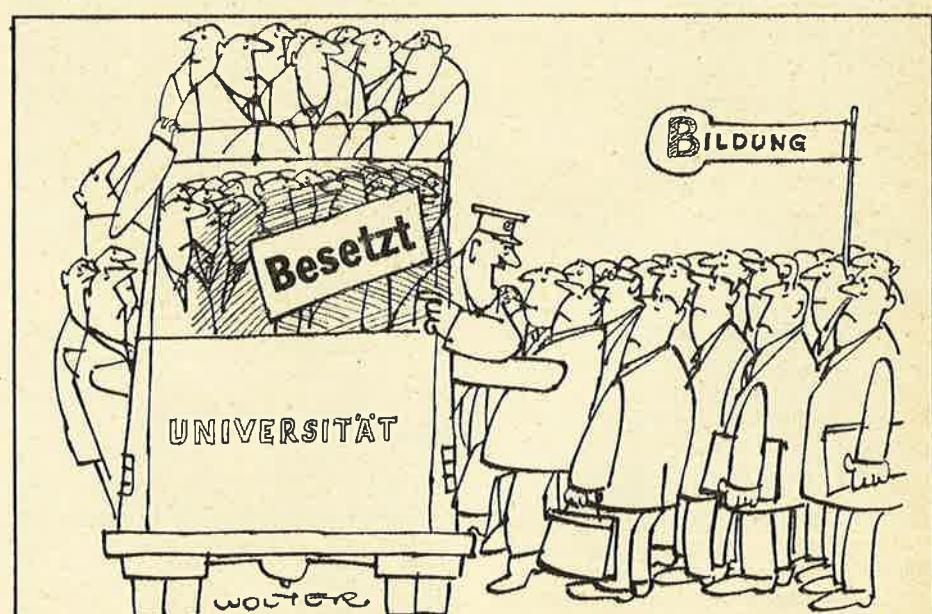
In dieser Situation kommt es darauf an, den demokratischen Massenkampf der Studenten an der Seite der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen fortschrittlichen Kräften zu entfalten. Die 6 Punkte des vds für ein demokratisches Hochschulgesetz bieten hierfür eine Grundlage. Mit den 6 Punkten des vds wird dem Auftrag der 24. a. o. vds-MV, das Bündnis mit der Arbeiterklasse und ihren Organisationen zu stärken und den gemeinsamen Kampf voranzutreiben, entsprochen. Gegen den Versuch des Monopolkapitals, Autonomierechte der Hochschulen abzubauen, und sie dem staatlichen Reglement zu unterwerfen, verstärkten

Einfluß auf Studienreform und Studieninhalte zu erlangen, konkretisieren wir den Kampf an der Seite der Arbeiterklasse und fordern die Mitbestimmung und Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung über die Hochschulen.

Gerade in den Fragen der demokratischen Selbstverwaltung der Hochschulen und der Studienreform wird jedem Studenten klar, daß die Angriffe des Monopolkapitals nur mit den Organisationen der Arbeiterklasse, u. a. den Gewerkschaften, abgewehrt werden können, wird klar wo die Perspektive für die Masse der Studenten ist, wird aber auch klar, daß mit diesem Bündnis praktische Erfolge zu erringen sind! Dieses Bündnis werden wir ausbauen; deshalb diskutieren wir die 6 Punkte mit dem Kollegen von der Gewerkschaft, gründen wir Arbeiterkreise, führen wir gemeinsame Veranstaltungen von Organen der verfaßten Studentenschaft und den Gewerkschaften durch.

Gegenpositionen erkämpfen

Im demokratischen Massenkampf jetzt Erfolge erzielen, die Absichten der Mono-



„Mann, haben Sie keine Ahnung, was ein neuer Bus kostet?“

pole zumindest partiell durchkreuzen, Ge- genpositionen erkämpfen und institu- tiell absichern und mittels dieser Kämpfe Studenten an marxistische Positionen heranführen — das sind gegenwärtig die Kernfragen revolutionärer Politik an der Hochschule. Mit den 6 Punkten des vds ist ein Programm geschaffen mit For- derungen hinter denen die Masse der Studenten stehen kann. Die 6 Punkte stellen Forderungen auf, die (und hier sind die Unterschiede zu linkssektiereri- schen Vorstellungen) durch einheitliches Handeln durchsetzbar sind. Demokrati- sche Kontrolle der Hochschulen durch die Hochschulangehörigen und Vertreter der arbeitenden Bevölkerung, Ausbau der Mitbestimmung, Verteidigung der ver- faßten Studentenschaft, Forschungskon- trolle, eine demokratische Integrierte Ge- samthochschule und eine breite wissen- schaftliche Ausbildung können wir bei einheitlichem Kampf mit der entsprechen- den Bündnispolitik innerhalb und außer- halb der Hochschulen, mit Einbeziehung verschiedener Kampfformen wie Urab- stimmung, Demonstration, Streik, gegen die Kräfte der Reaktion durchsetzen. Re- volutionäre Politik zu machen heißt nicht, im 7. Himmel der Weltrevolution zu schweben, sondern heißt im demokrat- ischen Massenkampf Reformen gegen die Monopole als Etappen zum Weg zum

Sozialismus zu erstreiten. Das erfordert einmal das richtige Herangehen an die Bündnisfrage unter den Studenten, unter den anderen Hochschulangehörigen und unter den Gewerkschaften, erfordert zum anderen die Angabe konkreter erreichba- rer Zwischenschritte, in deren Verlauf der Kampf qualitativ und quantitativ fort- schreitet. Die 6 Punkte des vds liefern dabei einen wichtigen Beitrag zur Initie- rung und Vereinheitlichung des Kampfes!

Erste Erfolge

Bremen: Der Versuch des Bremer Senats (12. 4.), die Universitätsverfassung mit der Drittelparität nicht zu genehmigen, konnte vereitelt werden. Im Bündnis mit den Universitätsbediensteten und ihrer Gewerkschaft, der OTV, mit den Hoch- schullehrern, unterstützt durch die GEW und den DGB gelang es durch einen 2-tä- gigen Streik und eine große Demonstra- tion die Drittelparität durchzusetzen.

Schleswig-Holstein: Gegen das reak- tionäre CDU-Ländergesetz führten die Stu- denten die größte Demonstration in Schleswig-Holstein nach dem Kriege durch. Allein in Kiel marschierten 7000 Studenten. In den Aktionen gelang es, Teile der Assistentenschaft und der Hoch- schullehrer zu gewinnen. Ein Warnstreik

zeigte die Kampfentschlossenheit der Stu- denten.

Bayern: Mehr als 20 000 Studenten der Hoch- und Fachhochschulen Bayerns demonstrierten am 18. 5. gegen das Bayerische Hochschulgesetz. Vertreter der Stu- denten, der Assistenten und der Gewerkschaften verurteilten den Gesetzentwurf. Bonn: Über 800 Mathematiker, Professo- ren, Assistenten und Studenten demon- strierten am 8. 6. 72 gemeinsam ge- gen die Ausbildungsmisere an ihren In- stituten. Es gelang, das Bündnis herzu- stellen und zu einer einheitlichen Aktion zu kommen.

Der MSB SPARTAKUS war und ist in diesen Kämpfen initierende und aktive Kraft. Wir unterstützen die 6 Punkte des vds als wichtigen Beitrag zur Vereinheit- lichung und Stärkung der demokratischen Bewegung an den Hochschulen. Als re- volutionärer Studentenverband verbinden wir jedoch den demokratischen Kampf an den Hochschulen mit dem gesamtge- sellschaftlichen Kampf, zeigen den Klas- sencharakter der Novellierungsoffensive und der materiellen Misere auf, beweisen in der Konfrontation der Studenten mit dem monopolkapitalistischen Herrschafts- system, daß der Imperialismus der Masse der Studenten keine Perspektive bietet, daß es nur einen geschichtlich erfolg- reichen Kampf gibt, den für den Sozial- ismus.

RCDS-Angriffe abgeschlagen!

Der RCDS — auch in diesem Punkte einig mit dem NHB — war vor gerau- mer Zeit angetreten, mit Klagen gegen die Zahlung von Mitgliedsbeiträgen an den vds den Dachverband der Studenten- schaften der BRD finanziell auszutrock- nen. Diese Kampagne, die vom RCDS zentral geleitet wird und die erhebliche Resonanz auch in den Springerblättern fand, stand unter dem Motto „Klagt den vds bankrott“ (Deutscher Studenten- anzeigen, NPD/NHB).

Den Weg über die Gerichte zu beschrei- ten war der einzige Ausweg für diese Gruppen, nachdem sie in der hochschul- politischen Landschaft fast zur Bedeu- tungslosigkeit herabgesunken waren. Es war die flankierende Maßnahme zum Entzug der Bundesjugendmittel durch die Bundesregierung 1969.

Die Kampagne ist ferner im Zusam- menhang mit den Bestrebungen zu sehen, über Landeshochschulgesetze (Bayern, Schleswig-Holstein) und ein Hochschul- rahmengesetz, die verfaßte Studenten- schaft (Fachschaften, ASten), die Interes- senvertretungsorgane der Studenten, zu liquidieren.

Der vds stellt fest, daß diese Bemühun- gen, die gegen eine wirksame Interessen- vertretung der Studenten gerichtet sind, nach den kürzlich ergangenen gerichtli- chen Entscheidungen gescheitert sind:

— Ein Antrag auf eine einstweilige An- ordnung gegen den AStA der Universität Frankfurt ist vom hessischen Verwaltungsgerichtshof zurückgewiesen worden. — Auch vor dem Oberverwaltungsge- richt in Münster konnte der RCDS in den Fällen Universität Köln, TH Aachen, Universität Bonn, Pädagogische Hoch- schule Rheinland den gewünschten Erfolg nicht verzeichnen: Die ASten müs- sen 25 Prozent der bisherigen Mitglieds- beiträge an den vds abführen. Damit ist der Intention des RCDS, den vds als Orga- nisation lahmzulegen, nicht entspro- chen worden.

— Einem Antrag auf einstweilige Anord- nung gegen den AStA der Universität München ist ebenfalls nicht stattgegeben worden.

Wie im Falle der Gesamthochschule Kas- sel, in dem das Verwaltungsgericht klar festgestellt hat, daß „der vds sich nicht ... von den gesetzlichen Aufgaben der Studentenschaft entfernt hat“ und man ihm „nicht absprechen“ könne, „daß er ein studentischer Interessenverband ist“, konnten auch die anderen Gerichte an der Politik des vds, so wie sie auf den letzten Mitgliederversammlungen be- schlossen wurde, nicht vorbeigehen.

Dies ist möglich geworden durch eine konsequente Politik der sozialen und stu- dienbezogenen Interessenvertretung im Rahmen der gewerkschaftlichen Orientierung.

RCDS-Chef sorgt sich um die Zukunft der „Antirevisionisten“

Im Mainzer Verlag des „Baader-Meinhof- Reports“, Hase und Koehler, ist jetzt als weiterer Beitrag zum Wahlkampf ein Buch des RCDS-Bundesvorsitzenden Gerd Langguth mit dem Titel „Protestbewe- gung am Ende — Die neue Linke als Vorhut der DKP“ erschienen. Langguth sorgt sich 300 Seiten füllend um die Zu- kunft der „Antirevisionisten“: „Nur wenn es eine Führerfigur mit charismatischer Ausstrahlung versteht, die ehemalige Neue Linke wieder zu einheitlichem politischen Vorgehen zu bewegen, werden die Nicht- revisionisten eine eigenständige politische Zukunft haben. Ansonsten wird infolge der Zersplitterung nur noch der Weg zur DKP oder zum linken Flügel der SPD übrig bleiben.“ Langguth seufzt den ver- gangenen anti-autoritären Tagen nach: „Die eigentlich kreative Phase der Neuen Linken ist vorbei, was deutlich an der erschreckenden Niveauverflachung der ideologischen Auseinandersetzung abzu- lesen ist. Dennoch können gerade die DKP-treuen Gruppen durch den deutlich festzustellenden Rückgang des Antikom- munismus innerhalb der Studentenschaft auf weitgehende Erfolge zurückblicken.“ Viele frühere Neue Linke haben — so bedauert der RCDS-Chef — auch den Zugang zu „systemimmanen Organisa- tionen“ gefunden. „Vor allem ist dies festzustellen bei den Jungsozialisten in- nerhalb der SPD, bei den Jungdemokraten innerhalb der FDP und gerade auch im Bereich der Gewerkschaftsjugend.“

ED vom 30. 8. 72

Je niedriger die Bildung, desto höher die Werte

Der Ausschluß der Arbeiterklasse und der anderen besitzlosen Schichten des Volkes von der „höheren“ Bildung prägt nach wie vor die Ausbildung der Lehrer an Grund- und Hauptschulen. Auch ohne Berücksichtigung der wesentlichen Mißstände der Lehrerausbildung ist schon eine grundlegende Tatsache gegeben: die Lehrer für Grund- und Hauptschulen bekommen gegenüber den Gymnasiallehrern eine Ausbildung zweiter Klasse. Das Studium ist in der Praxis fast

um die Hälfte kürzer, es ist mit einer wissenschaftlich nicht begründbaren Vielzahl an Fächern überlastet, die Bezahlung im späteren Beruf geringer; die entsprechende niedrigere soziale Einstufung läßt das PH-Studium für Mädchen gesellschaftlich akzeptabel erscheinen (ca. 70 Prozent der PH-Studenten sind Mädchen) und ermöglicht durch diese soziale Diskriminierung vielen Mädchen nicht, was sie vom Studium erhoffen: Emanzipation.

Ausbildung zweiter Klasse

Wie das Gymnasium in den Aufwendungen pro Schüler um ein Vielfaches über denen der Grund- und Hauptschule liegt, so liegen auch Forschungsmittel, Bibliotheksbestände und sonstiger Lernmittelaufwand pro Lehrerstudent an den PHs bei 10–30 Prozent im Vergleich zu den entsprechenden Aufwendungen an den Universitäten. Neue Entwicklungen der Wissenschaften kommen mit einer Verzögerung von mehreren Jahren an die PH, wenn sie nicht sowieso Abfallprodukte der Universitätswissenschaften darstellen.

weniger sie mit Politik zu tun haben: Persönlichkeit, Individualität, Bildung, Freiheit, Sittlichkeit; außerdem sind sie aufs innigste verbunden mit der „westlichen Idee der Freiheit“ im Gegensatz zur „östlichen Unterdrückung und Vermassung“.

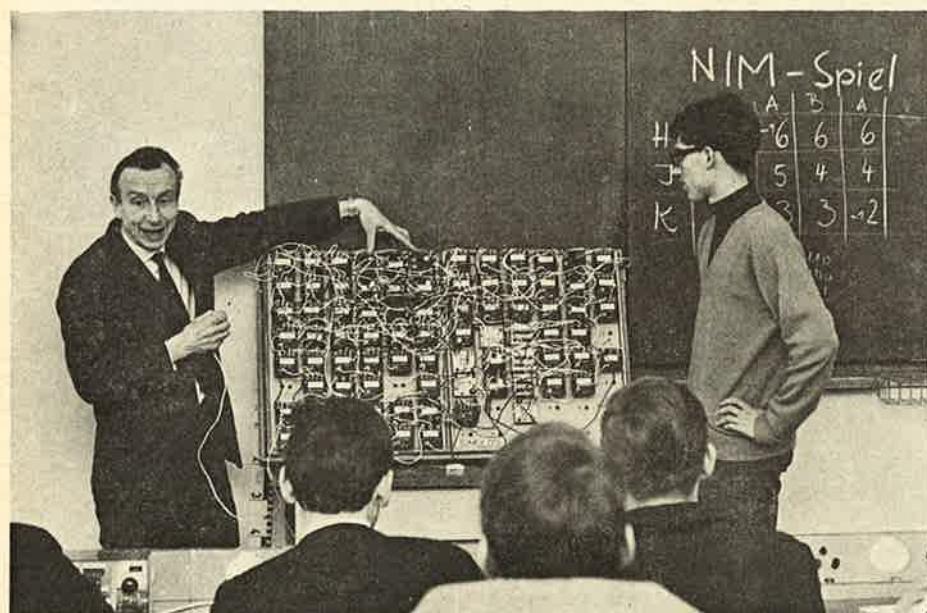
Umso wichtiger: die höheren Werte und Kampf gegen Kommunismus

Eine besondere Form der westlichen Freiheit ist neuerdings die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Ja, aber soweit wollen wir gar nicht gehn, sagt neuer-

und Ziele nicht wissenschaftlich reden, sagt sie. Das schließt keineswegs aus, daß das Nötige gegen Kommunismus deutlich gesagt wird, im Gegenteil, das ist schließlich, nicht nur durch den verbindlichen Totalitarismuserlaß, die Pflicht jedes Beamten.

Angewandte Pädagogik oder: Herstellung von Untertanen

An den „Pädagogischen“ Hochschulen geht es sehr unpädagogisch zu. In überfüllten Seminaren doziert ein einsamer Professor vor einer passiven Masse (die nur etwas belebt ist von den Strickbewegungen einiger Studentinnen), wie lernförderlich, angstlösend, entwicklungsfördernd und persönlichkeitsbildend die wissenschaftliche Arbeit in kleinen Gruppen ist; der Professor entwickelt die wissenschaftliche Theorie der Dialektik von Einzel-, Gruppen- und Plenumsarbeit. Nachdem sich während des ganzen Semesters 13 von 300 Studenten zu Wort gemeldet und vielleicht 50 zur Erlangung eines Scheines im einsamen Kämmerchen ein „wissenschaftliches“ Referat zusammengestückelt haben, tragen 300 Studenten das Wissen über die angstlösende, lernförderliche, entwicklungsfördernde und persönlichkeitsbildende Gruppenarbeit schwarz auf weiß nach Hause, nicht zu vergessen die 50 Scheine, die 5 gestrickten Pullover, 7 Schale und 2 Zipfelmützen. Durch irgendwelche zufälligen Informationen gerät man gegen Ende des Studiums an die 5 Professoren, die angeblich am „besten“ prüfen; bei ihnen sitzt man dann im 5. und 6. Semester im Oberseminar und spinnt jeden Satz mit. So kommt man durch die Prüfungen und ist als Lehrer ausgebildet. Von einer Ausbildung für die wirklichen Erfordernisse des Arbeitsplatzes Schule im Interesse der Lehrer und Schüler kann keine Rede sein.



Zu viel Schüler, zu wenig Lehrer, Schulen mit ausreichend ausgestatteten technischen Mitteln sind die Ausnahme.

Je niedriger die Bildung, desto höher die Werte. Die geisteswissenschaftlich-idealistische Pädagogik, die an den PHs der BRD fast uneingeschränkt herrscht, sorgt dafür, daß die Ausbildung der Lehrer für die Kinder der Arbeiterklasse von den „höheren Werten“ durchdrungen wird. Die höheren Werte sind umso besser, je weniger klar sie bestimmt sind und je

dings die kybernetische Pädagogik, die trügerische Hoffnung vieler Studenten in ihrem Bedürfnis nach Wissenschaftlichkeit; Werte und Ziele, sagt sie, liegen außerhalb der wissenschaftlichen Kompetenz und werden durch die Politik gesetzt; da Wissenschaft und Politik nichts miteinander zu tun haben, können wir in der Ausbildung der Lehrer über Werte

„Neue“ Gesetze zur Lehrerausbildung

Hatte die Bundesregierung 1969 noch versprochen, die Lehrerausbildung so zu reformieren, daß nach einheitlicher Ausbildung von mindestens 8 Semestern alle

Lehrer wissenschaftlich und sozial gleichgestellt und gleich bezahlt werden, so kämpft die Bundesregierung unter dem Druck der Unternehmensverbände und der CDU/CSU administrativ gegen den von ihr selbst einmal proklamierten Fortschritt: Innenminister Genscher ließ dem Land Hessen durch das Bundesverfassungsgericht verbieten, gleich ausgebildete Lehrer für Grund/Haupt- und Realschulen gleich zu bezahlen. Die neuen Lehrerausbildungsgesetze einzelner Länder, auf der Grundlage des „Berliner“- oder „Löffler“-Papiers entsprechen diesen Absichten. Mit modernen Begriffen (Stufenlehrer, Erweitertes Lehramt usw.) wird bei einigen technokratischen Vereinfachungen, die wir sicher begrüßen, die aber nicht das Wesentliche treffen, im Grunde nur der alte Zustand fortgeschrieben.

Gegen die verschärzte Einflußnahme von rechts

Mit der Verschärfung des Abbaus demokratischer Rechte hat eine verstärkte Beeinflussung der Pädagogik und der pädagogischen Institutionen durch die organisierte Reaktion eingesetzt. Die idealistische Pädagogik ist der Politisierung durch Wehrkundeerlassen und Berufsverbote hilflos und begriffslos ausgesetzt bzw. unterstützt sie in Wirklichkeit, da sie die politische Unmündigkeit des pädagogisch Tätigen und der Schüler bewirkt. Im Rahmen der großen Kampagne zur Verteidigung der „freiheitlichen Marktwirtschaft“ fordert die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die Einführung einer „sozial-ökonomischen Grundbildung“ in allen allgemeinbildenden Schulen. Diese „Grundbildung“ ist eine dummdreiste Apologetik der freien Marktwirtschaft, die selbst den bürgerlichen Wirtschaftswissenschaften Hohn spricht. In dieser Situation muß ein unerbittlicher ideologischer Kampf geführt werden, um die Formierung der Erziehung durch die Monopolverbände klarzulegen und mit allen antimonopolistischen Kräften zu bekämpfen. Die Berufsverbote für sozialistische, kommunistische und kritische Lehrer stellen den Höhepunkt dieser grundgesetz- und demokratiefeindlichen Machenschaften dar. Sie sollen Unsicherheit schon an den PHs erzeugen, gleichzeitig mit den Gerüchten der „Lehrerschwemme“ und mit der materiellen Verschlechterung des gesamten Bildungssektors zugunsten von Militarisierung und Rüstung.

Ausbildung zur Erhaltung der Arbeitskraft

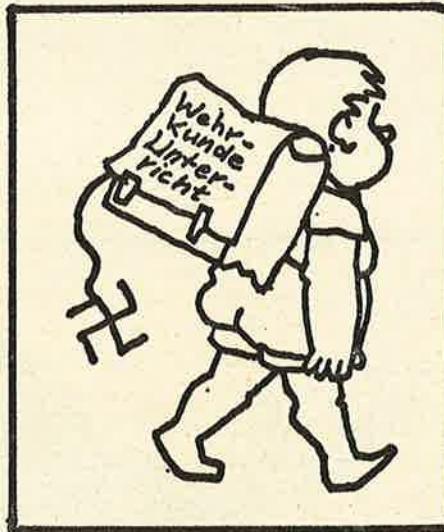
Die Umstrukturierung der Volksschule durch die Einführung von Grund- und Hauptschule seit 1967 war die Antwort der herrschenden Klasse auf die wissenschaftlich-technische Revolution. Jetzt schon, nach wenigen Jahren erweist sich diese Umstrukturierung selbst für die kurzfristigen Interessen der Monopole als unzureichend. Die Einführung der Orientierungsstufe, von Lernbereichen statt Einzelfächern, von ganz neuen Lernstoffen, des Berufsgrundbildungsjahres ist geplant oder schon eingeleitet. Damit die Lehrer diese und zukünftige Veränderungen verstehen, und, worum es noch mehr geht, die notwendigen Veränderungen der Schule mitbestimmen können, ist eine wissenschaftliche Ausbildung nötig. Die geisteswissenschaftlich-idealistische und politisch abstinente Pädagogik hilft ihnen dabei nicht, sondern schadet ihnen. Wenn der Lehrerstudent nicht lernt, warum sich die Schule ständig verändert und wer mit welchen Interessen und Methoden sie verändert, wird es so bleiben, wie es heute ist: spätestens 10 Jahre nach der Ausbildung sind die Lehrer wissenschaftlicher Schrott und ruinieren sich langsam aber sicher sowohl psychisch als auch physisch.

zur Vereinheitlichung und Durchschlagskraft beitragen.

Vordringlich an den PHs ist der Aufbau der gewerkschaftlich orientierten Massenorgane, insbesondere der Fachschaften, deren Entwicklung weit hinter der der Universitäten zurückliegt.

Der MSB Spartakus fordert:

- Einheitlichkeit in Ausbildung, Qualifikation, sozialer Stellung und Bezahlung für alle Lehrer!
- Abbau der idealistischen Pädagogik mit ihren höheren Werten, für eine Pädagogik im Interesse der Arbeiterklasse und der anderen besitzlosen Schichten!
- Demokratische Inhalte statt Militarisierung und verschärfter Einflußnahme von rechts!
- Marx an die PH!
- Einbeziehung der Erfordernisse des Arbeitsplatzes Schule durch Einphasigkeit der Ausbildung und verstärkten Praxisbezug!
- Drastische Fächerreduzierung und Integration der Grundwissenschaften sowie Integration von Fachwissenschaft und Fachdialektik!
- Drastische Verbesserung der materiellen Ausstattung von Bibliotheken, Forschungsmitteln, Planstellen und Tutorien!
- Weg mit dem Totalitarismusbeschuß und dem demokratiefeindlichen Berufsverbot!
- Stärkung der studentischen Interessenorgane, insbesondere der Fachschaften!



Gewerkschaftlich orientierter Kampf

In den Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen werden die Lehrerstudenten nach dem Studium die miserablen Arbeitsbedingungen ihrer Ausbildungsstätte wiederfinden. Als Lehrer der zukünftigen Lohnabhängigen arbeiten sie, selbst lohnabhängig, selbst schlecht ausgebildet, in den schlecht ausgestatteten Ausbildungsinstitutionen für die arbeitende Bevölkerung und müssen die niedrige Bildung mit höheren Werten verkleistern. Die materielle und Ausbildungssituation der Lehrerstudenten ist von den gleichen Klassenkräften bestimmt wie die ihrer späteren Schüler. Das heißt, daß auch nur ein gemeinsamer Kampf an der Seite der Arbeiterklasse und der anderen besitzlosen Schichten und ihrer Massenorganisationen, der Gewerkschaften, gegen den gemeinsamen Feind, die Monopolistenklasse und ihre Helfershelfer im Staat und in gesellschaftlichen Organisationen die eigne Lage verbessern kann. Gleichzeitig muß der Kampf für die soziale, wissenschaftliche und finanzielle Gleichstellung aller Lehrerstudenten und Lehrer

Nixon - Mörder?!

Das sozialistische Arbeiterjugend-Magazin elan ist den Mächtigen hierzulande unbequem — das hat sich mittlerweile herumgesprochen. Kein Wunder, daß die ständig steigende elan-Auflage den Reaktionären aller Schattierungen ein Dorn im Auge ist. So bemühte man dieser Tage wieder einmal die Justiz, um die Verbreitung von allgemein anerkannten Tatsachen durch elan zu stoppen. Im Polit-Poster der Juni-Ausgabe hatte elan einen Nixon-Stechbrief veröffentlicht und darübergedruckt: „Gesucht wegen Mordes und anderer Verbrechen.“

Während US-Nixon seine Völkermord-Politik gegen Vietnam nun auch durch systematische Angriffe auf nordvietnamesische Deichanlagen fortsetzt, beginnt die Justiz ein Verfahren gegen elan - Chefredakteur Hans-Jörg Hennecke und den stellvertretenden Chefredakteur Peter Bubenberger wegen „Beleidigung zum Nachteil Präsident Nixons“. Das ist ein Skandal!

Wir meinen: Schluß mit dem Verfahren! Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich ihre Unterstützung für den schmutzigen Aggressionskrieg der USA einzustellen.

Solidarität mit elan!

GEW kümmert sich verstärkt um die Fachhochschulen

Bereits diese Themenstellung dokumentiert die Haltung der GEW gegenüber der FHS, konkret heißt es dazu in einem verabschiedeten Thesenpapier der Arbeitsgruppe zur Studienreform: „Im Bildungssystem der Bundesrepublik haben Fachhochschulen die Funktion in der Industrie und im Sozialisationssektor des Staates, den Bedarf an minderqualifizierten, pseudowissenschaftlich ausgebildeten Nachwuchskräften zu decken. Frühe Spezialisierung und Schmalspurausbil-

Die Tagung wurde eröffnet durch ein Referat des GEW-Vorsitzenden Erich Frister, der zum Verhältnis der Gewerkschaft als Organisation der Arbeiterklasse zur Hochschule und damit der Intelligenz sprach. Hierin zeigte er zwar die Bedeutung der Wissenschaft für die Arbeiterklasse und deren Kampf um soziale Verbesserungen auf, ging aber nicht auf die Veränderungen der objektiven Klassenlage großer Teile der wissenschaftlich-technischen Intelligenz ein. Er stellte nur fest, daß die Akademiker sich in der Geschichte oft als „Hilfstruppe“ der Reaktion erwiesen haben. So blieben Fristers folgende 5 Forderungen an die Hochschulangehörigen etwas abstrakt im Raum hängen.

1. Mitglieder in den Gewerkschaften werden, denn Solidarität erfordert gemeinsame Organisation und ist Voraussetzung für die Überwindung der bestehenden Distanz;

2. Den Interessen der Arbeitnehmer in Forschung und Lehre eindeutig Vorrang einräumen, weil darin großer Nachholbedarf liegt und in der Demokratie die Interessen der Mehrheit vor den Sonderinteressen von Minderheiten zu berücksichtigen sind;

3. Die öffentliche Kontrolle von Forschung und Lehre durch die Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen, sowie Offenlichkeit und Durchsichtigkeit der Entscheidungen verwirklichen, denn die Autonomie der Hochschule ist nur zu gewährleisten, wenn zwar die öffentliche Kontrolle hergestellt, aber der Zugriff der Wirtschaftsinteressen vermieden, oder zumindest durchsichtig und kontrollierbar gemacht wird;

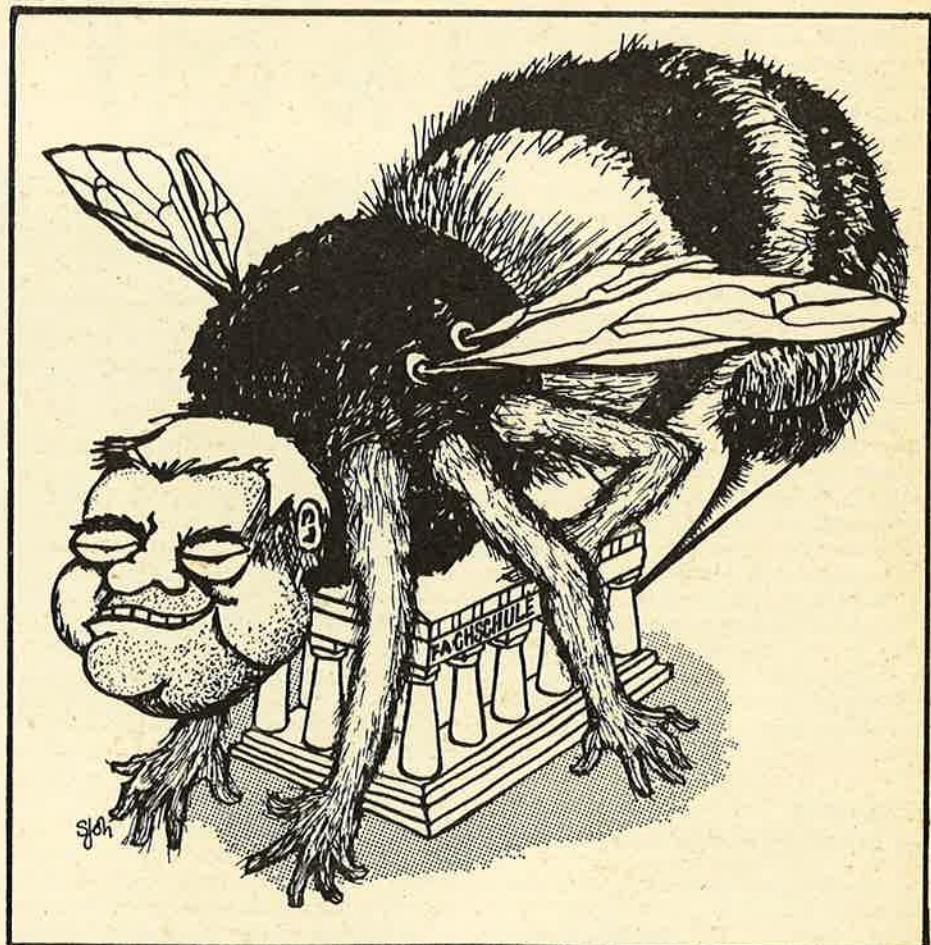
4. In der integrierten Gesamthochschule die Hierarchisierung von Theorie und Praxis beseitigen, die Gleichwertigkeit aller Studiengänge verwirklichen und die Gleichrangigkeit verschiedener Lebensformen anerkennen, denn die formale und sachliche gewerkschaftliche Orientierung reicht nicht aus, wenn an der Höherwertigkeit der zweckfreien Theorie und der akademischen Lebensform als allgemeinverbindlicher kultureller Leitvorstellung festgehalten wird;

dung sollen diese technische und pädagogische Intelligenz an Arbeitsplätze und Arbeitsinhalte binden, die in erster Linie von den Interessen der Großindustrie bestimmt werden. Die künftige Abhängigkeit wird bereits in den Inhalten der Ausbildung angelegt. Studienordnungen und Einspurigkeit der Studiengänge erweisen sich dabei häufig als Selektions- und Disziplinierungsinstrumente.“

durch deren organisiertes Handel ließe sich „eine Wissenschaft im Interesse der Mehrzahl der Arbeitnehmer“ gegen „Unternehmerinteressen“ durchsetzen.

Mehrere Arbeitsgruppen

Tilmann Westphalen, gegenwärtig Vorsitzender des Fachgruppenausschusses



gen aus der Gewerkschaftsbewegung deutlich werden.

Gleichzeitig forderte er von den Gewerkschaften ein stärkeres Auftreten in den Bereichen der tertiären Bildung, denn nur

Hochschulen in der GEW, beschränkte sich in seinem darauffolgenden Beitrag im wesentlichen auf die Darlegung der Gesamthochschulkonzeption der BAK, spezifiziert für den Bereich der Fachhoch-

schulen. Dieses Referat machte deutlich, wie notwendig die Fortsetzung gerade dieser Diskussion für die fortschrittlichen Kräfte im Hochschulbereich ist. Hierbei darf es uns weniger auf technokratische Lösungsmöglichkeiten, ob XYH-Modell, oder „Lego“-Gesamthochschule nach den fortschrittsfreudigen Vorstellungen von Ernst von Weizsäcker ankommen, sondern auf die relevanten Fragen der Mitbestimmung, der Gestaltung der Lehrinhalte, der Durchlässigkeit und damit auf die Verwirklichung der demokratisch integrierten Form der GHS.

Wesentliches zu diesen Fragen wurde in den Arbeitsgruppen dargelegt und in Thesenform von den Teilnehmern der Tagung verabschiedet. Konsenz bestand dabei in der Frage der notwendigen Reform des FHS. Diese kann und darf nicht orientiert sein an der gegenwärtigen Universität, sondern muß ausgerichtet sein auf eine zukünftige Gesamthochschule.

Demgemäß hielt sich die Arbeitsgruppe „Zur Integration der FHS in die GHS“ an die als richtungsweisend bezeichneten „Kriterien einer integrierten GHS“ der BAK von 1970, wo u. a. gefordert wird:

- Gemeinsame, wissenschaftliche Studiengestaltung;
- Integrierte Lehr- und Forschungstätigkeit;
- Einheitlicher gleichberechtigter Lehrkörper;

- Gemeinsame, wissenschaftliche Studiengestaltung;
- Einheitliche Studentenschaft;
- Integrierte Finanz-, Personal- und Bauplanung;
- Gemeinsame einheitliche Selbstverwaltung sowie Personal- und Hausverwaltung.

Kernsätze

Die AG „Selbstverwaltung der Hochschule“ hob insbesondere die Notwendigkeit des Fortbestandes der verfaßten Studentenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts mit eigner Beitragshoheit hervor, trat ein für echte Drittelparität und gegen geplante Fachaufsicht durch staatliche Organe.

„In integrierten Gesamthochschulen dürfen die jetzigen Fachhochschulen nicht in Form von berufsspezifisch bestimmten Kurzstudiengängen zementiert werden“. „Der (geforderten) wissenschaftlichen Ausbildung muß wissenschaftliches Prüfen als Bestandteil demokratischer Studienreform entsprechen“.

„Die Einheit von Forschung und Lehre muß im GHS-Bereich in der Übergangsphase besonders an der FHS geleistet werden“.

Dies sind einige Kernsätze aus den Thesen der AG zur Studienreform. Die im letzten Satz angesprochene Frage der Forschung an Fachhochschulen wurde dabei in einem gesonderten Arbeitskreis,

wegen ihrer enormen Bedeutung detaillierter behandelt. Hier wurde neben der Notwendigkeit der Verbindung von Forschung und Lehre auch im FHS-Bereich vor allem aber zur Funktion der ausbildungsbezogenen Zweckforschung Stellung bezogen und die grundsätzliche demokratische Kontrolle über alle Forschungsbereiche insbesondere der Auftragsforschung gefordert.

Weitere AGs befaßten sich mit dem Thema „Lehrkörperstruktur“, „Besoldungsfragen“, der speziellen Problematik sogenannter Fachhochschulen unter freier Trägerschaft (privater), und den Fragen der „Zulassungsvoraussetzungen“.

Die erarbeiteten Materialien dieser Fachtagung wird die GEW zu Beginn des Wintersemesters veröffentlichen. Es bleibt zu hoffen, daß die formulierten Thesen eine weite Verbreitung finden und die breite Diskussion über die angesprochenen Probleme unterstützen werden. Die Frankfurter Tagung war ein begrüßenswerter Anfang der Arbeit der GEW im Fachhochschulsektor, dessen Umsetzung an den Hochschulen aber aktiver Kampf für alle Beteiligten bedeutet. Dazu ist eine gewerkschaftliche Orientierung der studentischen Organe und eine gewerkschaftliche Organisierung der Studenten notwendig, auch und nicht zuletzt in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die nach den Worten ihres Vorsitzenden Erich Frister in Zukunft auch für Studenten ihre Tore öffnen wird.



Der Fall Schlegel

Seit dem letzten Semester wird der Konstitutionsbiologe Dr. Wilhard Schlegel wegen seiner Lehrinhalte scharf angegriffen. Seine Vorlesung „Konstitutionsbiologie und Verhaltensbiologie des Menschen“ ist wissenschaftlich fragwürdig und inhaltlich dazu angetan, faschistischer Ideologie Vorschub zu leisten.

Kurz zu seinen Lehrinhalten:

Herr Schlegel hat eine Typenlehre des Menschen erarbeitet (wie es schon einige Konstitutionsbiologen vor ihm ziemlich erfolglos unternommen hatten), die dadurch zustande kommt, daß er Maße des Körperbaues korreliert mit psychologischen Eigenschaften. Einher geht die sichere Annahme Schlegels, daß alle korrelierbaren Faktoren erblich bedingt sind und daher durch Umwelteinflüsse nicht veränderlich.

Diese Typenlehre ist an sich schon anfechtbar. Hauptsächlich richtet sich unsere Kritik aber gegen weitergehende Schlüssefolgerungen Schlegels, die teilweise konsequent auf seiner Typenlehre aufbauen bzw. diese „populärwissenschaftlich“ weiterentwickeln oder „wissenschaftliche“ Ergebnisse

von anderen unkritisch und unreflektiert übernehmen, weil sie ins Konzept passen.

Zum Beispiel kommt Schlegel zu dem Schluß, daß Demokratie mit der menschlichen Natur nicht vereinbar ist, da es konstitutionstypologisch Führer und Befehlsempfänger gäbe und man nicht über die menschliche Natur hinauskönne; zum Beispiel findet er Militarismus so selbstverständlich, daß er seine statistischen Untersuchungen ausschließlich auf Piloten im militärischen Einsatz sowie auf Polizeibeamte aufbaut; zum Beispiel existiert in seiner Typenlehre der „typische Kolonisator“, obwohl er darüber keine Korrelationen erstellt hat (nur als „populärwissenschaftliche Übertreibung“). Zum Beispiel warnt er vor der Überwucherung aller Kulturvölker sowie der Intelligenz durch „unterentwickelte“ Völker und durch die „Dummen“. So wurde und wird es seit jener von imperialistischen und faschistischen „Theoretikern“ zur Verschleierung der Machtverhältnisse getan.

Dies alles versucht Schlegel — als Naturwissenschaft verbrämt — Pädagogen, Juristen, Ärzten etc. einzutrichtern.

Wir wollen am „Fall Schlegel“ aufzeigen, was es mit „wertfreier“ Wissenschaft auf sich hat, sowie grundlegende Züge der Politik des MSB-Spartakus aufzeigen wie zum Beispiel die Bündnispolitik im Vorgehen gegen Schlegel sowie die Frage der friedlichen Koexistenz von bürgerlicher und marxistischer Wissenschaft an der Uni-

versität.

Ein Beispiel dafür, wie berechtigt unser Vorwurf ist, Herrn Schlegels „wissenschaftliche“ „Forschungsergebnisse leisten faschistischer Ideologie Vorschub, ist folgender Auszug aus einem Aufsatz des neofaschistischen „Theoretikers“ Heinrich L. Sanden, veröffentlicht im „Deutschen Studenten-Anzeiger“, dem Organ neofaschistischer Studenten. (Nr. 54) Dort wird vor allem die politische Bedeutung von Schlegels Aussagen klar, die er und seine Verteidiger nie wahrhaben wollen.

Schlegel, Sexuelle Partnerschaft S. 98:

„Das heutige Zwei-, Ein- und Kein-KinderSystem ist biologisch und sozial eine erhebliche Gefahr...

Inzwischen hat sich auch dort die Erkenntnis von der Unsinnigkeit einer zu starken Begrenzung der Kinderzahl durchgesetzt. Auch bei uns sollte die Zahl der erforderlichen Fremdarbeiter zu denken geben.

Der Hinweis auf eine eventuell drohende Überbevölkerung der Erde gehört in den Bereich der bereits genannten Scheinvernunft. Denn es ist sicher nicht sehr sinnvoll, mit der Begrenzung der Kinderzahl bei den Kulturvölkern und der Intelligenz anzufangen, damit in Kürze alle Kulturvölker von den sogenannten „unterentwickelten“ Völkern und die intelligenten von den dummen hoffnungslos überwuchert und restlos vernichtet werden“.

Aus: Die Rote Lupe, Sektion Biologie des MSB SPARTAKUS UNI Hamburg

Zu einigen Problemen studentischer Sozialpolitik

Zu Beginn des WS wird — auf Initiative des VDS — an den Hochschulen der BRD eine Kampagne für die sozialen Forderungen der Studenten (v. a. für kosten-deckende Ausbildungsförderung) stattfinden. Der Erfolg dieser Aktionen ist umso wichtiger, als gerade im Wahlkampf die CDU/CSU mit sozialer Demagogie (z. B. in der Frage der Rentenreform) versucht, die

Enttäuschung über die reaktionäre Sozialpolitik von SPD und FDP auf die Mühlen von Strauß und Barzel zu leiten. Wer das vermeiden will, muß jetzt mit dafür sorgen, daß die bloße Unzufriedenheit vieler Studenten (v. a. über die unzureichende Ausbildungsförderung) umgewandelt wird in die Bereitschaft, die sozialen Interessen selbst in die Hand zu nehmen.

Gerade in sozialen Fragen ist es nach wie vor das Hauptziel der Herrschenden, Arbeiterklasse und Studenten auseinanderzudividieren, die Studenten vom gemeinsamen Kampf an der Seite der Arbeiterklasse abzuhalten. So versucht Wissenschaftsminister Dohnanyi seit Monaten in unverschämter Weise den Eindruck zu erwecken, die Schuld für steigende Klassenfrequenzen in den Grundschulen liege in der angeblichen Überbetonung des Hochschulbereichs. Gerade um diesen Spaltungsversuchen keine Chance zu geben, ist es Aufgabe v. a. der marxistischen Studenten, bei all ihren Forderungen darauf zu achten, daß diese nicht nur theoretisch gut begründet sind, sondern in allen Punkten und mit all ihren praktischen Konsequenzen den elementaren Interessen der Arbeiterklasse entsprechen und ihre volle Unterstützung finden können. Die entscheidende Frage lautet immer: Wer soll für die Durchsetzung studentischer Forderungen kämpfen, die Studenten allein oder sie mit der Arbeiterklasse als der Hauptkraft des gesellschaftlichen Fortschritts? Gerade diese Frage ist im Bereich der studentischen Sozialpolitik in der Vergangenheit manchmal nicht oder nicht ausreichend gestellt worden. Offensichtlich ist noch immer die Gefahr nicht ganz überwunden, alte ständische Forderungen zu übernehmen.

Ein Beispiel dafür sind die Argumente, mit denen bis vor kurzer Zeit vielfach die Forderung nach familienunabhängiger Ausbildungsförderung begründet wurde (vgl. dazu auch: RB Nr. 7, S. 30 f.).

Familienunabhängige Ausbildungsförderung?

So reicht es eben bei weitem nicht aus — wie lange Zeit geglaubt wurde — die Forderung nach familienunabhängiger Ausbildungsförderung damit zu begründen, im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution seien Ausbildungskosten nicht mehr Individualkosten, sondern gesellschaftlich notwendige Kosten zur optimalen Entfaltung der Produktivkräfte. Diese Feststellung ist zwar richtig, doch folgt aus ihr nicht die Forderung nach familienunabhängi-



Die soziale Lage der Studenten ist miserabel. Die Stärkung der verfaßten Organe der Studenten, der ASTEN, Fachschaften und des VDS ist wichtig, um den Herrschenden organisiert und geschlossen gegenüber treten zu können.

ger Ausbildungsförderung. Politische Forderungen müssen unter Berücksichtigung des bestehenden Kräfteverhältnisses aufgestellt werden.

Und dieses Kräfteverhältnis schließt heute keineswegs aus, daß das Großkapital in der Auseinandersetzung um die Kürzung des Rüstungshaushaltes und die

Besteuerung der Konzernprofite trotz des sich verstärkenden Kampfes gerade um diese Forderungen zunächst einmal die Oberhand behält. Damit in diesem Fall die Arbeiter und Angestellten nicht auch noch die Kosten für die Ausbildung von Kindern aus Familien mit einem 10-fachen des Einkommens einer Arbeiterfamilie zahlen muß, muß auf die Forderung nach familienunabhängiger Ausbildungsförderung verzichtet werden. Staatliche Ausbildungsförderung muß erkämpft werden für die Studenten, die von ihren Eltern keine ausreichende Förderung erhalten können. Alles andere hieße, studentische Interessen auf dem Rücken der Arbeiterklasse zu vertreten und würde die Studentenbewegung in die Isolierung führen.

Das schließt nicht aus, sondern erfordert im Gegenteil, daß die besonderen materiellen Interessen der Studenten auch aus finanziell besser gestellten Schichten, in den Forderungen der marxistischen Studenten einen wichtigen Platz einnehmen, wenn sie berechtigt sind und die Arbeiterklasse nicht belasten können.

Insbesondere wäre es zu begrüßen, wenn Willkür seitens reicher Eltern dadurch vermieden würde, daß die Einziehung der Förderungsbeträge bei den Eltern und die Auszahlung an die Studenten den Studentenwerken auferlegt wird.

Wie sind nun die Chancen zu beurteilen, zu breiten Aktionen für die sozialen Forderungen der Studenten zu kommen?

Abbau materieller Schranken

Kennzeichnend für die soziale Lage der Studenten ist die schleichende Verschlech-

terung, u. a. durch Preissteigerungen. Zugleich bestehen bei den Betroffenen große Illusionen, durch individuelle Maßnahmen die Situation ändern zu können. Diese Illusionen werden begünstigt durch die unterschiedliche soziale Herkunft und die besondere Ausbildungssituation. So sind z. B. Studenten, deren Eltern bereit und in der Lage sind, mit einem finanziellen Zuschuß zu helfen, nur viel schwerer zu solidarischen Aktionen zu bewegen als jene, die finanziell schlechter gestellt sind. Hier wirkt sich die Tatsache aus, daß die Studenten keine einheitliche Schicht sind, sondern aus unterschiedlichen Klassen und Schichten stammen.

Zum anderen haben die Studenten prinzipiell durchaus die Möglichkeit, auf Kosten der Studienzeit nebenher zu arbeiten. Während der Versuch eines Arbeiters, durch Überstunden seine soziale Lage zu verbessern, sehr rasch an die Grenzen der physischen und psychischen Leistungsfähigkeit stößt, können die Studenten die Folgen für ihr Studium längere Zeit vor sich herschieben.

Alle diese Faktoren führen dazu, daß die Bereitschaft, für die Verwirklichung sozialer Forderungen zu kämpfen bei der Masse der Studenten geringer ist als in der Arbeiterklasse. Schon in der Vergangenheit hat sich gezeigt, daß vor allem dann breite Aktionen zustandekommen, wenn materielle Verschlechterungen schlagartig erfolgen oder die individuelle Finanzlage unerheblich ist (z. B. ungenügende materielle Ausstattung und lebensgefährliche Arbeitsbedingungen im Falle des Streiks der Bonner Chemiestudenten).

Aufgrund der sich epidemisch ausweitenden Finanzkrise ist auch in Zukunft verstärkt mit solchen drastischen Zusätzungen zu rechnen (z. B. Einsetzung einer Zwangsverwaltung für das Studentenwerk der NRW-Fachhochschulen zum Zwecke sozial nicht vertretbarer Reduzierung der Ausgaben durch den NRW-Wissenschaftsminister Rau). Gerade in Bewegungen, die sich an solchen einschneidenden Maßnahmen entzünden und die in der Regel den Hauptteil des Interessenkampfes der Studenten ausmachen, müssen unsere sozialen Hauptforderungen propagiert werden. Dies trifft u. a. zu für die Forderung nach kostendeckender Ausbildungsförderung. Auch dort, wo kurzfristige Forderungen nach staatlichen Subventionen sinnvoll erscheinen, (z. B. bei Mieterhöhungen in den Wohnheimen), weil diese Forderungen in starkem Maße zu einem mobilisierenden Faktor werden, darf das BAFÖG nicht aus dem Auge verloren werden. Vielmehr muß die unzureichende Förderung als Kernfrage des sozialen Misere herausgestellt werden.

Kernpunkt einer besseren Ausbildungsförderung ist nicht die finanzielle Unabhängigkeit vom Elternhaus, sondern die Brechung des Bildungsprivilegs der herrschenden Klasse, d. h. der Abbau materieller Schranken, die u. a. den Kindern aus der Arbeiterklasse den Zugang zur Hochschule verwehren. Wenn dieser Zusammenhang immer wieder herausgestellt wird, können Fehler, wie sie in der Vergangenheit vorgekommen sind, in Zukunft vermieden werden.

Reinhard Pfeiffer

Wenn sich alle Betroffenen wehren . . .

Bremer Erfahrungen

Die im Juli stattgefundenen Wahlen zu den verfaßten Studentenschaften und den Kollegialorganen an der Universität Bremen haben an allen Fronten zu einer Stärkung der demokratischen, gewerkschaftlich orientierten Kräfte geführt. Sie sind eine vorläufige Bestätigung für die Richtigkeit des gemeinsamen Handelns aller fortschrittlichen Hochschulangehörigen, daß erstmals bei dem Kampf für die uneingeschränkte

Drittelparität zustandegekommen ist. Dieses gemeinsame Handeln von Studenten, Hochschullehrern und Dienstleistern ist ein bedeutendes Moment im Ringen für eine demokratische Hochschulreform und richtet sich gegen die überall herrschende Praxis der Reaktion, die verschiedenen Gruppen gegeneinander auszuspielen.

Zunächst ist anzumerken: Der sogenannte Mittelbau, der an allen Universitäten zu einer Unterbesetzung oder gar Nichtberücksichtigung der Dienstleister ausgenutzt wird, fällt in Bremen zugunsten einer klaren Gliederung nach Hochschullehrern, Studenten und Dienstleistern weg. Entsprechend sind alle Gremien drittelparitätisch besetzt. Die volle Bedeutung dieser Eigenschaft wird sich mit

der fortschreitenden Integration zu einer Bremer Gesamthochschule erweisen. Wie unangenehm ihm aber auch im derzeitigen Stadium schon diese Regelung ist, demonstrierte der politische Senat im April dieses Jahres. Durch Bildungsseminator Thape ließ er den Gründungsseminar wissen, daß er die in der vorläufigen Universitätsverfassung festgelegte Drittelparität dahingehend geändert wün-

sche, daß „die Beschußregelung entsprechend dem Hochschulrahmengesetz festgelegt wird“ und „in der Mehrheit der Stimmen mindestens die Hälfte der Stimmen der Hochschullehrer enthalten ist.“ (Thape, Brief vom 12. 4. 72). Zur Begründung führte der Senat die „besondere fachliche Qualifikation der Professoren“ an, so als sei die Frage der Wissenschaft und ihrer Verwendung ein individuelles

Problem einzelner Geistesgrößen und nicht ein gesellschaftliches. Der MSB Spar-takus wies in einem Flugblatt sofort auf die Absicht dieses massiven Eingriffes hin: „Die in der Senatsregelung vorgesehene Einschränkung der Drittelparität durch einen sogenannten Minderheitenschutz der Hochschullehrer soll den staatlichen Einfluß gegen eine demokratische Entwicklung an der Hochschule gewährleisten. Der politische Senat spekuliert auf die mit der Integration der PH und Fachhochschulen zunehmenden reaktionären Tendenzen im Hochschullehrerkörper. Dabei geht es allerdings nicht so sehr um den Gegensatz zwischen den Studenten und reaktionären Professoren, sondern um den Gegensatz von demokratischen Bewegungen an der Basis einerseits und staatlicher Hochschulpolitik andererseits. Der Staat ist zur Aufrechterhaltung des Systems gezwungen, seinen reaktionären Einfluß auf die Hochschulpolitik zu verstärken, um Inhalte und Verwertung von Wissenschaft zu bestimmen.“

Wie sehr der MSB damit den Kern getroffen hatte, zeigte sich kurz darauf in einem Gespräch mit gewählten Vertretern der Universität und dem Senat. Hier gestand Thape: „Die Senatsregelung zur Drittelparität ist gedacht, um Situationen des direkten staatlichen Eingriffs zu umgehen. Die Hochschullehrer sind unsere Notbremse.“

Gemeinsam gehandelt

Die Mitbestimmung der Dienstleister und Studenten wäre mit dieser Regelung eine Farce geworden. Wohl wider Erwarten des Senats erkannten alle Betroffenen gleichermaßen diesen Angriff als einen Abbau ihrer demokratischen Rechte. Überraschend groß war die Bereitschaft der weitgehend sozialdemokratisch orientierten Dienstleister, sich an Kampfmaßnahmen gegen den Angriff des SPD-Senats zu beteiligen. In einer Vollversammlung des Dienstleistungsbereiches forderten sie „entschieden ihr demokratisches Recht auf drittelparitätische Mitbestimmung“ mit der Begründung:

„Die Dienstleister sind an der wissenschaftlichen Arbeit der Universität beteiligt. Sollen ihre Dienste keine Handlangerdienste sein, müssen sie in den Universitätsgremien über die Ziele und Inhalte der wissenschaftlichen Arbeit mitbestimmen. Obwohl die Dienstleister mit dieser Mitbestimmung erst wenig Erfahrung sammeln konnten, obwohl die hochschulpolitische Auseinandersetzung im Dienstleistungsbereich erst begonnen hat, ist eine Konsequenz der Drittelparität für den DLB schon deutlich geworden: eine demokratische Mitbestimmung des DLB in den Universitätsgremien widerspricht einer hierarchischen Struktur am Arbeitsplatz deshalb gehörende Drittelparität und Mitbestimmung zusammen.“

Da auch die Hochschullehrer die großzügig angebotenen Privilegien in einem „Offenen Brief“ an den Senat ablehnten, weil sie „in dem Versuch, die Beschlüsse zu regeln zugunsten der Hochschullehrer-

stimmen zu verändern..., einen einseitigen Vorgriff auf entsprechende und gerade besonders bekämpfte Regelungen im vorgesehenen Hochschulrahmengesetz“ sahen, kollidierte der politische Senat mit der breiten Front aller Universitätsangehörigen. Zwei Tage Warnstreik von den Studenten durchgeführt und von Hochschullehrern und Dienstleistern wohlwollend gebilligt, zeigten zwar einerseits die Entschlossenheit der Betroffenen, offenbarten andererseits aber auch die mangelnde Vorbereitung besonders der politischen Studentengruppen auf die unspezifische Bremer Situation. So führte der Warnstreik, der symptomatischerweise nur an der Uni und nicht an den anderen Bremer Hochschulen ausgerufen war, nach einer kurzen Diskussion „großen Stils“ über den Charakter der SPD lediglich zu zwei Tagen Ausfall der Lehrveranstaltungen.

Spaltungsversuche

Hatte bis dahin im wesentlichen der damals noch „links-sektiererische Uni-AStA auf studentischer Seite die Kampagne angekurbelt und hatten die Aktionen bis dahin einen entsprechend dilettantischen Verlauf genommen, schalteten sich im weiteren Verlauf der Kampagne der MSB und SHB immer stärker ein. Er bemühte sich besonders darum, über die Gesamtastenkonferenz die Aktionen breiter d. h. gesamtbremisch anzulegen und die Verbindung zu den Dienstleistern zu verbessern.

Wie richtig es war, sich nicht mehr weiter auf den von den Sektierern besetzten AStA zu verlassen, zeigte die erste gesamtuniversitäre Vollversammlung, die kurzfristig von den gewählten Vertretern der Uni („Neunerkommission“) einberufen worden war. Es schälte sich immer klarer eine Tendenz heraus, das



Dem Klüngel von Großkapital, Ministerialbürokratie, rechten Professoren und reaktionären Studentenverbänden müssen sich die demokratischen und sozialistischen Kräfte an der Hochschule in einem breiten Bündnis entgegenstellen.

sicherlich auf sehr verschiedenen Argumentationsbasen beruhende Aktionsbündnis zu spalten. Die ultralinken KSBler wollten mit der „Hauptstößrichtung SPD“ die Unvereinbarkeit von fortschrittlichen Positionen mit der Mitgliedschaft in der SPD „beweisen“ und begannen in provokatorischer Weise universitäre SPD-Mitglieder zu öffentlichen Stellungnahmen und „Bekenntnissen“ herauszufordern. Diese abenteuerliche und elitäre Linie setzte sich fort, als sie durch eine „Testdemonstration“ der Uni-Studenten einer vor allem von der Gesamtastenkonferenz und vom MSB vorbereiteten Demonstration aller Bremer Studenten zuvorkommen wollten. Aus Angst, mit weiteren solchen Aktionen ihren Einfluß zu verlieren, gaben sie schließlich diesen Plan auf und erklärten unter dem Druck der Ereignisse später ihr Verhalten selbst als „sektiererisch“.

Die opportunistische Praxis und ihre Unsicherheit in der Aktion kam bei den Ultralinken nicht von ungefähr. Während für SPARTAKUS und SHB der Kampf um Mitbestimmungsrechte integraler Bestandteil ihrer Hochschulpolitik war und ist, kamen die Opportunisten, für die ein solches Ringen unbrauchbar bzw. nur „taktisches“ Mittel in ihrer Politik ist, in einige Schwierigkeiten. Der KSB, anlässlich der HRG-Kampagne noch mit der Parole „Gegen Mitbestimmungsschwindel“ aufgetreten, brachte jetzt eilfertig die ebenso falsche Parole heraus: „Den Kampf um Mitbestimmung als taktisches Mittel gegen die monopolkapitalistische Hochschulreform nutzen“. Die KSO (Splitter des Westberliner KSV) gar propagierte: „Den Kampf für die Drittelparität mit dem Kampf gegen Reformillusionen und Revisionismus verbinden“, womit die Absicht der Ultralinken, die einheitliche Kampffront zu spalten, noch deutlicher zu Tage trat. Für die zwittige SF wurde die Kampagne der Anfang von ihrem heutigen Ende in Bremen. Bei der Wahl der studentischen Vertreter für die oben schon erwähnte „Neunerkommission“, die für den Zeitraum der Kampagne die Interessen der Universität gegenüber dem Senat vertrat, konnte die SF, damals noch zweitstärkste studentische Fraktion, auf der VV und im Studentenrat keinen Vertreter durchbringen. Auch die „linke“ Phraserei ihres „Chefideologen“ Gilbert gegen „die antidemokratischen Maßnahmen des SPD-Senats“ konnte ihren offenen rechten Opportunismus nicht mehr verdecken: Der studentische Vertreter im Gründungssenat, der sich gegenüber dem politischen Senat unentschieden verhalten und die Studenten nicht von der Absicht des Senats informiert hatte, war ein Mitglied der SF! (SPARTAKUS, SHB und die Rote Liste/ KSB schickten jeweils einen Vertreter in die Kommission).

Erfolg des gemeinsamen Handelns

Auf dem Höhepunkt der Aktion lag die Führung in den Händen von Spartakus

und SHB. Besonders hervorzuheben sind die Bemühungen vom MSB, die gesamte Studentenschaft zu mobilisieren und ihr aufzuzeigen, daß im Zusammenhang mit der Integration zu einer Bremer Gesamthochschule der Kampf um demokratische Mitbestimmung gerade auch für die heutigen Fachhochschulen und die PH eine hohe Bedeutung hat. Zudem gelang es SPARTAKUS, die Problematik der Drittelparität mit fachhochschulspezifischen Problemen zu verknüpfen. So konnte die Entscheidung des Bremer Senats am Tage des Demonstrationstermin, der Beibehaltung der uneingeschränkten Drittelparität vorläufig zuzustimmen, nicht verhindern, daß rund 2000 Studenten, Dienstleister und Hochschullehrer auf die Straße gingen.

Der Erfolg der Kampagne, die vorläufige Beibehaltung der Drittelparität, ist nur durch durch das gemeinsame Handeln aller Betroffenen erreicht worden. Ohne den „Offenen Brief“ der Hochschullehrer an den Senat und die Protestresolution der Dienstleister hätte sich alle studentische Aktivität totgelaufen. Zugleich muß dieser Erfolg wieder relativiert werden. Erstens gilt die jetzige Regelung als vorläufige Regelung bis zum Inkrafttreten des HRG. Dieser Zeitraum soll genutzt werden, „um durch Erfahrungsgewinn das Hochschulrahmenrecht in seiner inhaltlichen Ausformung zu unterstützen“ (SPD-Senat). Zweitens ist selbst dieses Zugeständnis der SPD-Führung nur mit der besonderen Bremer Situation zu erklären. Aufgrund der dauernden Angriffe der CDU gegen die Universität („Rote Kaderschmiede“) sucht der SPD-Senat durch Ruhe an dieser Front solchen Argumenten zu begegnen. Außerdem hätten die hier relativ starken Positionen der Jungsozialisten, die sich von Anfang an für die volle Drittelparität mit eingesetzt hatten, zu stärkeren Differenzierungen innerhalb der Partei geführt, ein Umstand, der der SPD-Führung derzeit sehr unlieb ist. MSB und SHB haben durch die Kampagne nicht nur unter den Studenten, sondern auch unter den Hochschullehrern und Dienstleistern an Vertrauen gewonnen. Die Kampagne hat eine gute Grundlage für das weitere gemeinsame Handeln aller fortschrittlichen Hochschulangehörigen geschaffen.

Schon jetzt sind die nächsten Auseinandersetzungen um die Bremer Reformuniversität abzusehen.

Der Senat hat in allen seinen Stellungnahmen unmissverständlich klargemacht, daß er die jetzige vorläufige Universitätsverfassung an das kommende HRG anpassen will. Allerdings sind die ersten gemeinsamen Aktionen von Studenten, Hochschullehrern und Dienstleistern eine gute Grundlage für den weiteren demokratischen Massenkampf an der Hochschule, der ein solches Unterfangen für die Herrschenden nicht ganz problemlos macht.

Rechter Jura-Professor CDU-Bundestagskandidat

Hans Hugo Klein, Rechtsausleger (und bis zum SS 72 Dekan) an der Juristischen Fakultät in Göttingen, Mitglied des Bundes gegen Freiheit und Wissenschaft, wurde am 9. 9. 72 zum Bundestagskandidaten der CDU für den Wahlkreis 49 (Südniedersachsen) gekürt. Spektakulär wie seine Ernennung zum Dekan an der Juristischen Fakultät am 10. 11. 71, die unter Polizeischutz und unter Ausschluß der studentischen Mitglieder des Fakultätsrats erfolgte, war dieses Ereignis: H. H. Klein, SPD-Wähler von 1969, schaffte es erst nach dem dritten Anlauf und gelangte auch dann nur sehr knapp ans Ziel.

In einem Interview mit dem „Göttinger Tageblatt“ (GT vom 11. 9. 72) nennt H. H. Klein sein Verhältnis zu den Studenten „gut“ — womit er wohl nur NPD- und CDU-Studenten gemeint haben kann, nachdem er sein „kritisches Verhältnis“ zu ihnen „überwunden“ haben will. H. H. Klein charakterisiert sich selbst (in dem gleichen Interview) als „konservativen Liberalen“, der nicht am rechten Flügel, sondern eher „Mitte bis Links“! in der CDU stehe. Das kann nur bedeuten, daß für H. H. Klein die ultrarechte CSU „eine Partei der Mitte“ ist. Nach Ansicht des „Göttinger Blicks“ fehlt H. H. Klein alles, was ihn als einen für Göttingen typischen CDU-Mann ausweisen könnte. Immerhin ist H. H. Klein, hinter dem auch Barzel und jetzt „alle Organisationen der CDU“ wie ein Mann stehen sollen, erst seit Mitte April 1971 CDU-Mitglied.

H. H. Klein, für den studentische Mitbestimmung „verfassungswidrig“ ist, ist Mitglied des Justizprüfungsamtes bei dem Oberlandesgericht Celle, er sitzt auch im Prüfungsausschuß für Diplom-Kaufleute. Es ist nicht schwer zu erraten, nach welchen Kriterien dieser Exponent des „rechten“ CDU-Flügels und Barzel-Protegé „seine“ Studenten ihre Prüfungen bestehen bzw. nicht bestehen läßt. Allen, die es noch nicht wußten, lieferte er dafür schon im Wintersemester 1971/72 ein Paradebeispiel. Damals ließ Klein in einer Übung im „Öffentlichen Recht für Anfänger“ Studenten den „optimalsten“ Weg für ein Verbot der DKP austüfteln. Doch H. H. Klein mußte sich in einer Übung vom Kreisvorsitzenden der DKP Göttingen, dem Betriebsratsvorsitzenden Rainer Neubauer, fragen lassen, ob er, Klein, das Rad der Geschichte zurück zu den barbarischen Kommunisten-Verfolgungen der Adenauer-Ära drehen, ob er Zustände wie in der Hitlerzeit wiederherstellen wolle.

H. H. Klein, der bisher u. a. durch seine Beteiligung am Entwurf der CDU für ein niedersächsisches Gesamthochschulgesetz „hervorgetreten“ ist, mag für das Parteivolk der CDU noch weitgehend ein unbeschriebenes Blatt sein — der MSB SPARTAKUS und die Hochschulgruppe der DKP in Göttingen wissen, was sie an ihm haben. MSB SPARTAKUS hat über diesen Rechtsprofessor eine Dokumentation erstellt, in dem die geistige Verwandtschaft dieses Mannes, der wie der bekannte Göttinger Staatsrechtler Werner Weber aus der Schule des NSDAP-Starjuristen Carl Schmitt stammt, zur Ideologie des Führer-Staates nachgewiesen wird.

Jürgen Stopel

„Wir brauchen Führernaturen“

„Es handelt sich nur um ein Arbeitspapier“, wehrte der Stuttgarter Psychotherapeut Dr. Affemann, Mitglied des evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, in einem Telefongespräch mit ppa am Montag ab, als er um Auskunft über Pläne zur Gründung einer „Elite-Universität“ in der Baden-Württembergischen Landeshauptstadt gebeten wurde. Es ist eine private Initiative, alles weitere sind Spekulationen. Diese dürfte Aussage stehen jedoch im Widerspruch zu den Fakten.

Auf einer Zusammenkunft wurde bereits über die Zielsetzung einer Stiftungsuniversität beraten, die Professor Volkmann schriftlich fixiert hatte. Die Teilnahme von Ministerialrat Dr. Hohlfelder vom Baden-Württembergischen Kultusministerium und des persönlichen Referenten von Kultusminister Professor Hahn (CDU), Gerhard Weigand, lassen erhebliche Zweifel an dem angeblichen privaten Charakter der Pläne aufkommen. Dieser Verdacht verdichtet sich, da bisher mit großer Verschwiegenheit — um nicht von Geheimhaltung zu sprechen — vorgegangen und die Öffentlichkeit nicht unterrichtet wurde. Generalmajor a. d. Hass, einer jener besorgten Männer, die das Abendland vom Kommunismus bedroht sehen, reagierte empört auf eine entsprechende Anfrage, sprach von Vertrauensbruch und einstweiliger Verfüfung bei Veröffentlichung. Der Pressereferent des Kultusministers, Dr. Bessey, bestätigte mit seinem Hinweis, es handle sich um eine private Angelegenheit, indirekt, daß die Hochschulpläne im ministeriellen Kreis bekannt sind.

Zu den Initiatoren gehören auch Professor Ihmels und Oberstudiendirektor Merz. Interessant waren die Ausführungen des Einladers zur ersten Besprechung, Hetzinger, der bestätigte, daß am 13. September eine zweite Beratung geplant gewesen sei. „Wir müssen aber jetzt erst unseren Kreis überprüfen, um festzustellen, wie ein Protokoll bekannt wurde, das nur wenigen Personen zugänglich war“. Mit dieser Feststellung begründete er die Verschiebung des neuerlichen Treffens. Unter diesen Umständen könnten „höhere Gremien aus Industrie und Regierung“ nicht eingeladen werden, es sei finanziell absolut möglich, eine „freie Universität zu gründen“, meinte Hetzinger weiter, und es gebe keinen Grund, diesen Schritt nicht zu tun, nachdem die Bundeswehr ebenfalls eine eigene Hochschule erhalte. „Wir wollen eine Elite heranziehen, denn wir brauchen Führernaturen für die Industrie“.

Die Stuttgarter Unternehmen Daimler-Benz und Bosch stehen genauso auf der Interessentenliste wie die Großbrauerei Dinkelsacker, als „Kreise, die eine solche Universität wirtschaftlich tragen“ sollten. In dem Arbeitspapier wird u. a. deutlich hervorgehoben, es gehe um mehr, als nur um die Schaffung einer „von linksradikalen Einflüssen geschützten Institution“. Es solle ein offensiver Beitrag zur Erhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung geleistet werden, denn man könne sich „nicht mehr auf die defensive Auseinandersetzung mit dem Marxismus und anderen zersetzenden Ideologien beschränken“. Willi Becker

Verbalradikales Geklingel

In Mainz stellt eine DSU-Gruppe, das Projekt Sozialliberal (P.S.), zusammen mit einem RCDS-U-Boot namens KESS (Kritisch Engagierte Studentenschaft) den AStA, gestützt vom RCDS. Da die DSU-

In der Auseinandersetzung mit linken Gruppen wurde die DSU gezwungen, sich über ihren Antikommunismus und ihr verbales Bekenntnis zum Parlamentarismus hinaus den Anschein von Theorie zu geben. Zentrum ist dabei die im DSU-Programm (1) geschwätzige dargestellte „pluralistisch empirische Demokratietheorie“, die sich von der messianistischen Demokratietheorie der Marxisten mit ihrem absoluten Wahrheitsanspruch deutlich abhebt. (2) Diese „Demokratietheorie“ wird von der DSU abgeleitet aus der „Überzeugung, daß es keine wissenschaftlich - objektiven, endgültigen Wahrheiten über die Ordnung der Gesellschaft geben kann“ (3); und daraus schließt man, daß der „Pluralismus“ Aufgabe unserer Zeit ist. Denn die Erkenntnis, daß Gesellschaftssysteme nie „endgültig“ sind, wird nicht aus der Analyse der Überlebtheit des kapitalistischen Systems gewonnen, sondern diese Erkenntnis soll das kapitalistische System als einzig mögliches rechtfertigen. Sicher mit Mängeln, daran kann auch die DSU schwer vorbeigehen, aber deren Ursache ist die „verselbständigte wirtschaftliche und politische Technostruktur“ (4), was das auch immer sein mag.

Spritze aus der Staatskanzlei

Mit den Auswirkungen dieser „dem Produktionsprozeß innewohnenden technischen Rationalität“ (5) für die BRD beschäftigt sich die DSU weniger, für sie ist entscheidend, daß diese „technische Rationalität“ in den sozialistischen Staaten „zu immer weiterer Bürokratisierung“ (6) führt. Womit schlüssig bewiesen wäre: Der reale Sozialismus ist keine Alternative (wegen der Technostruktur). Allein der pluralistische Kapitalismus bietet Raum für die DSU — „Strategie der dezidierten Reform, auch mit punktuellem Ansatz“. (7) Da sich diese aufgeblasene, dazu immer mit Namen wie Popper, Albert, Marcuse, Galbraith verzierte „Theorie“ nur wenig mit wahrnehmbaren Dingen beschäftigt, ist sie auch kaum Anleitung zum Handeln; sondern dieses Gemisch aus Unsinn und vorgeblichem Reformbestreben soll interessierte, leicht kritische Studenten gewinnen.

Mit diesem Getön versuchte die DSU, Bewegungen in der Studentenschaft aufzugreifen. So unterstützte auch die Mainzer Gruppe verbal die Kampagne zum 1. Dezember 1971, auch die Aktionen zum

Gruppe P. S. entscheidend die Politik des AStAs bestimmt, ergibt sich die Möglichkeit, Anspruch und Praxis einer „Deutschen Studenten Union“- (DSU-)Gruppe zu überprüfen.

Mißtrauensvotum. Im Falle des Berufsverbotes gegen Anne Lenhard wandten sie sich sogar in einem offenen Brief an den Innenminister: „Wir fordern sie auf, Ihre Haltung... zu überprüfen und möglichst in Richtung auf eine freiheitlich-liberale Lösung zu revidieren.“ (8) Dabei gaben sie dem Minister auch gleich einen guten Tip für die Treueerklärung: „Darüber hinaus würde eine solche Maßnahme schon deshalb leerlaufen, weil ein engagierter Gegner der freiheitlich demokratischen Grundordnung sicherlich kaum Bedenken haben würde, ein solches Dokument, wie von Ihnen vorgeschlagen, zu unterzeichnen.“ (9) Der Innenminister bedankt sich und hofft bei der „Auseinandersetzung mit den Anhängern totalitärer Richtungen... Ihre Unterstützung und die Ihrer Freunde des Projektes Sozialliberal zu finden“. (10) Denn die Versuche der DSU, bei allen Aktionen die Bewegung der Studenten in den parlamentarisch gewordenen Rahmen zu leiten und vor allem die linken Gruppen zurückzudrängen, findet natürlich die volle Unterstützung der Herrschenden. So berichtet der Finanzreferent der Mainzer Gruppe seinen Vorstandskollegen in einem internen Schreiben vom 5.4.1972:

„In einem Gespräch mit dem Chef der Staatskanzlei, Hilf, habe ich die verbindliche Zusage erhalten, für die Gruppe finanzielle Mittel aus einem Titel des Haushaltspfanes der Staatskanzlei erhalten zu können... Abgesehen von der Auflage, über die Verwendung der Mittel Rechnung zu legen, sind keinerlei Auflagen mit diesen Einnahmen verbunden... Jedenfalls dürfte das SS 1972 und das WS 1972/73 finanziell gesichert sein.“ (11)

Ihr Fernziel: Abschaffung des AStA

Diese Versuche, linke Gruppen zurückzudrängen, können vorübergehend erfolgreich sein, wo linke Gruppen nicht ausreichend konkrete Kapitalismuskritik leisten, sich in Auseinandersetzungen mit sektiererischen Gruppierungen verstricken, wo sie voraussetzen, daß zum Beispiel der Masse der Studenten der Charakter des Imperialismus klar ist, wo sie darauf verzichten, den Studenten Maßnahmen der Monopolbourgoisie aus ihrem konkreten hochschul- und gerade auch allgemeinpolitischen Erfahrungsbereich zu vermitteln. Dann kann es gelingen, das

Unverständnis der Masse der Studenten gegenüber der linken Auseinandersetzung, ihre Neigung zu einem starken Antikommunismus zu nutzen für die DSU-Politik.

Doch schon in der konkreten politischen Auseinandersetzung zerfällt ihr Einfluß. Das wurde in Mainz deutlich in der Satzungsfrage.

Die Mainzer Studentenschaft muß nach dem Landeshochschulgesetz eine neue Studentenschaftssatzung verabschieden. Unter der Parole „Stärkung der verfaßten Studentenschaft“ legte die rechte Fraktion aus DSU, RCDS, KESS ein Satzungsmodell vor mit dem angeblichen Ziel, „einer Selbstverwaltung, die ein Gegengewicht gegen die Kultusbürokratie darstellt“ (12), derselben Kulturbürokratie, von der sie bezahlt werden. So sieht dann auch das Modell aus:

1. AStA und Fachschaften wird das politische Mandat ausdrücklich entzogen. § 9, 3 des Entwurfes lautet: „Der AStA selbst hat kein politisches Mandat.“ Für kritische Studenten wird allerdings ein Zuckerwürfel eingebaut: Im Einzelfall kann das Studentenparlament dem AStA das politische Mandat erteilen. Damit wird vergeblich vertuscht, daß AStA- und Fachschaftsvertreter grundsätzlich kein politisches Mandat haben. Der AStA-Kommentar aber raspelt Fortschritt: „Aus der Erkenntnis heraus, daß die Hochschulpolitik keinen sterilen Platz außerhalb der Gesellschaftspolitik einnehmen kann, ist in dem AStA-Entwurf das allgemein-politische Mandat gewährleistet.“ (13) Mit soviel Verlogenheit sollten die Studenten selbst beschließen, was auf dem Verordnungswege ihren harten Widerstand provoziert hätte.

2. Von dem Anspruch ausgehend, „sich vom verwaltungsmäßigen her dem Hochschulgesetz anpassen“ zu müssen, wird die Einheitlichkeit der Fachschaftsvertretungen zerstört und werden sie letztlich der Schweigepflicht des Hochschulgesetzes unterworfen, indem

- nicht mehr Fachschaftsvertreter als durch Urnenwahl gewählte Gremienvertreter gewählt werden dürfen;
- alle studentischen Gremienvertreter automatisch voll stimmberechtigte Fachschaftsvertreter werden;
- für jeden Fachbereich nur eine Fachschaft gewählt werden darf.

Während die DSU-Gruppe die Satzung öffentlich unter der Parole „Stärkung der verfaßten Studentenschaft“ propagierte, formulierte sie intern ihr wirkliches Ziel, so in einem Protokoll eines Leitungsseminars vom 17. 12. bis 19. 12. 1971 in Höchst/Odw., das sich mit dem DSU-Programm befaßte: „Fernziel ist die Abschaffung der verfaßten Studentenschaft... Im Augenblick müssen wir die noch bestehenden Möglichkeiten der verf. St. sch. ausnutzen und eine Möglichkeit aufzeigen, wie bis zur Abschaffung gearbeitet wird.“

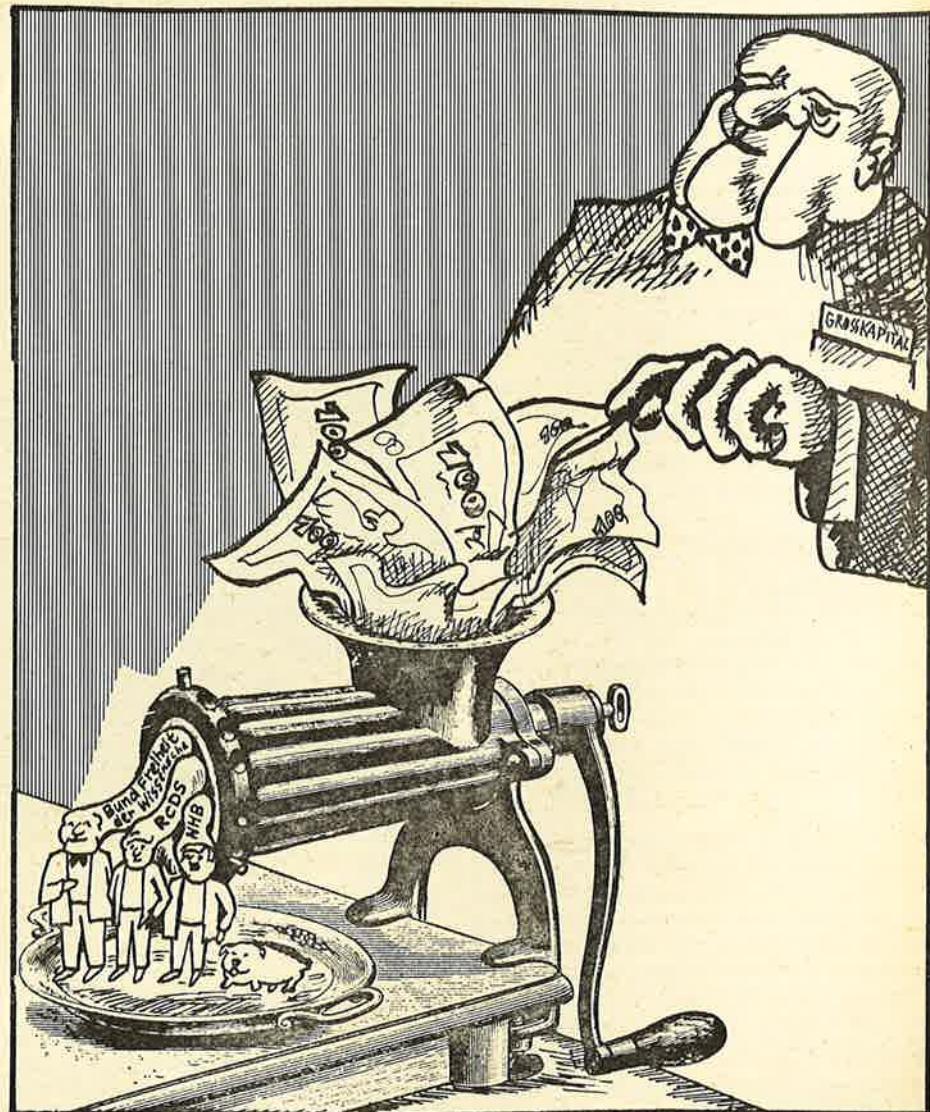
Praxis widerlegt die schönen Worte

Auch wenn die DSU tatsächlich Reformen anstrebt, wie es Teile des DSU-Programms vorgeben (die sich in der Praxis

bisher allerdings stets als Demagogie entlarvt haben), sollen diese Veränderungen auf keinen Fall durch demokratische Massenbewegungen erzielt werden, sondern in Gremien in guter Zusammenarbeit mit den Herrschenden. Darum sollen auch die Organe der verfaßten Studentenschaft als wichtige Waffen demokratischen Massenkampfes ihrer Wirksamkeit beraubt und zu alleinigen Zuträgern der Gremienarbeit zurechtgestutzt werden. Nebenbei erhofft die Gruppe sicher auch, auf diesem Wege mehr Einfluß auf die Fachschaftsvertretungen zu gewinnen. Die DSU nennt das die „Einführung demokratischer Konfliktreglungsmuster“, um nicht „Sachkompetenz durch plebisizitäre Maßnahmen zu ersetzen“. (15)

es dem MSB SPARTAKUS mit SHB, SF und fast allen Fachschaften ein linkes Bündnis zu bilden, das einen Gegenentwurf erarbeitete. Aber im Studentenparlament konnte die rechte Fraktion jede inhaltliche Diskussion („Antrag auf sofortige Abstimmung“) abblocken und den linken Entwurf durch „Nichtbefassung“ von der Diskussion ausschließen.

Als die Univollversammlung daraufhin beschloß, die Studentenschaft solle in einer Urabstimmung selbst entscheiden, welcher von beiden Entwürfen endgültig verabschiedet wird, mißachtete der AStA diesen rechtsverbindlichen Beschuß und stellte lediglich seine rechte Satzung zur Urabstimmung. Gleichzeitig versuchte er, mit beträchtlichem Aufwand, die Bündnispartner als Spartakus-Marionetten



Aber selbst das stete Besingen der Notwendigkeit, im Parlament Entscheidungen zu treffen, widerlegte die Gruppe selbst durch ihre Praxis: Nachdem sie mit allen Gruppen, auch mit dem MSB SPARTAKUS, Gespräche über die Satzung geführt hatte, die sich durch Kompromißlosigkeit auszeichneten, brachte sie gemeinsam mit KESS und RCDS ihren Entwurf im Überraschungsangriff ins Studentenparlament ein. Trotzdem gelang

zu diffamieren, zum Beispiel mit der neckischen Parole: „Wer nicht wählt, gibt dem SPARTAKUS seine Stimme, wer nein wählt, zweit“ Während der Baader-Meinhof-Hysterie versuchten sie, das linke Bündnis à la BILD-Zeitung zu kriminalisieren.

Als auf einer Univollversammlung ein Antrag der rechten Fraktion zur Gewalt mit „Nichtbefassung“ behandelt wurde, um einen linken Antrag verabschieden

zu können, brach der RCDS-Parlamentspräsident, der laut Satzung allein Vollversammlungen leiten darf, die Vollversammlung „wegen Unruhe“ ab. Obgleich der linke Antrag danach von den Studenten verabschiedet wurde, veröffentlichten Rundfunk, Fernsehen und Tageszeitungen, die Mainzer vierseitig auf der ersten Seite, eine AStA-Presseerklärung mit der Überschrift: „Kommunisten verhindern Beschuß gegen Gewalt.“ (16)

Rücktritt vergessen

Obgleich das linke Bündnis während dieser Kampagne fast totgedrückt wurde, gelang es, auf Vollversammlungen und spontanen Teach-ins jeden neuen Schritt und Trick der rechten Fraktion in die Studentenschaft zu tragen. Um so heftiger aber der Druck der Studenten auf Vollversammlungen oder als Offentlichkeit im Studentenparlament wurde, desto nervöser reagierte der rechte AStA: So wurden die Wahlurnen nachts nicht mehr wie am Anfang der dreiwöchigen Urabstimmung bei einer neutralen Stelle untergebracht, sondern im AStA selbst, so wurden die Urnen mit Tesakrepp und jederzeit ersetzbarem AStA-Stempel „versiegelt“. Als das linke Bündnis diese Wahlfälschungsmöglichkeiten entdeckte, veröffentlichte und mit einer Anfechtung drohte, versuchte der AStA, gegen 17 linke Gruppen und Fachschaften eine einstweilige Anordnung zu erwirken. Vergeblich. Das Gericht lehnte ab.

Bei einer Beteiligung von fast 50 Prozent wurde die Satzung mit einer knappen Mehrheit von 60 Stimmen abgelehnt. Seine ständige Ankündigung, bei Ablehnung zurückzutreten, hat der AStA mittlerweile vergessen: Er will die Satzung im Wintersemester noch einmal zur Urabstimmung stellen.

Während der ganzen Kampagne verzichtete die P.S. zwar nicht auf ihr progressiv verbalradikales Geklingel („Wer mehr Freiheit sucht, muß mehr Freiheit bereit sein zu wagen“ (17), aber ihre Praxis führte sie fest an die Seite des RCDS.

Trotzdem sollten wir nicht darauf verzichten, diese Gruppen auf ihren verbalradikalen Ansatz festzunageln, ihren Opportunismus zugunsten der demokratischen Kräfte zu nutzen. Denn bei verändertem Kräfteverhältnis können sich solche Gruppen den demokratischen Kräften anschließen, so wie in Mainz beim Mißtrauensantrag der CDU/CSU.

(1) Wer ist, was will die DSU, Bonn 1971.

(2) S. 4, 5 ebenda.

(3) Ebenda, S. 4.

(4) S. 6, ebenda.

(5) S. 7, ebenda.

(6) S. 6 f, ebenda.

(7) S. 7, ebenda.

(8) Offener Brief an den Kultusminister vom 9.5.1972 in Punkt 1, Mainz 1972, S. 7.

(9) Ebenda, S. 8.

(10) Antwort des rheinlandpfälzischen Innenministers Heinz Schwarz, ebenda, S. 8.

(11) Brief von Rainer Fernis vom 5.4.1972.

(12) AStA Uni Mainz, Die Satzung, Mainz 1972, S. 2.

(13) Ebenda, S. 3.

(14) Ebenda, S. 3.

(15) Siehe 1, S. 9.

(16) Allgemeine Zeitung, Mainz 7.6.1972.

(17) Siehe 8, S. 3.

Angela Davis in der DDR

Am 28. August traf die amerikanische Kommunistin Angela Davis zu einem Besuch in der Sowjetunion ein. Sie wurde mit der Jubiläumsmedaille „Zur Würdigung des 100. Geburtstages Lenins“ geehrt. Am 29. August war sie Gast des Internationalen Frauenseminars zum 50. Jahrestag der UdSSR und hatte herzliche Begegnungen mit Moskauer Werktagen. Am 31. August reiste sie nach Taschkent. Die Taschkenter Universität ernannte Angela Davis zum Ehrendoktor.

50 000 DDR-Bürger begrüßten Angela Davis bei ihrer Ankunft in der DDR auf dem Flughafen Schönefeld. Eine Million DDR-Bürger hatten ihr ins Gefängnis geschrieben.

Am 11. 9. 72 empfing der Erste Sekretär

des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, im Haus des ZK in Berlin Gedenken Angela Davis, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der USA, zu einem freundschaftlichen Gespräch.

Auf Vorschlag des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des Ministerrates der DDR verlieh der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, an Angela Davis den Orden „Großer Stern der Völkerfreundschaft“ in Gold. Angela Davis empfing die Auszeichnung in Würdigung ihrer hervorragenden Verdienste im Kampf gegen den Imperialismus, um Verständigung und um Freundschaft der Völker und um die Erhaltung des Friedens.



Auf dem Flughafen Schönefeld wurde Angela Davis von Werner Lambertz, Mitglied des Politbüros des ZK der SED begrüßt.

Götz von Berlichingen

lieferte die Zitat-Zutat für Olympia-Ärger, den die DDR mit der westlichen Presse hat. Die „Bild“-Zeitung hatte vor einigen Tagen die Meldung erfunden, daß der DDR-NOK-Chef den ihm zugeteilten Fahrer von der Bundeswehr aufgefordert habe, seine Uniformjacke auszuziehen, weil er sonst nicht mit ihm fahren würde. Der Soldat habe angeblich mit dem Götz-Zitat geantwortet. Die DDR-Nachrichtenagentur ADN befragte den Fahrer, Unteroffizier Mader, der Schöbe seit dem 15. August kutschert. Mader bezeichnete die Meldung als Ente und berichtete von seinem vergeblichen Bemühen, bei der „Bild“-Zeitung einen Widerruf durchzusetzen. Trotz der Richtigstellung durch den Pressevertreter des DDR-NOK, Wolfgang Gitter, brachten auch „seriöse Blätter“ wie die „Süddeutsche“ und die „Stuttgarter Zeitung“ die Meldung. Pressevertreter Gitter erläuterte an diesem Beispiel, warum man sich von der bundesdeutschen Presse „unfair und unfreundlich“ behandelt fühlt. Das habe nichts mit Verkämpfung zu tun, wenn man West-Reportern am liebsten aus dem Wege gehe, erklärte er dem „Kölner Stadtanzeiger“. Gitter: „Solche Entstellungen wie diese begegnen uns im Ausland sonst nicht. Dort werden unsere Äußerungen korrekt wiedergegeben. Man stellt sachlich dar, was wir meinen. Auch französische oder englische Zeitungen kritisieren dann im Kommentarteil unsere Auffassungen. Bitte sehr, das ist ihr gutes Recht. Aber wir werden eben mißtrauisch, wenn man uns aus politischer Absicht Dinge unterstellt, die wir weder gesagt noch getan haben.“

(Extra-Dienst)

Die Zeichen der Zeit begriffen

Drei Monate nach dem bisher größten Forum der Europäischen Öffentlichkeit für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Brüssel und drei Monate vor Beginn der offiziellen Vorbereitungskonferenzen in Helsinki, fand vom 26. bis 31. August die Europäische Jugendsicherheitskonferenz ebenfalls in der finnischen Hauptstadt statt. Mehr als 400 Jugendliche vertraten die wichtigsten politischen Jugendorganisationen aus 26 europäischen Ländern sowie 12 internationale Verbände. In der Abschlußerklärung heißt es: „Die Konferenz war eine wichtige Weiterführung der wachsenden Aktivität der europäischen Jugendbewegung während der letzten Jahre in Fragen, die die Sicherheit auf unserem Kontinent betreffen; gleichzeitig war die Konferenz ein neuer Schritt zu einer festeren und tieferen Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Jugendorganisationen Europas.“

Ein finnischer Liberaler machte in seinem Diskussionsbeitrag unmißverständlich die Richtung dieses Kongresses klar: „Wir müssen erkennen, daß die Frage der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit eine Frage von Krieg und Frieden ist. Jeder Versuch, diese Konferenz dazu zu benutzen, sich in die inneren Angelegenheiten eines Staates einzumischen, widerspricht den Prinzipien der friedlichen Koexistenz und widerspricht den elementaren Interessen der Jugend.“ Diese Feststellung ging an die Adresse der Vertreter konservativer Verbände, vornehmlich an die Junge Union, die dem Kongreß einen antikommunistischen Stempel aufzudrücken versuchten. Dazu der Finne mit Nachdruck: „Die Konservativen sollten lieber dafür ein treten, daß die Staaten mit kapitalistischer Gesellschaftsordnung die völkerrechtliche Anerkennung der DDR nicht länger hintertreiben und sie die Grenzen, die als Ergebnis des 2. Weltkrieges entstanden sind, anerkennen. Nur das kann der Beitrag der Jugend sein. Dabei müssen wir klar erkennen, daß nur das vereinte Handeln von Liberalen, Christen, Sozialisten und Kommunisten der sichere Garant für den Erfolg ist, denn noch immer versuchen die kalten Krieger und ihre Hintermänner, die großen Rüstungsmonopole, diesen Prozeß mit allen Mitteln zu verhindern.“ Nach viertägigen Diskussionen in Plenarsitzungen und Arbeitskreisen zu den Themen „Frieden und Sicherheit in Europa“, „Ökonomische, kulturelle und soziale Aspekte der europäischen Zusammenarbeit“ und „Aktionen der Jugend für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ wurde ein Abschlußdokument verabschiedet, das die wesentlichen Voraussetzungen und Bemühungen der Sicherheit in Europa zusammenfaßt:

- Die positive Bewertung der Abkommen von Moskau und Warschau und des Viermächteabkommens über West-Berlin.
- Die Anerkennung der territorialen Realitäten.
- Die Unverletzbarkeit der existierenden Grenzen und Staaten, wie sie als Ergebnis des 2. Weltkrieges entstanden sind.
- Den Verzicht auf Anwendung und Androhung von Gewalt zwischen den Staaten.

— Die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Achtung der nationalen Souveränität, Unabhängigkeit und Gleichheit zwischen allen europäischen Staaten sowie der demokratischen Rechte, der friedlichen Koexistenz und guten nachbarlichen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten.

Die Schlußresolution wurde in leidenschaftlichen und intensiven Diskussionen erarbeitet. Aus der Bundesrepublik nahmen daran teil die Gewerkschaftsjugend, die Jungsozialisten, die Jungdemokraten, die DAG-Jugend, die Falken, die Esperanto-Jugend, die Naturfreunde-Jugend, der Sozialdemokratische Hochschulbund, der MSB Spartakus, der Verband deutscher Studentenschaften, die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend und die Junge Union. Die CDU-Jugendfunktionäre machten dabei nicht wenige Versuche, die in der Resolution aufgezeigte Richtung zu verändern und der Konferenz eine Debatte in ihrem Sinn aufzuzwingen. Sie brachten es fertig, über die „Freizügigkeit von Ideen und Personen über alle Grenzen hinweg“ zu reden, aber sich über die Anerkennung eben dieser Grenzen hinwegzuturnen; dies mündete in der Feststellung, daß für sie die DDR niemals volle völkerrechtliche Souveränität besitzen könne; dazu weigerten sie sich, gegen den Faschismus in Europa aufzutreten und gefielen sich dafür in antikommunistischen Tiraden.

Die Antwort kam unter anderem auch aus dem konservativen Lager. Eine junge holländische Konservative erklärte, der Antikommunismus könne nicht die Basis der Verständigung der Jugend sein, und rief zum Studium der Verhältnisse in den sozialistischen Ländern auf.

Die Jugendlichen, die sich mit leidenschaftlichem Engagement mit dem Kampf der indochinesischen Völker gegen die Aggression der USA und für Freiheit solidarisierten, appellierten im Schluskommuqué an die Jugend unseres Kontinents: „Der Kampf der Jugend für Frieden und Sicherheit ist eng verbunden mit dem Kampf der Völker für die demokratischen und Menschenrechte, besonders gegen faschistische Regime in Spanien, Griechenland und Portugal und gegen ähnliche Kräfte in anderen europäischen Ländern. Die Konferenz verurteilt den

Kolonialkrieg, der von Portugal auf afrikanischem Territorium geführt wird. Es gibt Besorgnis über die wachsende Kontrolle des Militärs über das politische Leben in der Türkei. Die Konferenz drückt ihre große Besorgnis über die Schwere der Lage in Nordirland aus und unterstützt das irische Volk bei seiner Suche nach einer gerechten Lösung des Konflikts und bei der Durchführung bedeutender politischer, sozialer und ökonomischer Zielstellungen, die auf der Grundlage demokratischer Einigung erreicht werden.“

Die CDU und die Rentner

Im Zusammenhang mit der Verabschiebung des Rentenreform-Paketes spielt sich die CDU/CSU als „Anwalt der Rentner“ auf. Diese demagogische Rolle fällt ihr um so leichter, als die sozialliberale Koalition in ihrer Sozialpolitik nachweisbar unkonsistent ist, halbe Sachen macht, nicht bereit ist, die vorhandenen finanziellen Mittel so umzuverteilen, daß aus dem Riesentopf der „Verteidigungsausgaben“ das entnommen wird, was in der BDR, um hier die vielbeschworene „Qualität des Lebens“ zu verbessern, ausgegeben werden muß, um die allerdringendsten Verbesserungen der Infrastruktur, des Bildungswesens und nicht zuletzt der Lebenslage der Rentner zu erreichen. Es zeugt von kaum noch zu überbietendem Zynismus, wenn die CDU/CSU jetzt so tut, als sei sie es, welche berufen ist, die Interessen der Rentner wahrzunehmen. Sie hatte in der Regierung 20 Jahre lang die Möglichkeit, das Los der Rentner, der alten Menschen überhaupt, zu verbessern. Was hat sie da getan? Unter dem Kabinett Adenauer unterblieb die Anpassung der Renten 1958 ganz, d. h. einen Gesetzesentwurf um 6,1 Prozent ab 1. 1. 1958 legte die damalige Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften gar nicht vor! Das erste Rentenanpassungsgesetz verabschiedete das Kabinett Adenauer am 15. 10. 58. Es sah vor, die Renten mit einjähriger (!) Verspätung ab 1. 1. 1959 um 6,1 Prozent zu erhöhen. 1967 forderte die Regierung der Großen Koalition, forderte deren CDU-Bundesminister Katzer eine Kürzung der Renten um 4 Prozent durch einen Beitrag der Rentner zur Krankenversicherung. Nur die allgemeine Empörung gegen diesen Anschlag auf die Lebenslage der Rentner erreichte eine Herabsetzung dieses Abzugs auf 2 Prozent der jeweiligen Rentenbeträge. Auf Antrag der CDU/CSU wurden die Bundeszuschüsse für die Altersrenten gestrichen. Die Altersrenten werden seit 1957 allein aus den bezahlten Beiträgen finanziert. — So sieht die CDU/CSU-Sozialpolitik in Wirklichkeit aus!

Den Weg zum Sozialismus öffnen

Was die rechten Führer der Sozialdemokratie in der BRD für immer und ewig ausschließen möchten, was ihnen offensichtlich mehr Sorge bereitet als eine Rückkehr der CDU in die Regierung und was sie mit der Disziplinierung von Parteimitgliedern bis hin zum Ausschluß bekämpfen – das ist in Frankreich Wirk-

Diese Zusammenarbeit reicht weiter als alles, was es bisher in einem westlichen hochindustrialisierten Land an gemeinsamen Aktionen hier und dort gegeben hat. Die Führungsorgane der Sozialistischen Partei (SP) und der Französischen Kommunistischen Partei (FKP) legten am 27. Juni 1972 ein gemeinsames Regierungsprogramm vor, das beide Parteien, bei Wahrung ihrer Selbständigkeit, auf konkrete Maßnahmen, die im Programm Punkt für Punkt festgelegt sind, verpflichtet; Maßnahmen, die tiefen Veränderungen im politischen, ökonomischen und sozialen Leben Frankreichs bewirken.

Voraussetzungen für die „Union Populaire“

Der damit erzielte Erfolg ist vor allem dem entschiedenen Kampf der Kommunisten für die Einheit der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte zuzuschreiben. Die Politik vieler sozialistischer und sozialdemokratischer Gruppen und Parteien lief in den vergangenen zwei Jahrzehnten sehr oft auf ein Paktieren mit der Rechten hinaus. Diese Parteien, auch die SP, mußten mit dem Scheitern dieser Politik auch ein Schwinden ihres Einflusses in der Arbeiterklasse hinnehmen, was nicht unerheblich zur allmählichen Umorientierung der SP auf ein Bündnis mit den Kommunisten beitrug. Somit ist das Zustandekommen des gemeinsamen Programms auch ein Verdienst jener sozialistischen Kräfte außerhalb der Kommunistischen Partei, die bereits im Kampf gegen den Faschismus die Aktionseinheit mit den Kommunisten praktiziert haben, die auch noch nach der Zerschlagung des Faschismus das gemeinsame Handeln von Sozialisten und Kommunisten betrieben haben. Das negative Gegenbild dazu lieferte bekanntlich die westdeutsche Sozialdemokratie unter Kurt Schumacher, die trotz der Erfahrung des Faschismus schon kurz nach Kriegsende mit eben jener Bourgeoisie zusammenarbeitete, die die Katastrophe verursacht hatte.

Letztlich entscheidend war die Entwicklung der ökonomischen und sozialen Bedingungen, unter denen das französische Volk lebt. Verschärfte Ausbeutung, Verschlechterung der Lebensverhältnisse nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch anderer sozialer Schichten schufen die objektiven Voraussetzungen der „Volkseinheit“ (union populaire). „Die Volkseinheit ist die Einigung aller sozialen Schichten, die die Opfer des Großkapitals und seiner Politik sind.“ (Georges

Marchais).

lichkeit geworden: die enge Zusammenarbeit von Sozialisten und Kommunisten mit dem erklärten Ziel, der Herrschaft des Monopolkapitals ein Ende zu setzen und den Weg in Richtung Sozialismus zu beschreiten.

Marchais). Die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse zeigte sich im Mai/Juni 1968, sie zeigt sich in großen Streikaktionen bis zum heutigen Tag. Ausdruck davon ist die Stärkung des Gewerkschaftsverbandes CGT und vor allem die wachsende Verankerung der Kommunistischen Partei in der Arbeiterklasse und anderen Schichten. Diese gewachsene Stärke der FKP war in der Tat die Vorbedingung des gemeinsamen Regierungsprogramms. Den letzten Anstoß gab ein im Oktober 1971 von der FKP vorgelegtes „Programm für eine demokratische Regierung der Volksseinheit“. Innerhalb weniger Monate wurden über 1 Million Exemplare des 240 (!) Seiten umfassenden Programms verkauft. Als im März 1972 FKP und SP die Verhandlungen aufnahmen, war das von der FKP vorgelegte Programm bereits in unzähligen örtlichen Diskussionsveranstaltungen mit der Bevölkerung erörtert worden. Die darin enthaltenen Ideen waren bereits bei den Massen populär. Das nun vorliegende gemeinsame Regierungsprogramm von SP und FKP folgt in allen wesentlichen Punkten dem von den Kommunisten unterbreiteten Vorschlag.

„Besser leben, das Leben ändern“

An erster Stelle des Programms steht unter dem Titel „Besser leben, das Leben

ändern“ ein umfangreicher und detaillierter Plan von Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der arbeitenden Bevölkerung. Er reicht von drastischen Lohnerhöhungen bis zu einer grundlegenden Reform des Bildungswesens. Zu letzterem heißt es im Programm: „Der Kampf gegen die Bildungsschranken hat unbedingten Vorrang.“ Zum Hochschulwesen heißt es: „Die Regierung wird zu Beginn ihrer Amtszeit die notwendigen Maßnahmen treffen, damit die Universitäten eine autonome und echt demokratische Verwaltung erhalten...“ Und: „Die Studenten erhalten auf allen Ebenen ein Mitspracherecht bei den Entscheidungen.“

Gleich am Tag nach der Veröffentlichung des Programms kamen die Unheilrufe der Reaktion: „Das wird der Ruin unserer Wirtschaft sein!“ Hier aber zeigt sich der realistische und zugleich in die sozialistische Zukunft weisende Charakter des Programms am deutlichsten, ganz im Unterschied zu den diversen „Reform“versprechungen bürgerlichen Parteien. „Unsere Wirtschaft“, das sind die von der arbeitenden Bevölkerung geschaffenen Werte, sie werden aber vom Großkapital angeeignet, steht unmißverständlich im Programm. Hier sind grundlegende Veränderungen notwendig. Und das Programm zählt sie detailliert auf: Gleich mit Beginn der Legislaturperiode werden der Bank- und Finanzsektor verstaatlicht.



Nach siebeneinhalbstündigen Verhandlungen einigten sich Frankreichs Sozialisten unter Führung ihres Generalsekretärs und ehemaligen Präsidentschaftskandidaten François Mitterand (rechts) und die Kommunistische Partei Frankreichs auf ein gemeinsames Regierungsprogramm. Links der Generalsekretär der KPF, Georges Marchais.

Es folgen die Industriekonzerne im Bereich der Bodenschätze, Rüstungsindustrie, Raumfahrtindustrie und Flugzeugbau, Atomindustrie, pharmazeutische Industrie (in ihrer Gesamtheit) sowie der elektronischen und chemischen Industrie (zum überwiegenden Teil). Die betroffenen Konzerne sind namentlich aufgeführt.

„Noch nicht die Einführung des Sozialismus“

Dieses Regierungsprogramm ist etwas gänzlich anderes als ein „Wahlprogramm“, wie es bei bürgerlichen Parteien üblich ist: es soll nicht den Wählern als Köder vorgesetzt werden, um nach der Wahl wieder vergessen zu werden, sondern es soll, ansetzend an den Massenaktionen der Gegenwart, die arbeitende Bevölkerung zum eigenen, zielgerichteten Kampf um ihre Interessen einigen, sie zur massenhaften Aktion für eine Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse befähigen. Das bleibt nicht Proklamation, sondern schlägt sich nieder in den vorgesehenen Maßnahmen zur Beteiligung der Arbeiter am Entscheidungsprozeß der Produktion. Betriebsräte und Betriebsgewerkschaftsgruppen erhalten Einblick in sämtliche Belange der Produktion und Verwaltung ihres Be-

triebes. Damit das keine folgenlose Fiktion bleibt, verfügen die Betriebsräte und Betriebsgewerkschaftsgruppen über das Recht und die Möglichkeit, die Belegschaft innerhalb des Betriebes zusammenzurufen. Dazu steht im Monat eine Stunde bezahlte Arbeitszeit zur Verfügung.“ Damit ist ein entscheidender Einbruch in das kapitalistische Geschäftsgeheimnis und das Verbot der politischen Tätigkeit im Betrieb und während der Arbeitszeit erzielt.

„Die staatlichen Unternehmen, die über eine weitgehende Unabhängigkeit in der Verwaltung verfügen, berücksichtigen bei ihrer Tätigkeit die Zielsetzungen der staatlichen Planung.“ Damit wird das Chaos der kapitalistischen Produktionsweise, das auch der staatsmonopolistische Kapitalismus nicht aufheben konnte, tendenziell beseitigt, aber auch eine Absage an verschiedene „linke“ Vorstellungen der „Selbstverwaltung“ ohne zentrale Planung erteilt.

Das Regierungsprogramm von FKP und SP kündigt eine entscheidende Phase des antimonopolistischen Kampfes an, in der zwar der größere Teil der Produktionsmittel noch in privaten Händen bleibt, jedoch die mächtigsten Monopole in die Verfügungsgewalt des Staates übergehen. Die Staatsgewalt ist noch nicht vollständig in Händen der Arbeiterklasse.

Das Stichwort „union populaire“ bezeichnet die nicht unerhebliche Beteiligung nichtproletarischer Schichten an der Regierungsgewalt. Dazu sagt Georges Marchais: „Es genügt, das gemeinsame Programm zu lesen, um festzustellen, daß seine Verwirklichung nicht die Einführung des Sozialismus in Frankreich bedeutet. Wir sagen dies nicht, um die Gegner des Sozialismus zu „beruhigen“, sondern weil wir im Gegenteil bestrebt sind, daß nichts die Idee des Sozialismus und ihren revolutionären Inhalt verringert, herabsetzt und verwässert.“ „Kurz gesagt, es wird eine Demokratie fortschrittlichen, wirtschaftlichen und sozialen Inhalts, deren Errichtung und immer weitergehende Verbesserung ein Erfolg des Programms gestalten würde, eine Art des Übergangs zum Sozialismus darstellen. Mit der Annahme dieses gemeinsamen Regierungsprogramms haben wir also keinesfalls auf unseren revolutionären Kampf für den Sozialismus verzichtet.“

Das Regierungsprogramm beschreibt erstmals bis ins Detail die Aufgaben, die das antimonopolistische Bündnis im Kampf um eine fortgeschrittene Demokratie, zur Offnung des Weges zum Sozialismus zu erfüllen hat. Dazu gehören auch eine Außenpolitik der Friedlichen Koexistenz und enge Verbindungen zu den sozialistischen Ländern. Daß es zu-

Auf ein Schreiben des Generalsekretärs der Sozialistischen Partei in Frankreich, François Mitterand, hat der Botschafter der UdSSR in Frankreich, P. Abrassimow, mit einem Brief geantwortet, der am 31. August an die Presse übergeben worden ist. Westdeutsche Zeitungen haben dieses Brief in Brüderstücken, entstellt, mit neuen antikommunistischen Verzerrungen und nicht im Wortlaut wiedergegeben. Die UZ veröffentlichten den vollen Wortlaut des Briefes in einer nichtautorisierten Übersetzung.

Werner Herr Generalsekretär

Ich darf Ihnen sagen, daß mich Ihr Brief vom 25. August dieses Jahres erstaunt hat. Sie beziehen sich darin auf eine „Information, deren Echtheit nicht anzweifeln ist“. Wir hätten erwartet, daß Sie, wenn Sie Fragen bezüglich der Sowjetunion haben, sich in erster Linie an unsere Botschaft wenden würden, um die nötigen Erklärungen zu erhalten, bevor Sie öffentliche Angriffe an die Adresse der Sowjetunion richten.

Kommen wir jetzt zum Kern der Sache. Ich möchte zuerst noch den Vorbehalt formulieren, daß es sich um unsere inneren Angelegenheiten handelt und daß ich infolgedessen Ihren Brief ohne Antwort lassen könnte. Aber in Anbetracht des Lärms und der Propaganda im Westen um diese Frage möchte ich Ihnen folgendes mitteilen:

Sie sprechen, Herr Generalsekretär, von neuen diskriminierenden Maßnahmen gegen sowjetische Bürger jüdischer Nationalität. Ich muß Ihnen sogleich erklären, daß Ihre „authentische Information“ sie getrogen hat. Es handelt sich in Wirklichkeit darum, daß eine neue Regelung der Ausreise ins Ausland in der Sowjetunion eingeführt wurde, die die absolute gleichheit für alle Sowjetbürgern, unabhängig von ihrer Nationalität, anstrebt. Entsprechend dieser Regelung müssen Personen, die sich ins Ausland begeben, um sich dort endgültig niederzulassen, die Auslagen zurückzuerstatten; die der Staat verursacht hat, um Ihnen eine Hochschulbildung (exakt: Hochschulbildung, nicht Oberschulbildung) oder eine andere Fachausbildung, bzw. eine höhere Spezialisierung oder einen wissenschaftlichen Grad zu ermöglichen. Die Behauptung der uns feindlich gesinnten Propaganda, daß diese Maßnahmen einen diskriminierenden Charakter gegenüber den Bürgern jüdischer Nationalität habe und eine Verleugnung der Deklaration der Menschenrechte bedeute, ist also eine verleumderische Erfindung. Leider sind Ihre Ausführungen ein Wiederhall der Angiffe zionistischer Kreise gegen die Sowjetunion, denen die Interessen der Bürger jüdischer Nationalität zufolge fremd sind.

Im Gegensatz zu einer großen Zahl westlicher Länder ist in der

Botschafter P. Abrassimow antwortet François Mitterand

Zum Recht der Staaten, sich gegen die „Auswanderung des Geistes“ zu schützen

UdSSR jede Art Ausbildung kostenlos (inbegriffen die Hochschulbildung, die Benutzung von Laboratorien, die Vorbereitung von Examen unter Beteiligung bedeutender Wissenschaftler usw.). Mehr noch, die Studenten und Assistenten erhalten staatliche Stipendien. Da wir gewaltige Summen für die Ausbildung von hochqualifizierten Spezialisten für unsere Wirtschaft, für die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts einsetzen, für die Entwicklung der Wissenschaft und Kultur aufgegeben haben, wir natürlich das Recht darauf zu rechtfertigen, daß diese Spezialisten die Kenntnisse, die sie erworben haben, für das Wohl ihres Heimatlandes einsetzen.

Der Staat hat das Recht, Maßnahmen zu ergreifen, um die Spezialisten, die für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft, der Wissenschaft und Kultur notwendig sind, zu erhalten. Das entspricht dem Geist der Resolution der 16. Generalkonferenz der UNESCO (Nr. 1

ferenz der UNESCO hat die Mitgliedschaft aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Ermutigung von Wissenschaftlern zur Verlassen ihres Landes einzuschränken.

Es ist bekannt, daß nicht nur die UdSSR, sondern auch viele andere Länder Fragen bezüglich dessen, was man „die Auswanderung des Geistes“ nennt, aufzuwerfen und bei sich in Haue lösen. Soviel man weiß, wird in Frankreich eine Richtlinie angewandt, wonach Personen, die ihr Studium an einer Hochschule oder an einer staatlichen Einrichtung von nationaler Bedeutung beendet haben, angehalten sind, mehrere Jahre (bis zu 10 Jahren) an einer vom Staat festgelegten Stelle zu arbeiten, und bei vorzeitigem Verlassen dieser Arbeitsstelle die Ausgaben für die Ausbildung an den Staat zurückzuzahlen.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit hoch auf einen weiteren Umstand lenken. Nicht die sowjetische Regierung sondern Sie, Herr Generalsekretär, sind es der verschütt, die Sowjetunion künstlich nach nationalen Kriterien aufzuteilen. In den 50 Jahren, seitdem die Sowjetunion besteht, ist es für uns zur Gewohnheit geworden, alle Bewohner der Union und der sozialistischen Sowjetrepubliken in erster Linie als Sowjetbürger zu betrachten, die unabhängig von ihrer Nationalität gleiche Rechte und gleiche Pflichten besitzen. Ich selbst bin belo-russischer Nationalität, und wenn ein Fremder, den ich nicht kenne, mich bei der ersten Begegnung fragen würde, wer ich bin, würde ich antworten: „Ein Sowjetbürger“. Aus welchem Grund unterscheiden Sie so sorgfältig, und sogar in so harten Wörtern, die Sowjetbürger von der gemeinsamen Familie der Sowjetbürger, aus welchem Grund versuchen Sie, diese in eine Ausnahmesituation, ich möchte fast sagen, der „Sonderrechte“ zu drängen? Unsre Verfassung hat die völlige Gleichheit der Rechte aller Bürger der UdSSR, unabhängig von ihrer Nationalität und Rasse, eingeführt. Artikel 123 der Verfassung besagt ausdrücklich: „Jedem wie immer geartete direkte oder indirekte Beschränkung der Rechte oder, umgekehrt, einer Feilegung direkter oder indirekter Bevorzugungen von Bürgern mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu einer Rasse und Nationalität, ebenso wie jegliche Propagierung einer rassismatischen oder nationalen Euknäthe oder eines Rassen- oder Nationalitätenhasses“

und der Mißachtung einer Rasse oder einer Nationalität werden ge- setztlich geahndet.“

Da Sie die Lage der Juden in der Sowjetunion auf dem Gebiet der Bildung, einschließlich der Hochschulbildung, angesprochen haben, möchte ich einige Zahlen nennen, die veröffentlicht wurden, die aber von der uns freigehaltenen Propaganda beharrlich verschwiegen werden.

In der UdSSR haben die Bürger aller Nationalitäten das Recht auf Hochschulbildung. Im Schuljahr 1971/72 zählte man in den höheren Bildungseinrichtungen der Sowjetunion:

Russen: 2 700 000 Studenten bei einer Gesamtbewölkung von 129 000 000 Einwohnern;

Ukrainer: 631 000 Studenten bei einer Gesamtbewölkung von 40 700 000;

Belo-Russen: 130 000 Studenten bei einer Gesamtbewölkung von 9 000 000 Einwohnern;

Usbeken: 150 000 Studenten bei einer Gesamtbewölkung von 9 000 000 Einwohnern;

Juden: 105 000 Studenten bei einer Gesamtbewölkung von 2 200 000 Einwohnern;

Armenier: 81 000 Studenten bei einer Gesamtbewölkung von 3 500 000 Einwohnern;

Letten: 21 000 Studenten bei einer Gesamtbewölkung von 1 400 000 Einwohnern.

Demzufolge kommt ein russischer Student auf 47 000 Einwohner, ein ukrainischer Student auf 65 000 Einwohner der Ukraine, ein belo-russischer Einwohner auf 69 000 belo-russische Einwohner, ein jüdischer Student auf 21 000 jüdische Einwohner. Folglich ist der Anteil der Juden in den höheren Lehranstalten zwei bis dreimal höher als der der Russen, Ukrainer oder der belo-Russen. Warum sprechen Sie nicht von einer „Diskriminierung“ der Russen, der Ukrainer oder der belo-Russen?

Diese Zahlen sind sehr aufschlußreich. Sie zeigen, daß es bei uns keinerlei Diskriminierung bezüglich der Juden gibt, daß in der Sowjetunion eine echte Gleichberechtigung aller Nationalitäten vorhanden ist. So entsteht Ihre Erklärung, die in solcher Art und Rasse, eingeführt wurde, ohne den Schatten eines Versuches, die wirklichen Gegebenheiten aufzuklären, die bestehende Lage in der Sowjetunion, und, da sie in einem feindlichen Ton abgefaßt ist,

um eine Lügenkampagne“, sage Gustav Husak, „denn wir haben niemanden verurteilt, wir verurteilen niemanden und werden auch niemanden verurteilen wegen politischer Meinungen, für Ansichten von 1968-1969. Aber wir wenden die Gesetze mit aller Schärfe gegen jene an, die unsere Gesetze verletzen. Wir haben die antizionistischen und revisionistischen Kräfte in der Tschechoslowakei mit politischen Mitteln besiegt. Aber wir dies als Zeichen der Schwäche betrachten und glaubt, daß alles erlaubt sei, der Wirklichkeit entsprechend, als auch hinsichtlich der Form, als auch hinsichtlich der Binnensicht in die inneren Angelegenheiten der UdSSR.“

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit ebenfalls auf die tendenziöse Art und Weise lenken, in der Sie eine andere Frage behandeln – die Beziehung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Tschechoslowakei. Sie begannen Ihre Pressekonferenz vom 21. August mit der Behauptung von einer angeblichen „Sowjetischen Intervention“ in der Tschechoslowakei im Jahre 1968. Die tschechoslowakische Propaganda selbst verzichtete allmählich auf diese offizielle Wahrheit, die sie ihrer Unabhängigkeit beigefügt. Ich möchte Sie diesbezüglich an den jüngsten Artikel der Zeitung „Le Monde“ mit der Überschrift „Geburtsstag“ erinnern, in dem zu Recht unterstrichen wurde, daß die Sowjetbirte für die Wiederherstellung des tschechoslowakischen Staates zuviel Blut vergossen haben, als daß sie sich auf eine solche Wahrheit beziehen könnten, daß 1968 eigentlich an 1938 erinnern könnte. Dieser Artikel zeigt gleichzeitig, daß der Laien, der die tschechoslowakische Propaganda bestimmt ist, die Aufmerksamkeit davon ablenken, was in anderen Gebieten der Welt vorgeht, haben, als daß sie sich auf eine solche Wahrheit beziehen könnten, daß 1968 eigentlich an 1938 erinnern könnte. Dieser Artikel zeigt gleichzeitig, daß der Laien, der die tschechoslowakische Propaganda bestimmt ist, die Aufmerksamkeit davon ablenken, was in anderen Gebieten der Welt vorgeht, haben, insbesondere in Vietnam.

In dem Maße, wie sich die Lage in der UdSSR normalisiert, zeigt sich der positive Charakter der von den sozialistischen Brüderländern unternommenen Hilfeaktionen zur Verstärkung der sozialistischen Ideale in der UdSSR im Jahre 1968 immer deutlicher. Der 14. Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei hat diese Hilfe als einen Akt der internationalen Solidarität charakterisiert. Die Bevölkerung, mit der Sie versuchen, in dieser Frage antisowjetische Gefühle anzufachen, kann nur unser Erstaunen herverrufen.

Ich möchte Ihnen sagen, daß ich seit Montag, den 28.8., mehrmals versucht habe, telefonisch mit Ihnen Kontakt aufzunehmen, um Sie zu treffen und eine Unterredung über diese Frage zu haben. Leider waren meine Versuche vergebens. In Anbetracht der Tatsache, daß Sie, Herr Generalsekretär, Ihre Erklärung veröffentlicht haben, bin ich gezwungen, wie Sie verstehen werden, meine Antwort der Presse mitzuteilen, um gewissen Kreisen, die Sie gut kennen, keine Möglichkeit der Spekulation über diese Frage zu geben.

Mit dem Ausdruck meiner Hochachtung,

P. Abrassimow,
Botschafter der UdSSR in Frankreich



P. Abrassimow Foto: dpa

342/1970), die eindeutig unterstrich, daß die Entwicklung der höheren Bildung und ihre qualitative Verbesserung in den verschiedenen Ländern „nicht vereinbar sind mit der Auswanderung wissenschaftlicher Fachkräfte, die sich daraus ergibt, daß Wissenschaftler emigriert sind, um ihrer Land zu verlassen oder nicht mehr dorthin zurückzukehren“. Diese Generalkon-

standekam, hängt sehr wesentlich mit der Veränderung des Kräfteverhältnisses auf internationaler Ebene zu Gunsten des Sozialismus zusammen. Es wird seinerseits diese Entwicklung in Westeuropa beschleunigen und erheblichen Einfluß auch auf die Herausbildung der Einheit aller demokratischen Kräfte in der BRD ausüben. Keiner wird mehr sagen können, Sozialdemokraten und Kommunisten könnten keine gemeinsame Politik betreiben.

Attacke der Bourgeoisie

Die bisherige Reaktion der rechten und zentristischen Kreise weist darauf hin, wie das bürgerliche Lager auf propagandistischer Ebene gegen die sich abzeichnende „Volksfront“ vorgehen wird. An erster Stelle steht eine erneute Verschärfung der antikommunistischen Propaganda, die darauf abzielt, bei Sozialisten und anderen Demokraten das Mißtrauen gegen die Kommunisten neu zu beleben und so die erreichte Aktionseinheit und ihre Weiterentwicklung zu stören. J.-J. Servan-Schreiber, Chef der Radikalen Partei, verurteilte scharf die, wie er sagte, Einwilligung der Sozialisten in das „Diktat von Georges Marchais (Stellvertretender Generalsekretär der KPF)“.

Klar läßt sich hier die Funktion erkennen, die der Antikommunismus für das Lager der Reaktion spielt: er soll den entschlossenen Kampf der werktätigen Massen für ihre sozialen und politischen Interessen von vornherein verhindern. Als bereits am 12. 7. 72 die linke, zu Servan-Schreibers oppositionelle Fraktion der Radikalen Partei nach Ausarbeitung eines Zusatzdokuments dem Gemeinsamen Programm beitrat, zeigte sich jedoch, daß die Waffe des Antikommunismus stumpfer geworden ist.

Die zweite Variante der Abwehrreaktion liegt in einer Welle von sozialen Versprechungen der Regierung Messmer. Sie verspricht, teilweise abgeschwächt, Einzemaßnahmen aus dem sozialpolitischen Teil des Gemeinsamen Programms, um seine Attraktivität unter den Massen zu verringern. Dabei handelt es sich um reine Demagogie, denn keine Regierung kann die im Programm vorgesehenen Maßnahmen durchführen, ohne gleichzeitig durch die Nationalisierung der wichti-

gisten Finanz- und Industrieunternehmen die materiellen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Das erste Echo aus den Reihen derjenigen, für die das Programm entworfen ist, liegen bereits vor. Der größte Gewerkschaftsverband Frankreichs, die CGT, hat das Abkommen zwischen KPF und SP als ein „Ereignis von beispielloser Bedeutung für die gesamte Arbeiterbewegung unseres Landes“ bezeichnet, für das sie kämpfen werden. Die „Bewegung zur Verteidigung der bürgerlichen Familienbetriebe“ (MODF) hat ebenfalls positiv über das Programm geurteilt.

Davon, ob die Massen der arbeitenden Bevölkerung das Gemeinsame Programm zu ihrem Programm machen und dafür eine Volksbewegung entfalten werden, hängt es ab, ob dem Regime der Fünften Republik ein Ende bereitet wird und auf der Grundlage tiefgreifender demokratischer Umwälzungen der Weg Frankreichs in eine Sozialistische Zukunft freigekämpft werden kann.

Literaturhinweise:

— Werner Goldschmidt, Das gemeinsame Programm der französischen Linken, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/72.

— Gemeinsames Regierungsprogramm von FKP und SP, Marxistisches Taschenbuch, Verlag Marxistische Blätter, Ffm 1972 (Übersetzung der frz. Originalausgabe).

— Peter, Lothar: Klassenkämpfe in Frankreich heute. Verlag Marxistische Blätter.

— „Sozialistische Politik“ (SOPO) Nr. 16, 18 u. 19 (Aufsätze von Paul Boccardo)



Die Studentenorganisation der KPF, die U.E.C.F., ist an den Hochschulen fest verankert. Unser Bild zeigt einen Verkaufsstand ihrer Zeitung, der „Clarté“.

Die Zeitung der Arbeiter gegen die Millionäre

Dahinter steckt Erfahrung. Dahinter steckt die marxistische Arbeiterpartei, die DKP. In jeder Nummer der UZ: die Konzernpolitik wird entlarvt, die Situation an Schulen und Hochschulen wird durchleuchtet. Und was genau so wichtig ist: Anleitung zum Handeln für den gesellschaftlichen Fortschritt. Jede Woche.

UZ
Unsere Zeit
Zeitung der DKP



Hiermit bestelle ich die UZ – Unsere Zeit – für ein Jahr zum vierteljährlichen Bezugspreis von DM 6,50



Bitte schicken Sie mir Probeexemplare

Unterschrift _____

Name _____

Wohnort _____

Straße _____

Absenden an:

Dr. Wenzel Verlag GmbH
4100 Duisburg-Beeck
Pothmannstraße 12

Die weiße Herrschaft wird fallen

Seit im Gefolge der Großen sozialistischen Oktoberrevolution die Frage der nationalen Befreiung zunehmende Bedeutung im internationalen Klassenkampf gewann, haben Befreiungsbewegungen unterschiedlichen Charakters den Kolonialismus auf territorial gesehen geringe Restgebiete zurückgedrängt.

Zusammen mit den von weißen Minderheiten beherrschten Staaten Republik Südafrika (RSA) und Rhodesien (das die Befreiungsbewegung Zimbabwe nennt) bilden sie einen massiven rassistischen Block im Süden Afrikas, der, unter der Hegemonie der ihrerseits imperialistischen RSA stehend, eines der letzten größeren Territorien ist, in dem die nationale Befreiungsbewegung noch nicht gesiegt hat. Er ist zugleich eine ständige Bedrohung der nationalen Souveränität der umliegenden afrikanischen Staaten, vor allem derer, die sich durch Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegungen auszeichnen, wie Zambia und Tanzania. Vor allem das RSA-Kapital betreibt neben zahlreichen internationalen Monopolgruppen die ökonomische Ausbeutung dieser Hemisphäre. Dabei bedient sich die RSA ihres gewaltigen Potentials, um sowohl die ökonomische wie außerökonomische Herrschaft in diesem Kontinentteil zu festigen und auszubauen. Ihre Strategie zielt neben der Schaffung einer Art "Südafrikanischen Common Market" (SACOM) auf ein entsprechendes Militärbündnis zwischen RSA, Portugal und Rhodesien, dessen Anschluß an die NATO wird beiderseitig erwogen.

Riesenprofite

Investitionen von Konzernen vor allem aus Großbritannien (in der RSA und Rhodesien zumal), den USA, der BRD und anderen imperialistischen Staaten in dieser Region schaffen ein enges Interesse dieser Regierungen an der Fortexistenz der bestehenden Herrschaft im Interesse der jeweiligen Monopolgruppen. Die Profitabilität der getätigten Investitionen basiert auf der extremen Ausbeutung der unterdrückten und zu Hungerlöhnen beschäftigten afrikanischen Bevölkerung, von der auch die weiße Arbeitersklasse in Form eines hohen Lebensstandards profitiert — mit den entsprechenden Bewußtseinsresultaten.

War zu Beginn der sechziger Jahre in den meisten afrikanischen Ländern die erste Phase des Unabhängigkeitskampfes — die politische — erfolgreich beendet (wiewohl sie durch die Vertiefung der neokolonialistischen Ausbeutung konterkariert wurde), so vermochten die herrschenden Klassen in Portugal, dem südlichen Teil der einstigen Zentralafrikanischen Föderation, Rhodesien, und der RSA ihre Macht mit Unterstützung der imperialistischen Mächte zu behaupten. Die Diskrepanz bezüglich des politischen Status der unterdrückten Völker verschärft sich durch die soziale Situation. Vor diesem

Zu diesen gehört vor allem das portugiesische Kolonialreich, heute das mit Abstand größte: Angola und Mozambique sowie das westafrikanische Guinea (Bissau) bilden (neben solchen Kleinkolonien wie der Insel Timor) seine Kerngebiete.

Hintergrund begannen etwa um die Wende der fünfziger zu den sechziger Jahren die Befreiungsbewegungen in den genannten Gebieten ihren Kampf bzw. verstärkten ihn.

Im wesentlichen Unterschied zur RSA insbesondere, wo es seit 1921 eine Kommunistische Partei gibt (SACP), sowie eine Bürgerrechtsbewegung, den African National Congress (ANC), bildeten sich in den portugiesischen Kolonien, die Lissabon als "Übergangsgebiete" verfassungsrechtlich vereinbart hat, (eine in der BRD zumindest von CDU/CSU übernommene Sprachregelung) Organisationen gegen koloniale Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung, vor allem parallel zu denjenigen in den übrigen afrikanischen Kolonien heraus, also etwa seit den vierziger Jahren. Verstärkte Aktivität entfalteten in den späten fünfziger Jahren urbane Intellektuellenzirkel kleinbürgerlicher Herkunft, als absehbar war, daß Portugal — gezwungen durch seine ökonomische Schwäche — nicht entkolonisieren würde. Auslösendes Moment war neben der Frage der Unabhängigkeit die katastrophale Armut und kulturelle Degradierung der afrikanischen Bevölkerung. Da selbst liberale Gruppen von der portugiesischen Administration illegalisiert wurden, arbeiteten diese im Untergrund und entwickelten angesichts der Liquidierung selbst minimaler Reformversuche ihre Zielvorstellungen weiter. Dabei gibt es aufgrund der klassenmäßig

oft heterogenen Zusammensetzung der Bewegungen natürlich auch Schwierigkeiten.

Befreiungsbewegung stabilisiert

Vornehmlich die FRELIMO (Frente de Libertaco de Mozambique), die sich 1962 aus verschiedenen Organisationen in Darressalam (Tanzania) konstituierte und bis zu dessen Ermordung 1969 unter der Führung Eduardo Mondlunes gestanden hatte, ist infolge von internen Stammesdivergenzen und der Breite des Bündnisses Krisen ausgesetzt. Noch 1971 spaltete sich z. B. eine Gruppe ab, die sich FUMO nennt. Andererseits war die FRELIMO bevorzugtes Ziel von Subversion- und Diversionsversuchen seitens der imperialistischen Mächte. Hier tat sich auch die Friedrich-Ebert-Stiftung mit einem Angebot hervor, der FRELIMO Medikamente usw. zu liefern, mit dem Ziel, der sozialdemokratisch bestimmten "Entwicklungspolitik" Einfußmöglichkeiten auf den potentiellen Träger der politischen Macht in einem befreiten Gebiet zu verschaffen. (Bis heute hat die Front von den 1970 versprochenen Mitteln keine erhalten.

Seit dem Massaker portugiesischer Kolonialtruppen in Mueda, wo 1960 500 friedliche Demonstranten ermordet wurden, nahm die Befreiungsbewegung in Mozambique bei allen Rückschlägen einen ra-



Immer wieder kommt es zu Demonstrationen gegen die Apartheid-Politik. Die Polizei der Rassisten schlägt brutal auf die Demonstranten.

schen Aufschwung. Infolge der Unmöglichkeit den Kampf in den zu gut von der Polizei beherrschten Städten mit einem zu schwachen Proletariat aussichtsreich führen zu können, verlegt die FRELIMO das Schwergewicht ihres Kampfes auf das Land und die Bauernklasse als Bündnispartner. Aufklärungskampagnen seit 1962 bereiteten den 1964, nach Konsolidierung dieses Bündnisses, begonnenen bewaffneten Aufstand vor. Mit algerischer Hilfe wurden Milizen zur Verteidigung der im Laufe des Kampfes befreiten Gebiete gebildet. Ebenfalls in Algerien ausgebildet — wie auch angolesische Freiheitskämpfer — wurden die regulären Kampfeinheiten, die den Befreiungskrieg bislang bis zur Baustelle des Cabo-Bassa-Staudamms vorangetrieben haben; 1971 wurde erstmals die strategisch wichtige Linie des Zambeziflusses überschritten. Beide Einheiten stehen unter der politischen Führung der Organisation, deren Hauptprogrammpunkte die politische Organisation (Aufklärung und Propaganda unter der Bevölkerung), der militärische Kampf (unterstützt von Gebieten Zambias und Tanzanias aus), die diplomatische Offensive zur Entlarvung und Isolierung Portugals auf internationaler Ebene sowie Bildungsprogramme sind; letztere dienen primär der Ausbildung der dringend benötigten Kader für die politische und infrastrukturelle Arbeit: Die FRELIMO baut in den befreiten Gebieten mit Schulen, Krankenhäusern und in der Regel genossenschaftsähnlich organisierten Verkaufsstellen und landwirtschaftlichen Betrieben die Infrastruktur des künftig freien Mozambique auf.

Im wesentlichen sehr ähnlich verlief die Entwicklung in Angola, wo heute ebenfalls große Gebiete trotz Massakern der Portugiesen, trotz systematischer Gift- und Bombenkriegsführung, trotz Unterstützung durch die RSA sowie Portugals NATO-Verbündete befreit sind, wenngleich Erfolge in den Städten noch gering sind. (Vielfach wird hier jedoch auf das kubanische Beispiel verwiesen). Die Geschichte der in Angola hauptsächlich führenden MPLA (Movimento Popular de Libertacão de Angola) beginnt offiziell mit dem Zusammenschluß zweier Gruppen zur MPLA 1956. Ebenfalls illegalisiert, wurde 1961 der Befreiungsversuch inhaftierter MPLA-Genossen durch Aufständische zum Signal, während in den Jahren zuvor schon Unruhen und Streiks von Plantagenarbeitern vorausgegangen waren. Von den Städten weg verlagerte sich der Kampf zunächst primär in die an die DR Congo (K) grenzenden nördlichen Provinzen, da der dortige Kampf der Kongovölker unter Patrice Lumumba gegen den belgischen Kolonialismus starken Einfluß auf die angolesischen Nachbarstämme ausübte. Auseinandersetzungen gab es hier mit einer von den USA unterstützten pro-amerikanischen Exilgruppe unter Holden Roberto, der UPA bzw. GRAE. Sie verlor jedoch bald Einfluß gegenüber der unter der Führung Agostinho Netos stehenden MPLA, nicht zuletzt, weil sie tribalistisch sich fast ausschließlich auf einen einzigen Stamm, die Bakongo, stützte und bald als von der CIA zeitweilig unterstützt isoliert war. Nach inneren Auseinandersetzungen in der UPA/GRAE im Frühjahr 1972 sind MPLA und sie inzwischen übereingekommen, den Kampf gemeinsam zu führen, unterstützt vor allem von der VR Kongo

(Brazzaville) und nunmehr auch Zaire, dem ehemaligen Kongo (Kinshasa).

Fanatische Siedler

Gegenwärtig hat sich die MPLA gegen die portugiesische Antiguerrillakriegsführung in fast der Hälfte des Landes durchgesetzt; als erbittertste Gegner erwiesen sich weniger die durch keinerlei direkte Interessen gebundenen portugiesischen Soldaten als vielmehr die Siedler, die fanatischsten Verteidiger der portugiesischen Herrschaft. Auch die MPLA baut in ihren Regionen Bildungs- und Sozialeinrichtungen auf, errichtet Volksläden und kleinere Handwerksbetriebe, intensiviert die Landwirtschaft. Vor allem aber betätigt sich in allen Bereichen die von ihr getragene Gewerkschaftsorganisation UNTA.



Undankbarkeit der Kolonialvölker. „Dabei haben wir soviel für sie getan, zum Beispiel moderne Straßen gebaut . . .“

Stellen Angola und Mocambique vorerst noch die am weitesten fortgeschrittenen Versuche nationaler Befreiung dar, so kamen Emanzipationsbewegungen der unterdrückten Afrikaner in den von weißen Siedlern beherrschten Staaten Rhodesien und Südafrika, einschließlich des annexierten Namibia (Südwestafrika), erst in den letzten Jahren wieder verstärkt zur Wirkung, damit freilich auch Darstellungen widerlegend, die aus der rigiden Repressionsphase der sechziger Jahre bereits die Einschätzung einer zur Emanzipation unfähigen, weil total beherrschten Klasse entwickelten (z. B. Herbert Adam).

Zimbabwe (Rhodesien) stellt das gegenüber der RSA schwächeren Glied dar. Wurden die früheren politischen Organisationen der Afrikaner, vor allem der wesentlich bürgerrechtlich orientierte ANC Rhodesiens, stets verboten (1959), so entschloß sich die 1962 gegründete ZAPU (Zimbabwe African People's Union) Joshua Nkomo's bei ihrem Verbot 1964 zur Arbeit im Untergrund. Zwar spaltete sich auch von ihr 1963 bereits die ZANU ab, aber 1967 begann die ZAPU zusammen mit im Exil, vor allem Zambias, bestehenden ANC-Guerillas aus der RSA den bewaffneten Kampf. Bereits 1966 hatte es erhöhte Unruhe gegeben. Die Ursache war die 1965 von der Smith-Regierung Rhodesiens einseitig vollzogene Unabhängigkeitserklärung von Großbritannien, die den afrikanischen Massen die Perspektive einer langen weißen Minderheitsherrschaft bei eigener totaler Rechtlosigkeit und extremer Ausbeutung auf-

zeigte. Zwar gelang es den Freiheitskämpfern Zimbabwes bislang nicht, größere Gebiete des Landes länger besetzt zu halten, da die rhodesische Militärmacht zusammen mit südafrikanischen Truppen eine wirksamere Kontrolle in dem dichter besiedelten Land ausüben vermag, andererseits verzeichneten sie in den Städten Erfolge. Den Beweis lieferten die wochenlangen Unruhen Ende des vergangenen Jahres, als Rhodesiens Smith mit Londons Außenminister ein Abkommen über die Souveränität der (rechtlich gesehen) britischen Kolonie abschlossen, das sie — garniert mit einigen Scheinkonzessionen — den Afrikanern freilich zur Meinungsäußerung vorlegen wollten. Die Rechnung ging nicht auf: In Streiks tausender von Minenarbeitern und blutigen Unruhen in den Städten sowie in einhelliger Ablehnung der ländlichen Bevölkerung bedeuteten die Afrikaner dem britischen Emissär ihre Ablehnung dieses Abkommens. Zugleich artikulierten sie schärfer denn je ihre Forderung: „Chimurenga!“ — Freiheit, Unabhängigkeit der Afrikaner. Der Befreiungskampf hat damit in Rhodesien nach lange vorausgegangenen Unruhen rasch eine hohe Stufe erreicht, auf der große Teile des städtischen, industriellen Proletariats zu aktiven Trägern des Kampfes geworden sind.

Der Aufstand der Ovambos

Kein Zufall war zur gleichen Zeit der Streik zehntausender Arbeiter vom Stamm der Ovambos im von der RSA annexierten Namibia. Konkret gegen das unmenschliche Kontraktarbeitssystem gerichtet (wobei Teilerfolge erzielt wurden), war seine eigentliche Stoßrichtung die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit von der südafrikanischen Bourgeoisie. Die RSA hatte die ehemalige deutsche Kolonie als Völkerbundmandat verwaltet, weigerte sich aber dieses wieder aufzuhaben, auch auf zahlreiche Aufforderungen der Vereinten Nationen hin. Seit Beginn der sechziger Jahre nahm daher auch in diesem Gebiet der Kampf der afrikanischen Völker andere Formen an: Unruhen breiteten sich trotz brutalen Polizei- und Militäreinsatzes immer wieder aus, vor allem in den industriellen Zentren. Mitte der sechziger Jahre nahm die SWAPO (South West African People's Organisation) dann den bewaffneten Kampf mit eigenen Partisanentrupps auf. Es gelang der RSA nicht, sie niederkämpfen — im Gegenteil, sie vermochte in ihrer Einfluß gerade in die Industriegebiete zu tragen.

Als im Sommer 1971 der Haager Internationale Gerichtshof die Mandatsfortführung für illegitim erklärte, die RSA-Regierung Vorster der burischen National Party jedoch nicht darauf reagierte, verstärkte sich die Streikbewegung in den Städten. Unter Führung der SWAPO nahm sie immer größeren Umfang an, bis im Winter 1971/72 der Kampf der Ovambos etwa 40 000 Arbeiter erfaßte. Die südafrikanischen Machthorgane ermordeten hunderte von Streikenden — ohne Erfolg: Das Kontraktssystem wurde teilweise geändert (auf Intervention gerade um ihre ganze Macht bangender Monopollherrscher sogar). Dennoch streiken die Ovambos zum großen Teil bis heute. Sie erzwangen erstmals auch ein taktisches Nachgeben der Regierung: Vorster offe-

rierte einen freilich inakzeptablen Plan, Namibia zu teilen und dem nördlichen Teil halbe Autonomie zu gewähren. Der Unabhängigkeitskampf der SWAPO und der Völker Namibias geht folglich weiter; die Tatsache, daß er erstmals im am besten beherrschten Rassistenstaat derartige Ausmaße annahm, ohne gebrochen werden zu können, erschütterte die Machtposition der burischen Bourgeoisie erheblich.

Bewaffnete Aktionen

Auch in ihrem direkten Herrschaftsbereich, der RSA, begannen in den letzten Jahren erneut Auseinandersetzungen die inzwischen auch Teile der weißen Bevölkerung auf die Seite der Afrikaner geführt haben: Im Sommer 1972 mußte Polizei eine Demonstration weißer Studenten gegen das Apartheid-System gewaltsam niederknöpfeln, die von einigen der anglikanischen Kirchen unterstützt wurde.

In den wieder aufflammenden Kämpfen der schwarzen Massen und ihrer Verbündeten spielen die SACP und der ANC seit dem für die Bewegung zeitweilig lähmenden Massaker südafrikanischer Polizei in Sharpeville 1960 wieder eine wachsende Rolle. Mehrfach verboten, ist die SACP Kernstück eines 1955 gegründeten Bündnisses, der „Congress Alliance“, deren Ziel die Zusammenfassung aller antirassistischen und für die Befreiung der Afrikaner von der Unterdrückung durch die weiße Minderheit kämpfenden Gruppen ist. Dieser Kampf spielt sich einerseits in einer zunehmenden Autonomiebestrebung der von den Weißen für die Afrikaner eingerichteten „Bantustans“ (eine Art Reservate) ab. So verlangt deren größte, die Transkei, nach Unabhängigkeit; der militante Zulustamm, zugleich der größte, ebenfalls. Andrereits äußert er sich in wachsender Streikbereitschaft der afrikanischen Arbeiterklasse; 3000 streikende Hafenarbeiter legten z. B. schon 1969 den Hafen von Durban zeitweilig lahm. Schließlich beschloß der traditionell bürgerrechtlich orientierte ANC — sein früherer Führer Albert Luthuli erhielt z. B. 1960 den Friedensnobelpreis — unter der SACP den Übergang zu Guerillaktionen. Nelson Mandela erläuterte diesen Schritt mit der Aussichtslosigkeit der bisherigen Kampfformen. Gegründet wurde die „Umkonto We Siswe“ als Guerillatruppe, die jedoch bislang vornehmlich vom Ausland her, namentlich Zambia, in den Grenzgebieten der RSA und in Rhodesien operiert. Ihre Aktionen haben zwar noch keine hohe Effektivität erreicht, immerhin jedoch binden sie große Teile der RSA-Streitkräfte durch die Errichtung weiterer Fronten, so daß die direkte Bedrohung der solidarischen afrikanischen Länder durch die RSA und die der Befreiungsorganisationen in den portugiesischen Kolonien sich vermindert. Wichtigster Bestandteil des sich abzeichnenden Kampfes der weißen wie der farbigen fortschrittlichen Kräfte in der RSA ist indessen tendenziell die Organisierung von Streiks und weiteren Massenaktionen gegen das rassistische Regime.

Gegenwärtig sind die Befreiungsbewegungen in allen südafrikanischen Ländern auf dem Vormarsch und haben große Erfolge zu verzeichnen, welche die Position der herrschenden Klassen immer aussichtsloser werden lassen. Hatte schon 1969 der vor kurzem verstorbene Vorsitzende der SACP, John Marks, auf der Internationa-

len Moskauer Beratung ein Bild wachsender Kämpfe im südlichen Afrika gegeben, so hat sich diese Einschätzung voll bewahrheitet. Die Organisationen Angolas, Mozambiques, von Zimbabwe, Namibia und der RSA selbst erhalten vielfältige Unterstützung seitens der sozialistischen Länder (so lieferte die DDR noch im Frühjahr große Mengen Medikamente, Textilien und Lebensmittel an die FRELIMO und die MPLA). Sie benötigen aber jede erdenkliche und zweckmäßige Hilfe auch der fortschrittlichen und sozialistischen



In Angola, in Mozambique hat der bewaffnete Kampf gegen die Ausbeuter und Unterdrücker begonnen.

Kräfte aller anderen Länder, darunter besonders der BRD, deren Monopole eine Hauptrolle bei der Ausbeutung der Völker im südlichen Afrika spielen.

Jürgen Ostrowsky

Literaturhinweise:

- Angola — Guinea — Mozambique hrsgg. v. Barbara Schilling/Karl Unger, Frankfurt 1971.
- „Antiimperialistisches Informationsbulletin“ (laufend); zu bestellen p. A. Barbara Schilling, 3550 Marburg, Liebigstraße 46.
- Edouardo Ferreira, „Evolution und Kontinuität“ in der Kolonialstrategie Portugals; in: „Blätter für deutsche und internationale Politik“ Nr. 7/1971, S. 726 ff.
- Gert Meyer, Kolonialismus und Befreiungsbewegung in den afrikanischen „Überseegebieten“ Portugals; in: „Das Argument“ Nr. 59, S. 489 ff.
- Barbara Schilling/Karl Unger, Die Bundesrepublik und das südliche Afrika — ökonomische und militärische Aspekte des westdeutschen Neokolonialismus; in: „Kursbuch“ Nr. 21, S. 129 ff.
- Americo Boavida, Angola. Zur Geschichte des Kolonialismus, Frankfurt 1970.
- Eduardo Mondlane, Die Befreiung von Mozambique, Frankfurt 1970.
- Apartheid in Südafrika (hrsg. v. Gerhard Reintanz), Berlin (DDR) 1969.
- Südafrikas Kommunisten gegen Kolonialismus und Rassismus, Berlin (DDR) 1971.

Internationales Freundschaftslager



Auf Einladung des FDJ-Zentralrats nahm vom 3. bis 18. Juli 72 eine Delegation des MSB Spartakus unter Leitung des Vorsitzenden Christoph Strawe an einem Internationalen Freundschaftslager in Dresden teil. Mit anderen Studenten aus der DDR, der Sowjetunion, der DR Vietnam, Chile und der ČSSR informierten sich die Teilnehmer über das Bildungssystem der DDR, diskutierten über Fragen des Aufbaus des Sozialismus im ersten sozialistischen deutschen Staat und besichtigten die berühmten Dresdner Kunstsäthe. Auf dem Programm standen Gespräche mit jungen Arbeitern und Frauen im öffentlichen Leben. Die Gastgeber berichteten außerdem über die Vorbereitungen zu den X. Weltfestspielen der Jugend in Berlin/DDR 1973.

Delegation des MSB SPARTAKUS in der UdSSR

Auf Einladung des Studentenrates der UdSSR traf eine Delegation des MSB SPARTAKUS in Moskau ein, um gemeinsam interessierende Fragen zu diskutieren. Die Delegation wird geleitet von dem stellvertretenen Vorsitzenden des MSB SPARTAKUS, Jürgen Büscher.

Während des 10tägigen Aufenthaltes in der UdSSR wird die Delegation verschiedene Hochschulen und Betriebe besuchen. In Aussprachen werden sich die Teilnehmer darüber informieren, wie sich die Studenten und die arbeitende Jugend auf den 50. Jahrestag der UdSSR vorbereiten.

Im Hinblick auf die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, die 1973 in Berlin, der Hauptstadt der DDR, stattfinden, werden beide Seiten über den Stand der Vorbereitung in ihren Verbänden berichten und Erfahrungen austauschen, wie die Masse der Studenten noch stärker mit den Ideen der Weltfestspiele vertraut gemacht und in die Vorbereitung aktiv mit einbezogen werden kann.

Beide Seiten werden darüber beraten, wie die Zusammenarbeit zwischen beiden Verbänden noch enger gestaltet werden kann, und wie die sich aus der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau ergebenden besseren Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Studenten in der UdSSR und in der BRD genutzt werden können.

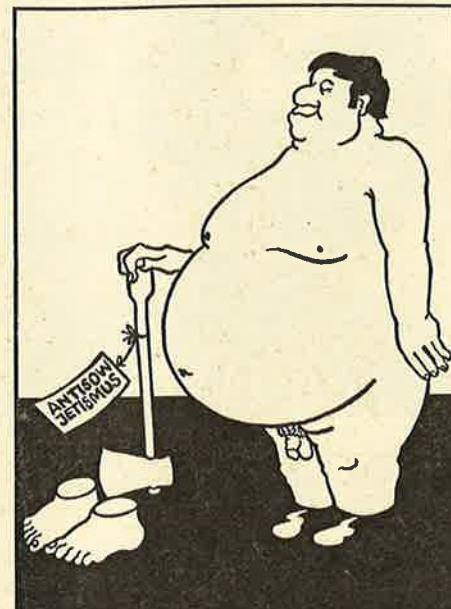
Märchen aus Italien

Das Kursbuch mit dem irreführenden Titel „Die Klassenkämpfe in Italien“ bezeichnet nach inzwischen schon verbreittem Urteil den Tiefpunkt dieser Serie. Seine deutschen und italienischen Verfasser haben die Klassenkämpfe in Italien zu einer Märchenwelt denaturiert, wo „alles anders“ ist und aus der wir hierzulande lernen sollen (1 f.). Dort, so berichten sie, ist der Marxismus-Leninismus dank spontaner, autonomer Kämpfe überholt. Wen wundert es da, wenn ihr Buch mit einer materialistischen Analyse der italienischen Klassenkämpfe nichts zu tun hat. (*) Feuilletonistisch angelegt, mit unpräzisen Begriffen arbeitend (vgl. 32 f., 51, 85, 111, 148, 181), in hymnischem Stil abgefaßt (vgl. 109 f.), durchweg auf Quellenangaben verzichtend, und auch dank über zwei Dutzend Fehlern bei historischen und statistischen Angaben genügt es grundlegenden Anforderungen an eine wissenschaftliche Arbeit nicht und ist nicht geeignet, als Einführungsliteratur in die italienischen Klassenkämpfe zu dienen.

Die Ausführungen zu den sozialökonomischen Bedingungen sind völlig ungenügend und oberflächlich (7 ff., 163 ff.). Die zentralen Prozesse der Gewerkschaftseinheit und der Kämpfe um gesellschaftliche Reformen werden mit diffamierenden Nebensätzen erledigt (vgl. 32, 66), die Organisationen der italienischen Arbeiterklasse unterschiedslos als bürokratisch, ihre Politik als reformistisch dargestellt (vgl. 41 ff., 161, 109 ff.). Das immer wiederkehrende Schema: die etablierte, bürokratische Organisation bremst im Dienst des Kapitals den spontanen, autonomen Kampf der Massen. Als „Massen“ fungieren jene Teile der Arbeiterklasse, die aufgrund historischer (Repressionen bei FIAT in den 50er Jahren) oder „geographischer“ Bedingungen (erst proletarisierter Landbevölkerung aus Südtälern und Venetien) noch abseits der Arbeiterorganisationen standen. Diese werden zur „neuen Avantgarde“ erklärt (34 ff., 83 ff.) und der „bürokratischen“ IKP gegenübergestellt. Bezeichnend für das argumentative Niveau ist der Schluß, auch am Aufkommen des Neofaschismus sei die IKP schuld (32 f.). Als Beschützerin von Autonomie und Spontaneität tritt die Manifesto-Sekte auf, deren Desaster vor zwei Jahren noch nicht so offensichtlich war wie inzwischen.

Freilich gerät die Apologie der Sekten ungewollt zu deren Entlarvung. Hinter den „autonomen Organisationsformen“ kommen Trade-Unionismus und Anarcho-syndikalismus zum Vorschein (vgl. 85, 23, 18 f., 102). Über die Aufgaben der Gewerkschaften im Kapitalismus herrschen Mißverständnisse vor, die teilweise nur noch auf massive Dummheit

schließen lassen (vgl. 23, 43, 51, 70, 158). Schließlich langt man beim „frontalen liquidatorischen Kampf“ gegen sie an (180). Typisches Merkmal der „autonomen“ Aktionen ist deren Autonomie von den realen Klassenkämpfen. Das gilt für die „Betriebsguerilla“ ebenso wie für eine isolierte Hausbesetzung (19 f., 109 ff.). Die Notwendigkeit des Kampfes um die Staatsmacht wird folgerichtig ignoriert (139). Der



Der Linkssektierer zu Beginn seines Marsches in den Sozialismus.

Glaube freilich, einige Dutzend Obdachlose könnten ihre Probleme allein lösen, endete im Bankrott (112 ff.). Die „Autonomie“ dieser abenteuerlichen Hausbesetzung bedeutete ihre Niederlage. Die Verantwortung für den brutalen Einsatz der staatlichen Repressionsgewalt trifft auch die Sektierer, die erst die aussichtslose Konfrontation mit der Polizei herbeiführten. Durch eine karitative Geste, die allenfalls reformistische Illusionen nährte, wurden den Obdachlosen dann doch Wohnungen zugeteilt und damit war die Sache schon vorbei. Durchweg erweisen sich die Sektierer als unfähig, Spontaneität als Ausgangspunkt für die Entwicklung von Organisiertheit und Bewußtheit zu nutzen (66 ff., 102). Daß die Kursbuch-Macher nun gar die Dialektik von Reform und Revolution (32 f., 66, 178), die Notwendigkeit einer Bündnispolitik (13), des Kampfes um Aktionseinheit (17, 30 ff.) begriffen hätten, kann man nach dem Gehabten sowieso nicht mehr erwarten. Das theoretische Niveau des Kursbuch 26 dürfte sich nur mit Mühe unterbieten lassen. Es sollte freilich nicht der Eindruck entstehen, die Auseinandersetzung mit dem italienischen

Revisionismus etwa der letzten fünfzehn Jahre sei in allen Fällen so leicht. Der „linke“ Antikommunismus existiert auch dort in wesentlich subtileren Spielarten. Und der Idealismus enthüllt sich nicht immer so freimüdig wie im Schlußwort des „Märchenbuches 26“. Dort möchten sie die „revolutionäre Krise provozieren und lösen“ (166). Sollen sie mal.

(*) Marxistische Literatur zu den italienischen Klassenkämpfen:

- Albers/Goldschmidt/Oehlke — Klassenkämpfe in Westeuropa, Frankreich, Italien, Großbritannien, Reinbek bei Hamburg, 1971
- Arbeitsmaterialien des IMSF, Band 3: Probleme des Klassenkampfes und des Kampfes um gewerkschaftliche Einheit in Italien, Frankfurt/M., 1972
- Die Beiträge von D. Albers und W. Roth in „Sozialistische Politik“ Nr. 12, 14/15, 16, 18 (1971/72)
- Helga Koppel, Klassenkämpfe in Italien heute, Band 2 der Serie „Klassenkämpfe im kapitalistischen Europa“, hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M., ca. 120 Seiten, ca. DM 4,—

Was Djilas denkt

Wo „undogmatische“ Marxisten bei ihren Überlegungen hingelangen können, hat neuerdings der Jugoslawe Milovan Djilas („Die neue Klasse“) unter Beweis gestellt. Genüßlich gibt der „Bayernkurier“ vom 2. 9. 72 den Inhalt eines Gesprächs wieder, das Djilas mit dem Herausgeber der „New York Times“, C. L. Sulzberger in Belgrad führte. Djilas befürwortete demnach die weitere Stärkung der amerikanischen Militärmaschinerie. Djilas: „Ich weiß, daß Ihr es Euch nicht leisten könnt, schwach zu sein.“ Persönlich halte er von Nixon nichts, dennoch müsse erkannt werden, daß Nixon die Erfordernisse der Außenpolitik begriffen habe (!). Möglicherweise dachte Djilas an die Politik der USA in Indochina und Lateinamerika. Die USA, so Djilas, hätten den Kalten Krieg gewonnen (!), weil sie ein nichtideologisches Land seien (!). Das alles sagt ein Mann, den manche noch immer für einen Marxisten halten! Aber es kommt noch besser: Djilas: „Die sogenannte Krise der amerikanischen Gesellschaft ist weitgehend Einbildung.“ Versteht sich, daß Djilas als antikommunistischer Hampelmann in der Hand des Bayernkurier-Schreibers, ähnlich wie sein Gesinnungsfreund Ota Sik, ein paar Kratzfüße gegenüber dem „freien Westen“ machen darf.

Weltweite Initiative der USA gegen Terrorismus

Mit Telegrammen an die mehr als einhundert Regierungen, die zu den USA Beziehungen unterhalten, hat Washington eine weltweite Initiative gegen den Terrorismus eingeleitet. Ein Sprecher des State Departments teilte am Montag mit, Präsident Nixon und Außenminister Rogers hätten in den Memoranden betont, daß wirksamere Mittel gegen den Terrorismus entwickelt werden müßten.

Terrorismus

Obige Meldung erschien am 12. 9. 72 in der „Welt“. Nixon und Rogers sorgen sich über den Terrorismus. Wir alle haben den Wortlaut der täglichen Nachrichtensendungen noch im Ohr: „Die bisher schwersten Luftangriffe gegen Ziele in Nordvietnam flog die amerikanische Luftwaffe am Montag/Dienstag/Mittwoch etc...“ Nun treten die dafür Verantwortlichen mit unglaublicher Frechheit vor die Öffentlichkeit und behaupten, gegen den Terrorismus zu sein. Der Bruch zwischen dem, was sie selbst tun und verlassen und dem, was sie an süßen Phrasen und Friedfertigkeitsbeteuerungen von sich geben, hat ihr Hirn offenbar schon so vernebelt, daß sie meinen, die Menschen würden ihnen diesen Zynismus abkaufen. Trotz der sogenannten „Bombenpause“ warfen US-Piloten auf Nixons Befehl 3 550 000 Tonnen Bomben ab. In Johnsons Luftkrieg waren es 3 250 000 Tonnen. „Trotz „Rückzugs“ haben die USA heute mehr Luftbasen in Thailand, mehr Flugzeugträger und Kriegsschiffe denn je vor der indochinesischen Küste.“ (vgl. FR v. 7. 9. 72) Während Nixons Amtszeit wurden, seinen Beteuerungen über Frieden und „Abbau der Präsenz“ zum Trotz, mehr als 15 000 (ein Drittel aller amerikanischen Toten in diesem Krieg) getötet. Mehr als 50 000 wurden verwundet. Die Washington Post vom 11. 4. 72 schreibt: „Während der drei Jahre, die er im Weißen Haus verbrachte, ließ Mr. Nixon über Indochina mehr Bomben abwerfen als Mr. Johnson während fünf Jahren. Wenn man die Fünfhundertpfunder, den weißen Phosphor und die siebeneinhalb Tonnen schweren „Cheeseburger“ usw. dazu rechnet, ließ Mr. Nixon, während jeder einzelne Minute seiner Amtszeit je eine Tonne Bomben abwerfen. Er wurde der Mann, der vom Himmel herab ein größeres Vernichtungswerk anrichtete, als irgendein anderer in der ganzen Geschichte der Menschheit.“

In der Zeit von 1965—1971 wurden von der US-Luftwaffe drei Mal mehr Bomben abgeworfen als im Zweiten Weltkrieg, nämlich 6,2 Millionen Tonnen.

Hinter diesen Fakten steht die ganze Menschenverachtung des kapitalistischen Systems in Gestalt seiner widerlichsten Repräsentanten.

Der palästinensische Widerstand

Die palästinensische Widerstandsbewegung entstand nach der Bildung des Staates Israel im Jahre 1948, schon damals hatte der Zionismus eines der scheußlichsten Verbrechen begangen, indem er Hunderttausende arabischer Familien aus ihrer Heimat vertrieb. Dies geschah vorzüglich und mit Berechnung, mit grausamen, barbarischen Methoden auf Grund von Geheimplänen, die von den jüdischen Terrororganisationen Palästinas ausgearbeitet worden waren. Ein wahres Blutbad wurde beispielsweise in dem Dorf Deir Jassin bei Jerusalem angerichtet, dessen Bevölkerung, wie der amerikanische Jude und Antizionist M. Menuhin sagte, jahrelang mit den benachbarten

die die „New York Times“ zu den großen rechnet und die den Anstoß zur Massenflucht der arabischen Bevölkerung aus den von den Israelis kontrollierten Gebieten gaben. Dabei erfolgte ein erheblicher Teil der „Operation“ auf einem Territorium, das laut UNO-Beschluß nicht an Israel fallen, sondern arabisch bleiben sollte.

Tragödie eines ganzen Volkes

Allein im Jahre 1948 wurden 75 000 Wohnungen und 350 000 Hektar Land verlassen. Der nach der Bildung des Staates Israel aufflammende Krieg endete für die arabischen Armeen ohne Erfolg. Im Ver-



Sein Leben wird bestimmt von der Not in den palästinensischen Flüchtlingslagern.

jüdischen Siedlungen in Frieden und guten Beziehungen lebte. Im Morgengrauen des 9. April 1948 umzingelten Terrorabteilungen der Organisationen „Irgun Zvai Leumi“ und „Stern“ das Dorf, und es begann ein Gemetzel, bei dem von 775 Einwohnern 254 getötet und fast sämtliche Häuser niedergebrannt oder zerstört wurden. Das war nur eine jener 17 „Operationen“,

lauf des Konflikts eroberte Israel über das ihm von der UNO zugestandene Territorium hinaus fast 7000 Quadratkilometer: Über 900 000 Palästina-Araber mußten unter Gefahr für Leib und Leben Zuflucht in den benachbarten arabischen Ländern suchen.

So entstand im Nahen Osten das Problem der Palästina-Flüchtlinge, eines der akutesten und schmerhaftesten in die-

Israels Verflechtung mit dem Imperialismus

DM 2,-

Hiermit bestelle ich Exemplar(e) von
FACIT-Reihe „Israel“

Hiermit abonniere ich Exemplar(e)
von FACIT ab Nr. bis auf Widerruf.

Name

Vorname

Ort

Straße

Unterschrift

Schicken an:

FACIT, 53 Bonn, Colmantstraße 32

sem Gebiet. Schon im Jahre 1948 schlug die UNO-Vollversammlung Tel Aviv vor, den Flüchtlingen die Rückkehr in die Heimat zu gestatten und für das geraubte oder vernichtete Eigentum Entschädigungen zu zahlen. Danach bekräftigte die UNO ihren Vorschlag viele Male, stieß aber stets auf eine negative Reaktion Israels.

Der überwältigende Teil der Palästinenser hatte in der Fremde keine Arbeit und keinerlei Existenzmittel. Über 700 000 Menschen mußten von Anfang an in speziell für sie errichteten Lagern zusammengepfercht und in unbeschreiblicher Not leben. Die Tragödie, die ein ganzes Volk betroffen hatte, zog sich in die Länge. Im Laufe von zwei Jahrzehnten gelang es nur 25 bis 30 Prozent der Flüchtlinge, die Lager zu verlassen, Bildung zu erwerben und in arabischen Ländern Arbeit zu finden oder nach Afrika oder Lateinamerika auszuwandern. Infolge natürlichen Zuwachses ist aber die Zahl der Palästinenser, die UNO-Unterstützungen benötigen, größer geworden. Vor der israelischen Aggression von 1967 waren es über 1,3 Millionen Menschen, darunter 700 000 in Jordanien, 300 000 im Gaza-Streifen, 160 000 in Libanon und über 100 000 in Syrien.

Die soziale Zusammensetzung der Flüchtlinge bedarf wohl keiner Analyse, die palästinensische Bourgeoisie hat es verstanden, in vielen arabischen Ländern festen Fuß zu fassen, in den Lagern ist nur der ärmste Teil der Werktätigen zurückgeblieben.

Im Januar 1964 faßte eine auf Initiative des ägyptischen Präsidenten Nasser einberufene Konferenz der arabischen Staats- und Regierungschefs den Beschuß, die Befreiungsorganisation Palästinas ins Leben zu rufen, die alle Palästinenser im Exil vertreten sollte. Das oberste Organ der Organisation wurde der Nationalrat Palästinas (eine Art Parlament), der das Exekutivkomitee ernannte. Bald darauf erfolgte die Gründung einer kleinen regulären palästinensischen Befreiungsarmee. Ihre Abteilungen gehörten jeweils den Streitkräften der arabischen Länder an, auf deren Territorium sie sich befanden.

Ohne ein klares politisches Programm und ohne ideologische Basis, nur mit kärglichen finanziellen und materiellen Mitteln ausgestattet, vereinigte die Befreiungsorganisation nur formal verschiedene palästinensische Gruppen und bewaffnete Einheiten. Die Erklärungen einiger ihrer Führer veranlaßten die Palästinenser offensichtlich zu unbedachten, übereilten Handlungen, von denen die ägyptische Regierung und mehrere andere arabische Regierungen sie warneten. Diese Regierungen, die die Sache der Palästinenser im Prinzip unterstützen, waren bestrebt, einen bewaffneten Konflikt mit Israel zu vermeiden. Praktisch kam es aber so, daß beispielsweise die extremistischen Aufrufe des ehemaligen Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Befreiungsorganisation, Ahmed Shukeiri, den israelischen Aggressoren in bestimmter Weise dazu dienten, gegenüber der Weltöffentlichkeit den am 5. Juni 1967 entfesselten Krieg gegen die Araber zu rechtfertigen.

Die Niederlage der arabischen Armeen in diesem Krieg verschlechterte die Lage der Flüchtlinge noch mehr, denn viele von ihnen mußten noch weiter nach

Osten flüchten. Was nun aber die autonomen gebliebenen verschiedenen palästinensischen Organisationen anbelangt, so erhielten sie, jeder Kontrolle ledig, volle Handlungsfreiheit. Im wesentlichen nach Jordanien übersiedelt, wo rund 60 Prozent der Bevölkerung Palästinenser sind, begannen sie mit der Vorbereitung und Durchführung von Partisanenaktionen gegen die Okkupanten.

Probleme der Befreiungsorganisationen

Es ist kein Wunder, daß die palästinensischen Abteilungen in der ganzen arabischen Welt zum Gegenstand des Stolzes, zur Hoffnung für die benachteiligten Palästinenser wurden. Wenn man damals die Flüchtlingslager besuchte, konnte man sich davon überzeugen, daß jeder junge Mann bestrebt war, in eine solche Einheit aufgenommen zu werden. Am angesehensten waren die Nationale Befreiungsbewegung Palästinas („Fatah“) und ihr militärischer Flügel „Al Asifa“ („Sturm“), „Al Saika“ („Blitz“), die Volksfront zur

Der palästinensische Student Ragheb Awayes wurde am Freitag den 15. 9. 72 in seiner Wohnung verhaftet, sofort in Ausweisungshaft genommen und am Wochenende nach Amman/Jordanien abgeschoben. Seine Ausweisung auf diese Art wird ihm in Amman keinen milden Empfang bereiten.

Ragheb Awayes, der sein Diplom in den nächsten zwei Monaten abschließen wollte, wurde in einem Urteil des Amtsgerichtes Karlsruhe vom 8. 2. 72 bestätigt, daß er mit Guerilla-Organisationen nichts zu tun hat!

Seine Frau ist hochschwanger und erwartet in den nächsten zwei Tagen ihre Niederkunft. Die Fluggesellschaft weigerte sich die Frau mitzunehmen und nur deshalb wurde sie vorläufig nicht abgeschoben. Die Ausländerbehörde ist nicht bereit den Aufenthaltsort der Frau anzugeben. Der Aufenthaltsort des einjährigen Kindes der Familie Awayes ist ebenfalls unbekannt!

(Aus einer Presseerklärung des AStA der Uni Karlsruhe)

Befreiung Palästinas, die Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas und einige andere.

Die Periode des Aufschwungs des palästinensischen Widerstandes, die etwa die ersten zwei Jahre nach dem Junikrieg umfaßte, führte nicht zur Vereinigung dieser Bewegung. Die Uneinigkeit zwischen den Organisationen nahm sogar noch zu. Die fehlende Einheit zwischen den arabischen Ländern wirkte sich nachteilig auf die Bewegung aus. Die Bewegung arbeitete ohne politischen Kompaß. Sie brachte weder politische Parteien noch eine einheitliche Massenorganisation hervor, die mit Hilfe eines klaren Programms die politische Arbeit unter der Bevölkerung der besetzten Gebiete und den Flüchtlingen mit dem bewaffneten Kampf gegen die Eroberer hätte verbinden können. Mehrere Organisationen versuchten, den Kampf der Palä-

stinenser von der gesamtarabischen Befreiungsbewegung loszulösen und rechneten es sich beinahe als Verdienst an, daß sie kein politisches Programm hatten und sich lediglich auf nationalistische und religiöse Lösungen stützten.

Die Ergebnisse ließen nicht auf sich warten. Nachdem im August 1970 das Feuer am Suezkanal eingestellt worden war, befand sich die palästinensische Widerstandsbewegung praktisch außerhalb der gemeinsamen Front des Kampfes für die Befreiung der besetzten Gebiete. Zu dieser Zeit konnten die israelischen Schergen in dem besetzten Gebiet viele Partisanenstützpunkte vernichten, Tausende von Widerstandskämpfern wurden eingerichtet, die Häuser von Bauern und Städtern, die mit den Partisanen sympathisierten, wurden mit Dynamit gesprengt oder mit Bulldozzern abgetragen. Entlang dem Westufer des Jordan errichteten die Israelis eine doppelte Reihe von elektrisch geladenen Stacheldrahtzäunen, zwischen den Stacheldrahtverhauen legten sie Minenfelder an und installierten eine elektronische Signalanlage. Das alles verringerte die Möglichkeiten eines bewaffneten Kampfes im besetzten Gebiet auf ein Minimum. Die Widerstandsbewegung war aber nicht bereit, zu politischen Kampfmethoden überzugehen. Dadurch wurde ihre Verbundenheit mit der Bevölkerung der von Israel besetzten Gebiete gelockert. Die zu diesem Zeitpunkt von zwei oder drei Organisationen verübten Verzweiflungstaten — die Entführung von Verkehrsflugzeugen, die Sprengung nichtmilitärischer Objekte, wobei friedliche Bürger ums Leben kamen, und die Terrorakte innerhalb Jordaniens — fügten dem Prestige des ganzen palästinensischen Widerstandes ernsten Schaden zu und erschwerten seine Unterstützung durch die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte. Gleichzeitig gaben diese unüberlegten, abenteuerlichen Handlungen der Reaktion einen Trumpf in die Hand, der es 1970 und 1971 gelang, eine Serie bewaffneter Zusammenstöße zwischen der jordanischen Armee und den palästinensischen Partisanen zu provozieren. Das Ergebnis war, daß die Kampfabteilungen der Palästinenser aus Jordanien hinausgedrängt wurden.

Reaktionäre ziehen am selben Strang

Man muß sagen, daß die arabischen Reaktionäre, die imperialistischen und israelischen Agenten stets gemeinsam gegen die Palästinenser vorgingen und sie zu extremen Handlungen provozierten, um die Partisanen vor der Weltöffentlichkeit als Terroristen hinzustellen und so ihre Verbundenheit mit den arabischen Massen zu untergraben und ihnen die internationale Unterstützung zu entziehen. Sowohl Tel Aviv als auch die reaktionären Kreise einiger arabischer Länder unternahmen große Anstrengungen, um die Vereinigung der palästinensischen Organisationen zu hinterreiben. Sie fürchten, die Palästinenser könnten, wenn sie vereinigt sind, zu einer realen Kraft im Nahen Osten werden. Für die Machthaber Israels würde dies die Konsolidierung der antizionistischen und anti-imperialistischen Bewegung in diesem ganzen Gebiet bedeuten. Die arabischen Reaktionäre fürchten die soziale und po-

litische Ausrichtung des palästinensischen Widerstandes. Gerade deshalb hoffen sowohl die einen als auch die anderen auf die rechten und anarchistischen Elemente innerhalb der palästinensischen Widerstandsbewegung, die sie benutzen wollen, um der organisatorischen und politischen Einheit Hindernisse in den Weg zu legen. Deshalb werden jetzt auch nach dem erzwungenen Abzug der Widerstandskräfte aus Jordanien gemeinsame Schritte gegen sie in Libanon unternommen. Die dortigen reaktionären Kreise werden von Saudi-Arabien und ausländischen Geheimdiensten freigebig finanziert. Der israelische Militärklüngel verübt gegen Libanon bewaffnete Provokationen, um einerseits die Partisanen zu schwächen und andererseits die dortige Bevölkerung und die Behörden gegen sie aufzubringen und der Reaktion den Weg zum Handeln freizumachen. Die Tatsachen besagen, daß die Kräfte des Imperialismus und der Reaktion in letzter Zeit im arabischen Osten aktiv geworden sind und sich offensichtlich das Ziel gesetzt haben, den nationalen Befreiungskampf der arabischen Völker zu schwächen und die

und Reale vom praktisch Unrealisierbaren unterscheiden."

Die natürlichen Verbündeten

Eine solche Aufgabe kann nur nach Vereinigung der Reihen des palästinensischen Widerstandes, beispielsweise im Rahmen der Nationalen Front, gelöst werden, die über ein politisches Programm verfügt, das die Vielfalt der Situation und der Formen des Kampfes berücksichtigt und mithilft, die Arbeit unter den Palästinensern im besetzten Gebiet und unter den Flüchtlingen, besonders in Jordanien, zu organisieren, da sich die Bewegung ohne Massenbasis nicht entwickeln kann.

Die ersten Schritte in dieser Richtung sind schon getan. Die vor einigen Monaten in Kairo abgehaltene Tagung des Nationalrates von Palästina hat sich für den Zusammenschluß der Widerstandsbewegung ausgesprochen. Seitdem wurde die der Bewegung gehörende Presse zusammengelegt und eine einheitliche Informationsagentur geschaffen. Im Juli besuchte eine Delegation der Befreiungsorganisation Palästinas unter Leitung des Vorsitzenden ihres Exekutivkomitees, Yasser Arafat, die Sowjetunion. Während der Verhandlungen teilten die Vertreter der Befreiungsorganisation Palästinas mit, daß die Konsolidierung der palästinensischen Widerstandsbewegung gegenwärtig anhalte und sich ihre Einheit auf progressiver und antiimperialistischer Grundlage festige. Die Delegation der Befreiungsorganisation Palästinas verwies auf die Aktivierung der Kräfte des Imperialismus und der Reaktion im Nahen Osten, die die Untergrabung der arabischen nationalen Befreiungsbewegung und die Liquidierung der palästinensischen Widerstandsbewegung zum Ziel habe. Die Delegation erklärte, daß jegliche Versuche der imperialistischen und reaktionären Kreise, die Freundschaft zwischen der arabischen Welt und der Sowjetunion wie auch den anderen sozialistischen Staaten zu zerstören, mit den Interessen der arabischen Völker unvereinbar seien.

Auf der Kairoer Tagung wurde auch eine Frage angeschnitten, die sowohl für die gegenwärtige Etappe des Kampfes als auch für die künftigen Perspektiven der palästinensischen Bewegung große Bedeutung hat, und zwar die Frage ihrer Zusammenarbeit mit den arabischen demokratischen Kräften, die Frage der Verbundenheit mit dem Kampf der Völker der arabischen Länder, besonders derjenigen, auf deren Territorium sich die Palästinenser befinden.

Die Fakten der jüngsten Zeit lassen die Schlußfolgerung zu, daß die Versuche, die palästinensische Bewegung zu isolieren und ihr eine besondere Mission im arabischen Osten zuzuschreiben, der Vergangenheit anzugehören beginnen. Die Einsicht setzt sich durch, daß eine gerechte Lösung des Palästinaproblems nur im Rahmen des gemeinsamen Befreiungskampfes der arabischen Völker erzielt werden kann, daß die natürlichen Verbündeten der palästinensischen Widerstandsbewegung die arabischen und internationalen progressiven Kräfte, die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder sind. (aus der PRAWDA)



Die Unterdrückten und die Unterdrücker: Araber, israelische Besatzer.

palästinensische Widerstandsbewegung zu liquidieren. Natürlich schafft das neue Schwierigkeiten für die Bewegung und stellt sie einer Reihe von grundlegenden Problemen gegenüber, die zur Zeit von der fortschrittlichen arabischen Öffentlichkeit ausgiebig diskutiert werden.

Zu diesen Problemen gehört es, auf der Basis der realen Kräfteverhältnisse den Platz und die Rolle der palästinensischen Bewegung in der gemeinsamen Front der arabischen Völker zu bestimmen. Dabei geht es insbesondere um die Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen arabischen Regierungen im Kampf für die Überwindung der Folgen der israelischen Aggression, um die Beilegung der Nahostkrise und die Befreiung der besetzten Gebiete. Dies macht es erforderlich, Lösungen auszugeben und Aufgaben zu stellen, die jeder Etappe des Kampfes entsprechen, das heißt, die strategischen und taktischen Aufgaben abzugrenzen. Faik Warrad, Mitglied des Nationalrates Palästinas, schrieb dazu: „Die Erfahrungen des arabischen Palästinavolkes und der anderen Völker zeigen, daß die Politik ‚Alles oder nichts‘ nicht den Interessen des Volkes dient. Jeder wahre Revolutionär muß in jeder bestimmten Etappe die Kräftekonstellation und das Kräfteverhältnis berücksichtigen und folglich das Mögliche

Ein Weg zum Frieden

In der Zeit vom 21. bis 23. Juni 1972 hielt die Kommunistische Partei Israels in Jaffa ihren XVII. Parteitag ab, unter der Losung: „Für Frieden, gegen Okkupation“. Die 1500 Delegierten und Gäste — unter ihnen 345 Delegierte mit Stimmrecht und 40 Gastdelegierte befreundeter Organisationen — begrüßten Vertreter

In der Periode seit dem letzten Parteitag wurde der israelischen Öffentlichkeit die eindeutige Haltung der benachbarten arabischen Staaten für eine friedliche Regelung mit Israel klar. Während der abgelaufenen drei Jahre setzte Ägypten unter Nasser und dann unter Sadat seine Bemühungen um eine politische Lösung des Konfliktes fort. Am 8. Februar 1971 forderte Dr. Jarring beide Seite auf, ihre Meinung über die Durchführung des Beschlusses des Weltsicherheitsrates darzulegen. Die ägyptische Regierung antwortete positiv und legte dar, daß sie zu einer echten und dauerhaften Friedensregelung bereit sei, daß sie bereit sei, das Recht auf Existenz des israelischen Staates in den Grenzen vor dem 4. Juni 1967 anzuerkennen, freie Schifffahrt durch den Suezkanal und durch die Meerenge von Tiran zu gewährleisten und eine wirksame internationale Garantie anzuerkennen inklusive der Stationierung einer UNO-Truppe und der Errichtung von entmilitarisierten Zonen. Am 13. Dezember 1971 erklärte sich Präsident Sadat in einem Interview mit dem Korrespondenten von „Newsweek“ auch einverstanden, in direkte Verhandlungen mit Israel einzutreten, wenn dieses sich bereit erklärt, sich gemäß der UNO-Resolution aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen. Damit werden alle Ausreden hinfällig, deren sich die israelische Regierung zur Sabotage der Friedensbemühungen bedient.

Regierung Meir in Verwirrung

Eine andere Ausrede war, daß Syrien den Beschuß des Sicherheitsrates ablehnt. Doch Anfang März 1972 gab der syrische Präsident Hofez Assad bekannt, daß Syrien sich mit dem UNO-Beschluß ebenso einverstanden erklärt wie Ägypten.

Diese Entwicklung brachte die Regierung Golda Meir in Verwirrung, und auf höheren Befehl setzte eine neue Verdummungskampagne ein. In Presse und Rundfunk läßt man die Behauptung verbreiten, die arabische Seite wolle das Existenzrecht Israels nicht anerkennen, sie wolle unter keinen Umständen Frieden schließen, auch wenn die israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten zurückgezogen würden. Diese Propaganda beweist nicht gerade eine starke Position der Regierungspolitik, sondern verrät nur ihre Schwäche und die Furcht, die Öffentlichkeit könnte die Wahrheit erfahren. Die Öffentlichkeit, die man im Juni 1967 mit der Behauptung täuschen konnte, es gebe keinen anderen Ausweg als den Krieg,

da sonst Israel die Vernichtung bevorstünde, ist jetzt absolut nicht davon begeistert, sich in einen neuen Krieg einzulassen und Riesenbeträge aufzuwenden, nur um die Herrschaft in den okkupierten Gebieten aufrechtzuerhalten.

Neben vielen unwahren Erklärungen von Ministern, die die wahre Sachlage verschweigen, erscheinen indes auch Erklärungen anderer Minister, die der Wahrheit entsprechen. So brachte die Wochenschrift der Arbeiterpartei, „Ot“, am 9. März 1972 eine Rede des Handelsministers Bar-Lew, der vor kurzer Zeit noch Generalstabschef war, worin er erklärte: „Ich glaube, daß wir heute eine Regelung erreichen können, die dem Frieden dienen könnte. Ich glaube, daß wir das auf Basis der früheren Grenzen erreichen können. Wenn ich glauben würde, dies sei das Maximum dessen, was wir erreichen können, würde ich sagen: „Okay.““ Indes ist Bar-Lew der Meinung, man könnte durch weiteres Warten mehr erreichen. Doch beweisen seine Worte, daß die Behauptungen Golda Meirs über die Friedensunwilligkeit der Araber auch im Fall des Abzugs auf die alten Grenzen eine Irreführung der öffentlichen Meinung Israels

von 17 Bruderparteien, darunter eine Delegation der KPdSU. Grußbotschaften kamen von den kommunistischen und Arbeiterparteien der arabischen Länder Irak, Syrien, Iran, Türkei, Sudan und Algerien. Dem Hauptreferat des Generalsekretärs Meir Vilner entnehmen wir die folgenden Ausführungen:

sowie der Welt ist. Der ehemalige Generalstabschef gibt, vielmehr zu, daß ein Frieden auf Basis der früheren Grenzen in Ordnung ginge, also keine Gefahr für die Sicherheit Israels beinhalten würde, wie dies von verschiedenen Demagogen hauptet wird, daß es der israelischen Regierung vielmehr darum geht, mit Hilfe ihrer amerikanischen Bosse territoriale Annexionen zu erpressen.

Gefährliche Spekulationen

Diese Spekulationen gehen von der Annahme aus, daß die Zeit für die Verewigung der Eroberungen und für die Schaffung von Voraussetzungen für deren offizielle Annexion arbeite. Das ist aber eine gefährliche Fehlkalkulation. Denn man muß mit politischer Blindheit geschlagen sein, um anzunehmen, daß die Zeit für die Aggressoren und Okkupanten arbeitet. Das Gegenteil ist der Fall. Wir warnen daher: Es besteht die Gefahr, daß die Regierung Israels durch ihre starrköpfige Weigerung, einen Frieden ohne Annexionen zu schließen, einen neuen Krieg heraufbeschwören könnte. Dann aber würde sie zur Verantwortung gezogen werden dafür, daß sie die Gelegen-



„Die Kolonialisierungsprojekte hier auf Sinai bringen uns reiche Beute!“

heit versäumt hat, mit der arabischen Welt Frieden zu schließen und ein neues Blatt der Sicherheit und gutnachbarlicher Beziehungen mit den arabischen Ländern aufzuschlagen.

Wir Kommunisten setzen alle unsere Kräfte dafür ein, diese historische Gelegenheit, Frieden zu schließen, zu nutzen. Es gibt heute schon Kreise, die uns weltanschaulich sehr fern stehen und den Junikrieg seinerzeit unterstützt hatten, die jetzt die Gefahr erkennen, die die Fortsetzung des Regierungskurses des Militarismus und Chauvinismus in sich birgt. So sagte Oberst in Ruhe Meir Pail bei einem Protesttreffen gegen die Vertreibung von Tausenden Beduinen aus dem Rafiadistrikt am 27. Mai: „Wenn ich diesen Chauvinismus in unseren Reihen, diesen Rausch über unsere militärische Stärke beobachte, überkommt mich Besorgnis, und ich möchte, daß wir die besetzten Territorien so rasch wie möglich wieder los werden im Austausch für eine politische Lösung. Denn ich weiß nicht, wie das militärische Kräfteverhältnis in zwanzig oder dreißig Jahren aussehen wird.“

Durch ihre Politik des „Mein ist mein, und was dein ist, ist auch mein“ geben die herrschenden zionistischen Kreise in Israel nur jenen Radikalen in der arabischen Welt moralische und politische Rückendeckung, die die Existenzberechtigung des Staates Israel negieren.

Ohne das Geld, die Waffen und die politische Unterstützung durch die USA könnten die herrschenden Kreise Israels ihre Politik der Stärke nicht durchführen. Denn die nationalistische Arroganz dieser Kreise stützt sich nicht so sehr auf die Kraft Israels, die letzten Endes doch begrenzt ist, sondern auf die Macht des amerikanischen Imperialismus. Die amerikanischen Imperialisten sind daran interessiert, die fortdauernde Besetzung arabischer Gebiete, durch Israel dazu auszunützen, um eine Enttäuschung der Völker Ägyptens, Syriens und anderer fortschrittlicher arabischer Staaten mit ihren antiimperialistischen Regimen anzufachen und eine Kluft zwischen ihnen und der Sowjetunion aufzureißen. Aber die amerikanischen Imperialisten haben dabei eine schwere Schlappe erlitten. Deshalb sind sie zu Manövern gezwungen. Das macht ihre verschiedenen taktischen Schwankungen im Nahen Osten verständlich. Doch die Dominante in der Politik der USA bleibt einstweilen die Aggression, die sie mit Hilfe der herrschenden Kreise Israels im Juni 1967 starteten.

Kann man den Frieden erzwingen?

Viele fragen sich nun: Gibt es eine Möglichkeit, die amerikanischen Imperialisten zu zwingen, von ihrem abenteuerlichen Kriegskurs im Nahen Osten abzulassen? Gibt es die Möglichkeit einer politischen Lösung des Konfliktes in unserem Raum, deren Alternative nur die Wiederaufnahme der Kriegshandlungen mit allen ihren möglichen gefährlichen internationalen Verwicklungen ist?

Darauf antworten wir: Ein solche Möglichkeit besteht, für deren Ausnützung man kämpfen muß, um die andere Möglichkeit zu verhindern, die nur zu einem bitteren Ende führen kann.

Wir sind überzeugt, daß die fortgesetzte Veränderung der Kräfteverhältnisse in

der Welt und auch in unserem Raum zungunsten der Imperialisten, daß der verstärkte antiimperialistische Kampf der arabischen Völker und die Ausbreitung der Opposition gegen die Politik des Krieges und der Annexion in Israel selbst letzten Endes die amerikanischen Imperialisten und die herrschenden Kreise Israels zwingen werden, von ihren Aggressionsabenteuern abzulassen.

Es gibt Leute, die sagen: Jetzt sind schon fünf Jahre seit dem Junikrieg vergangen, und die Dinge ändern sich doch nicht. Ist das richtig? Wir antworten darauf: Nein, das ist nicht richtig! Zwar dauert die Okkupation fort, aber der Stand der Dinge ist nicht dasselbe wie früher. Wenn es richtig ist — und es ist richtig —, daß sich das Kräfteverhältnis zungunsten des amerikanischen Imperialismus verändert hat, so bedeutet das, daß sich auch in unserem Raum die Lage der Dinge verändert hat. Wenn das offizielle Israel im Juni 1967 große Sympathie in der nichtsozialistischen Welt genoß, so ist es heute fast völlig isoliert. Die Dinge stehen also nicht so wie früher.

Und wenn in Israel selbst ein Prozeß der



Moshe Dayan, eine der Zentralfiguren der friedensfeindlichen Kräfte in Israel.

Ernüchterung vom Kriegs- und Okkupationsrausch vor sich geht, wenn es keine Begeisterung mehr dafür gibt, dem Kriegsgott und der Beibehaltung der Okkupation Blutopfer darzubringen, wenn es mehr und mehr bewußt wird, daß die arabischen Staaten ihrerseits zu einem gerechten Frieden mit Israel bereit sind, so heißt das doch, daß die Dinge nicht mehr so stehen wie früher. Diese Grundfaktoren sind es, die letzten Endes die Entwicklung bestimmen werden und die auch die amerikanischen Intriganten wie die israelischen Annexionslüsternen zwingen können, realistischer zu werden. Deshalb sagen wir, daß die offizielle israelische Politik nicht nur reaktionär und gegen den Frieden gerichtet ist, sondern auch unrealistisch, abenteuerlich und von der internationalen wie von der regionalen Realität unserer Tage entfernt. Deshalb ist es das Gebot des israelischen Patriotismus, dieser Politik der Unterordnung unter den amerikanischen Imperialismus und der Dienstbarkeit für ihn ein Ende zu setzen und eine neue Politik des Friedens und der Unabhängigkeit von den imperialistischen Großmächten einzuleiten.

Für eine demokratische, anti-imperialistische Front

Das Zentralkomitee legt dem Parteitag ein Parteiprogramm für eine demokratische, antiimperialistische Front vor. Es ist ein allgemein-demokratisches und antiimperialistisches Programm, dessen Verwirklichung zur grundlegenden Veränderung der israelischen Politik auf den Weg des sozialen Fortschritts führen wird. Das Programm drückt die Interessen der Mehrheit des Volkes in Israel aus, der Juden wie der Araber. Es bringt die Klasseninteressen der Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft, der Siedler und Fellachen, der arbeitenden und schöpferischen Intelligenz, die Interessen der Handwerker, der kleinen und mittleren Kaufleute, der nationalen Bourgeoisie und der arabischen Bevölkerung, aller Klassen und Schichten des Volkes zum Ausdruck, die durch die Herrschaft des fremden Monopolkapitals über die israelische Wirtschaft sowie durch die politische, wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit beeinträchtigt und bedroht sind. Das Parteiprogramm ist daher ein Programm, das die nationalen Interessen des israelischen Volkes vertritt und das auf die Sicherung der Existenz, des Friedens, der Sicherheit und des Wohlstandes Israels gerichtet ist. Zur Verwirklichung dieses Programms strebt die Partei eine demokratische, antiimperialistische Front für eine Politik der Unabhängigkeit, des Friedens, der Demokratie, der Gleichberechtigung und des sozialen Fortschritts an.

Ein gerechtes und realistisches Friedensprogramm

Unser Parteitag legt ferner dem israelischen Volk ein Friedensprogramm vor, das auf Gerechtigkeit und Realismus aufgebaut ist, die Rechte aller Völker und Staaten unseres Raumes sowie die allgemeinen Interessen des Friedens und der Sicherheit in unserem Raum und in der Welt berücksichtigt. Es basiert auf der Verwirklichung der Resolution des Sicherheitsrates vom 22. November 1967 sowie der Beschlüsse der UNO-Generalversammlung von Ende 1970 und Ende 1971 und den Beschlüssen des Sicherheitsrates über Jerusalem. Unser Friedensprogramm enthält folgende Punkte:

Wahrung der Rechte aller Völker unseres Raumes, einschließlich des Volkes von Israel und der Palästina-Araber. Durchführung der Resolution des Welt Sicherheitsrates vom 22. November 1967 in allen Teilen.

Die Friedensgrenzen sollen die Grenzen vor dem 4. Juni 1967 sein, auf welche sich die israelischen Truppen zurückzuziehen haben.

Beide Seiten erklären den Kriegszustand für beendet und deklarieren ihre Bereitschaft zur Achtung der Souveränität und territorialen Integrität aller Staaten der Region sowie des Rechtes auf ein Leben in Frieden in sicheren und anerkannten Grenzen, frei von Bedrohung und Gewaltanwendung.

Bereitschaft zum Abschluß eines dauerhaften Friedens zwischen dem Staat Israel und den arabischen Staaten.

Gerechte Lösung für das Problem der arabischen Palästinaflüchtlinge gemäß den UNO-Beschlüssen, wonach ihnen die Wahl zwischen Rückkehr in die Heimat oder einer Entschädigung zusteht.



DKP

